

Erscheint täglich außer Montags... Preis 2,00 Mark...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte...

Kernsprecher: Jun 7, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 11. September 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Was wird das Chaos gebären?

Mit Hussa und Horrido haben sich nun zum so- undsoviellsten Male die Reaktionen von der konservativen wie von der nationalliberalen Observanz in die Sozialisten- haß gestürzt...

Wird es dem von der Sozialdemokratie niederkämpften Sozialistengesetz gleichen? Wird es die Bünde des todt- geborenen Wechselbolges der Umsturzworlage tragen?

Nach ihrem Farbenspiel und ihrem Duft lassen sie sich gruppieren.

Da sind zunächst die gewöhnlichen Reaktionsblasen der nationalliberalen und freikonserватiven Presse, die ja die thatsächlich ordnungswilligsten, heuchlerischsten und feigsten Parteien im Reiche vertreten...

vaterlandslose Hochverräter aus dem Reichstag anzuschließen. Aber dem Zentrum, das auch einmal zu den Reichsfeinden gezählt wurde, wird doch unbehaglich bei dem Vorschlag zu Muth...

Man sagt, die Behandlung der Sozialdemokraten auf dem Fuße der Gleichberechtigung verwirre das Volk. Mit dieser Verwirrung ist es so arg nicht; die Verfassung der Gleichberechtigung in den Parlamenten würde aber in ähnlicher Weise wie im Sozialistengesetz für die Partei von Vortheil sein...

Dann hatte als Ersatz für ein Reichsgesetz die „Kreuz- Zeitung“ die Zuhilfenahme der preussischen Geldsack-Ver- tretung zur Verkümmern des Vereins- und Versammlungs- rechts vorgeschlagen...

Aber das ist den Nationalliberalen nicht genug. Sie lehnen nach irgend etwas Durchgreifendem, das sich nach ihrer Ansicht nur im Reich zu Stande bringen läßt. Da haben sie nun, um eine bessere Stimmung zu erzeugen, sich auf eine doppelte Heharbeit verlegt...

Ihren frommen Wunsch, daß die Sozialdemokratie „schlimmer“ werden möge, damit der reaktionäre Weizen äppiger ins Kraut schießen kann, suchen diese ehrenwerthen Blätter nun durch allerhand Insinuationen im richtigen Provokanten- Stil zu verwirklichen...

Nein, verehrter Hring-Mahlow's der „National- Zeitung“, der „Magdeburger-Zeitung“ und unter welchem Deckblatt sonst ihr Euer Gewerbe treibt, den Gefallen thun wir Euch nicht...

der Feigheit nur das nämliche verächtliche Lächeln. Wir gehen unseren Weg unbeirrt weiter, ruhig und fest, und lassen uns nicht in Fallen hineinlocken!

So geht es doch nicht. Ungebuldiger noch ist nun gleichzeitig ein anderes Lockspindelblatt, die konservative „Schlesische Zeitung“, mit einem staatsretterischen Vorschlag hervorgetreten...

Unter solchen Umständen würde der Regierung zunächst nichts übrig bleiben, als sich in dem Kampfe gegen den Todfeind unseres Volkes bis auf weiteres auf Maßregeln der Exekutive zu beschränken und jede sozialdemokratische Ausschreitung mit allen Mitteln polizeilicher Machtbefugnisse zu unterdrücken...

Man kann nicht zynischer die Beamten auffordern, bei Ausübung ihrer Amtsbefugnisse gegen die Sozialdemokraten ja nicht etwa sorgsam darauf zu achten, daß sie innerhalb der Schranken der Gesetzmäßigkeit bleiben...

Skizzen

[Nachdruck verboten.]

aus dem Südamerikanischen Hinterlande.

Toch Fräulein Juanita sagte die Sache nicht sehr groß auf. Sie trage ein neues Kleid nur ein paar mal; und dieses würde überhaupt nur für den Tag der Verlobung dienen...

Eine wahre Blume auf Ehre, mein verehrter Freund und Kollege, sagte er, seinen langen grauen Schnurbart streichend...

Die Geschichte seiner Wette von vor Jahren fiel ihm zum Glück nicht ein, sonst hätte er Herrn Winterfeld sicher nach dem Verbleib der jungen pikanten Indianerin gefragt...

Sin ihr unwandelbarer Freund, Don German... auf Ehre bin Ihr Freund in allen Lagen, und Sie werden natürlich auch der meine bleiben...

„Wie meinen Sie das, Don Francisco; ich verstehe sie nicht...“

Sin beauftragt von Ihrer Gegenpart, ihre Interessen wahrzunehmen, und da ich heh... es noch nicht dazu gebracht habe... heh... von Geldgeschäften zu leben wie Sie Glücklichster, zwingt mich aber mein Beruf auf dem Forum... heh... einem so edeln Freunde gegenüberzutreten...

„Wen meinen Sie eigentlich...“ Der Advokat brachte endlich einen kleinen Brief hervor und reichte ihn seinem Gegenüber...

Estanzia Cervo Desgracias.

Geehrter Herr. Da sie in Asuncion als ein geschickter Advokat rühmlichst bekannt sind, so erlaube ich Sie um die Freundlichkeit, in den nächsten Tagen hier vorzusprechen...

Maria Wilson.

Der Brief war augenscheinlich der einer feingebildeten Dame und im korrektesten Spanisch geschrieben. Don German gab ihn zurück und fragte kurz:

„Also bis jetzt kennen Sie die Dame gar nicht...?“

„Durchaus nicht, Don German...“

„Auch den Dr. Wilson haben Sie nicht gekannt...?“

„Doch wie sollte ich nicht... bin ich doch lange genug in Paraguay...“

„Und Sie wußten davon, daß er verheirathet war oder nicht...“

„Nicht im geringsten... Wilson war ein schlauer Mann, der sehr zurückgezogen lebte... habe immer gehört, daß er ein Junggesellenleben führte... sollte eine sonderbare Abneigung gegen Frauen haben...“

„es giebt solche Leute... kannte einen Studenten in Salamanca, wo ich studirte, der in Krämpfe fiel, wenn sich ihm eine Frau näherte... schnurriger Rauz... ja... um auf unseren Gegenstand zurückzukommen... um was handelt es sich eigentlich... die Wittve macht mit gar keine weitere Andeutung...“

„Um eben den Kampf und den Wald, auf dem die Estanzia steht...“

„Da wollen Sie wohl Ihre Kolonie anlegen...“

„Ebendort und jetzt finde ich den Kampf in anderen Händen.“ Und wo haben Sie ihn gekauft und von wem?“

„Unten in Buenos Aires von einem Landmakler mit richtigen Besitztiteln... der Titel des Dr. Wilson ist ein Jahr jünger als der meine...“

„Hm...“ meinte Herr Fernandez, sich hinter dem Ohr kratzend, „dann werde ich wohl keinen größeren Vorber holen als mein Honorar...“

„schadet aber nichts, auch das ist am Ende genug... um so viel weniger werde ich dann Grund haben, einen so ausgezeichneten Freund zu erzürnen, wie Sie es sind...“

„werde natürlich alle Rechte meiner Klientin wahrnehmen gegen jeden... ganz natürlich... und wenn Sie mein eigener Vater wären, Don German...“

„wird sich aber doch wohl die Dame an den Fiskus halten müssen am Ende, daß er sie entschädigt... Sie haben sie auch nicht gesehen oder gesprochen...“

„Kenne sie gar nicht...“ Eine einfache Geschichte in der That... der Kampf drei- oder viermal verkauft, wie das an allen Ecken passiert... und die Lehten müssen aber eben sehen, wo sie bleiben...“

„ist übrigens eine vorzügliche Einrichtung für die Advokaten... Will morgen oder übermorgen einmal hinausreiten... hoffentlich ist die Dame ein klein wenig jünger als der Dr. Wilson war... bin gerade kein großer Freund von alten Schachteln...“

„Und der Advokat suchte irgend jemand anders auf. „Was halten Sie von der Sache,“ fragte Herr Ramirez, als der Advokat verschwunden war.“

„Was soll ich davon halten... ich weiß selber nicht... jedenfalls giebt uns die Geschichte ein Räthsel auf... Der Brief deutet auf eine europäisch gebildete Dame von guter Erziehung, das ist einmal klar... weiß der Himmel, wo die hergeschneit ist... und alle Welt versichert, daß der Dr. Wilson nicht verheirathet war...“

„Ich glaube, daß es eine Betrügerin ist. Ich will sobald wie möglich hinüber reiten und zusehen, ob ich sie sprechen kann... dann werde ich wissen...“

„jedenfalls verzögert alles das, was sich aus dieser Sachlage ergeben und entwickeln kann, die Hebung unseres Schatzes in unangenehmer Weise...“

So sieht es in dem brodelnden Staatsretterchaos aus. Vielleicht kommt eine Gefaltung zu Tage, wenn Reichskanzler und preussische Minister aus der Sommerfrische heimgekehrt sind. Wir können es in Ruhe abwarten, was dann das Chaos gebären wird.

Der Niedergang der englischen Sozialdemokratie

Es ist einer der beliebtesten Zeitartikelfstoffe der bürgerlichen Presse. Der Niedergang der Parlamentswahlen und die Haltung des Trades-Union-Kongresses sind das Material, das den Schreibern zu Grunde gelegt wird. Dem durch Sachkenntnis nicht geträubten Urtheile der „Freis. Ztg.“ und anderer Blätter wollen wir das Urtheil eines Kenners des englischen Sozialismus, das des Statistikers und Sozialistenegners N. Martin gegenüberstellen, der in den „Grenzboten“ u. a. folgendes schreibt:

Die liberale „Daily News“ schrieb: „Die unabhängige Arbeiterpartei hat ihre lächerliche Schwäche so sehr gezeigt, daß sich in Zukunft weder die Tories noch die Radikalen mit ihr einlassen werden.“ Und deutsche Blätter der Ordnungspartei sprachen die Hoffnung aus, die deutsche Sozialdemokratie werde von demselben Geschick ereilt werden wie die englische.

Diesem gutgemeinten Wunsche vermag ich mich nicht anzuschließen, denn er würde nichts anderes bedeuten, als daß sich die Zahl der sozialdemokratischen Wähler im Deutschen Reiche in drei Jahren jedesmal um 133 pCt. vermehre. Wo aber soll dann im Deutschen Reiche in neun Jahren noch eine Wahlstimme sein, die nicht sozialdemokratisch wäre? Bei der englischen Parlamentswahl des Jahres 1892 und bei den gelegentlichen Nachwahlen bis zum Jahre 1894 wurden zusammen in 11 Wahlkreisen 27 006 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben. In mehr Wahlkreisen konnte bis dahin die englische Sozialdemokratie die Aufstellung eigener Kandidaten überhaupt nicht unternehmen. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1895 aber wurden in 88 Wahlen 64 480 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben. Der Stimmenzuwachs beträgt also innerhalb dreier Jahre 133 pCt.

Überhaupt wird es gute Weile haben, bis die Sozialdemokratie von den 670 Sitzen des Unterhauses so viel inne hat, daß sie einen entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnt. Aber die 64 480 Stimmen überzeugter Sozialdemokraten, die den lockenden sozialpolitischen Versprechungen der Unionisten wie der Liberalen einen Korb gegeben haben, fallen dennoch ins Gewicht. Sie geben Zeugnis davon, daß die Sozialdemokratie zur Zeit in England in einer reißend schnellen Vermehrung begriffen ist, und daß sie in achtunddreißig Wahlkreisen schon eigene Kandidaten aufstellen vermag. Vermehrte sich die englische Sozialdemokratie in demselben Verhältnis wie seit 1892 auch in Zukunft, so würde die Gesamtzahl ihrer Stimmen am Ende der neuen Legislaturperiode, also in sieben Jahren, über 400 000 Stimmen betragen. Dann aber würde es ihr auch an einer größeren Zahl von Sitzen im Unterhause nicht fehlen.

Die Entstehungsperiode der englischen Sozialdemokratie ist noch nicht beendet, noch haben sich die verschiedenen Richtungen und Persönlichkeitstypen nicht zu einer einzigen Partei zusammengeschlossen, und doch haben wir in den Ergebnissen der neuesten Parlamentswahl schon eine klare Uebersicht über die Ausbreitung dieser bedeutungsvollen Bewegung. Wenn es die verschiedenen sozialistischen Gruppen, die zusammen schwerlich 30 000 zur Parlamentswahl berechnete Mitglieder haben, und deren größte, die „Unabhängige Arbeiterpartei“, erst zweieinhalb Jahre alt ist, bei der Wahl auf 64 480 Stimmen gebracht haben, so sehe ich darin ein sehr bedeutungsvolles Zeichen der Zeit.

Besonders aber, wenn man die Verbreitung der Sozialdemokratie in den verschiedenen Wahlkreisen nachsieht, kommt man zu dem Ergebnis, daß sie sich in sehr bedenklichen Gegenden „festgebissen“ hat. Wohl sind von den 13 Wahlkreisen Lancashire alle mit Ausnahme von neun, die den Liberalen treu geblieben sind, den streitigen Konservativen zugefallen; dennoch zeigt zum ersten Male gerade die Wahl, daß die arbeitskräftige, framm gewerkschaftliche Arbeiterschaft der Baumwollindustrie nicht mehr gegen den revolutionären Sozialismus gestimmt ist. In Preston sind 4781, in Bolton 4261, in Bolton 2894, in Burnley, wo Hyndman kandidierte, 1498, in Rochdale 1251, in South Salford 818, in Worsley-Manchester 546, in Ashton-under-Lyne 314, in Barrow 414 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben worden. Alle diese Wahlbezirke liegen in Lancashire und haben eine dichte Ar-

beiterbevölkerung. Mit Ausnahme von Süd-Salford sind in ihnen in früheren Jahren noch keine sozialdemokratischen Kandidaten aufgestellt worden. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung scheint sich die Sozialdemokratie am dichtesten in den Bezirken der Schafwollindustrie im West Riding von Yorkshire festgesetzt zu haben. In Halifax hat ein dortiger reicher Grundbesitzer, John Lister, der von Anfang an einer der Führer der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ war, in zwei Wahlen 3818 sozialdemokratische Stimmen auf sich vereinigt, während er es im Jahre 1892 nur auf 3028 Stimmen brachte. Im Westkreis von Bradford, der Metropole der englischen Wollgarn-Industrie, hat der bekannte Gewerkschaftsführer, der Sozialdemokrat Ben Tillet, 2264 Stimmen erhalten (2749 im Jahre 1892). In Colne Valley, jenem schönen Industriegebiete, wo die Tuchfabrikation einen Hauptplatz hat, trat zum ersten Male der Generalsekretär der „Unabhängigen Arbeiterpartei“, Tom Mann, als Kandidat auf und erhielt 1245 Stimmen. In dem benachbarten Huddersfield erhielt der sozialistische Kandidat Russell Smart, ein Handlungslehrling, 1594 Stimmen, und in Dewsbury, dem englischen Grimnitzhausen, konnte der Sozialist 1090 Wähler aufweisen. Um zu zeigen, wie weit diese Kandidaten von einem Erfolge entfernt waren, sei erwähnt, daß Ben Tillet mit 3986, Tom Mann mit 4276, Russell Smart mit 6755 Stimmen ihre Wahlreise erobert haben würden.

Wenn sich nun auch die Gesamtzahl der sozialistischen Wähler seit 1892 um 133 pCt. vermehrt hat, so zeigt doch gerade diese Wahl wieder, wie langsam die sozialdemokratischen Parteien eine größere Anzahl von Sitzen in den Parlamenten zu gewinnen pflegen. So viel ist mir zweifellos, daß im Durchschnitt die sozialdemokratischen Wähler des Jahres 1895 weit „zielbewußtere“ Anhänger der Sozialdemokratie sind, als die des Jahres 1892. Erst seit sich am 6. November 1893 der Gewerkschaftskongress zu Belfast für die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel erklärt hat, ist diese Grundforderung der Sozialdemokratie mehr und mehr in England zur Erörterung gekommen, und dadurch haben die Ansichten über die Ziele der Sozialdemokratie unter den Arbeitern an Klarheit gewonnen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 10. September.

Sedaufseier und Sozialdemokratie. Unter diesem Titel ist die vielbesprochene Rede des Abg. Auer soeben im Verlage des „Vorwärts“ erschienen. Wir können deren Lektüre auf's wärmste allen denen empfehlen, die auf grund mangelhafter Versammlungsberichte der gegnerischen Presse voreilige Schlüsse gezogen haben. —

Die Inaugurationsfeier des Kameel-Reliefs und die Feststellung des jetzigen Zustandes des Reliefs hatte bekanntlich der Verteidiger der Beschuldigten beantragt, um die Richtigkeit aller Angaben des inkriminierten Kameel-Artikels zu erweisen. Dieser Antrag ist vom Amtsgericht mit der Begründung unter Hinweis auf § 160 der Straf-Prozessordnung zurückgewiesen, daß der Antrag auf Besichtigung „nicht von der königlichen Staatsanwaltschaft“ gestellt ist. Im übrigen habe für die Untersuchung nur die Interpretation und Besprechung des vom „Vorwärts“ gebrachten Bildes Bedeutung. Der Grund für diese Ablehnung, daß die Staatsanwaltschaft den Antrag nicht gestellt hat, und der Hinweis auf § 160 Str.-Pr.-O. lassen erkennen, daß das Amtsgericht von der Ansicht ausgeht, daß das Amtsgericht nach dem Gesetze so abhängig von der Staatsanwaltschaft sei, daß es ohne deren Antrag eine Inaugurationsfeier nicht vornehmen dürfe. Inwieweit die Ansicht des Amtsgerichts zutrifft, können wir unerörtert lassen, da auch eine etwa irrige Annahme ein hinreichend klares Schlaglicht auf den in weiten Kreisen noch immer herrschenden Irrthum wirft, daß der Richter unabhängig sei. Der Herr des Strafprozesses vom ersten Zugreifen bis zur Vollstreckung der Strafe ist fast unbeschränkt die Staatsanwaltschaft. Dem Gericht ist in vielen Fällen lediglich die Stellung eines ausführenden Organs der Staatsanwaltschaft vom Gesetz zugewiesen.

Ueber Beschlagnahmen und Verhaftungen hat die sozialdemokratische Presse nun täglich zu berichten. Aus Leipzig wird uns telegraphirt, daß die „Leipziger Volkszeitung“ vom 3. d. M. mit Beschlag belegt und der verantwortliche Redakteur des Blattes, Genosse Illge, verhaftet wurde. In Magdeburg wurden in einer Woche zwei Nummern unseres Partei-Organs, der „Volksstimme“, polizeilich beschlagnahmt. Die „Alteinsch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ schreibt über die Beschlagnahme ihrer Freitagnummer:

Die Konstitution der Freitagnummer unseres Blattes ist erfolgt wegen des Zeitartikels: „Wieder eine Kaiserrede!“ Der Inhalt des Artikels erscheint unserem Leserverstande gänzlich ungeeignet zur Herausforderung einer Majestätsbeleidigung. Er ist der Düsselberger „B.-Ztg.“ entnommen, die bis jetzt von staatsanwaltlichen Maßnahmen nichts zu melden wußte. Der Inhalt ist eben allezeit voran. Die Polizei erschien in einer Stärke von 5 Mann und nahm ihre Aufgabe sehr ernst. Der Herr Polizeikommissar Meyer suchte sogar die verdrudelten und sonst als unbrauchbar fortgeworfenen Nummern (Makulaturbogen) aus der Makulatur heraus. Der Druck mußte anderen Tages unter Aufsicht der Polizei abgelegt werden. Eine Durchsichtung der Redaktionsdränge, sowie unserer Expedition am Westendwallweg war ohne Erfolg. Dagegen hat man in den Wirklichkeiten, die sämtlich abgelehnt wurden — nach Berliner Muster — noch einige Exemplare der staatsgefährlichen Nummer erbeutet. —

Ueber den Stöckerbrief ist sich die Reaktionsflut in die Haare gerathen. Das Organ des Reichskanzlers a. D., die „Hamburger Nachrichten“, läßt gegen den Postprediger a. D. folgenden Kommentar los:

Wir glauben, daß in dem Stöcker'schen Briefe der räthelhafteste Ausdruck „Matineen“ ein Erratum für „Matineen“ ist, und daß mit diesen Matineen die Waldsee-Ver-sammlungen gemeint sind. Dieselben hatten Kehrungen des damaligen Reichskanzlers zur Folge, welcher in ehererantlicher Korrespondenz dem Prinzen, jetzigem Kaiser, abriet, sich auf vorzeitige Beziehungen zu irgend einer besonderen Partei oder Alliance einzulassen. In diesem Vorgange suchen wir die psychologische Erklärung für die Feindschaft, die in dem Stöcker'schen Briefe gegen den damaligen Reichskanzler zum Ausdruck kommt. — Unter der Regierung des Kaisers Friedrich wurde von verschiedenen amtlichen und kirchlich-regimentlichen Seiten ein repressives Vorgehen gegen Stöcker und dessen damalige christlich-soziale Agitation angeregt und zwar mit der Entschiedenheit, daß ein Kronrath unter dem Vorbehalt des Kaisers und Königs in Charlottenburg darüber stattfand, zu welchem außer dem Staatsministerium eine Anzahl hoher Beamten und Offiziere berufen wurde. Die Stimmung war daselbst gegen Stöcker gerichtet und gipfelte in der Anregung von Maßregeln behufs sofortiger Besetzung dieses angesehenen Domänenbesitzers. Der Beschluß des Kaisers aber fiel auf Antrag des Ministerpräsidenten dahin aus, dem Betheiligten die Wahl zu stellen, ob er seine Stellung als Hof- und Postprediger beibehalten oder ob er seine öffentliche Agitation in Volkssammlungen fortsetzen wolle. Stöcker wählte, wie

bekannt, den Verzicht auf die Agitation und behielt die Stellung des Hof- und Postpredigers einzuweisen bei, bis sie ihm im Jahre 1890, ein halbes Jahr nach der Entlassung des Fürsten Bismarck, entzogen wurde, obschon er sich seitdem der Agitation in Volkssammlungen, soviel uns bekannt ist, enthalten hatte. Wir wissen nicht, ob die Stimmung, in welcher sein Brief, den der „Vorwärts“ bringt, geschrieben wurde, eine dauernde geblieben ist; aber ihre Entschiedenheit und ihre Bitterkeit verdankt sie zweifellos der Haltung, welche der Reichskanzler in seinem Verkehre mit dem Prinzen den „Matineen“ gegenüber genommen hatte, um zu verhindern, daß der künftige Thronerbe schon damals für den Einfluß einer bestimmten Korrente gewonnen werde. — In dem Stöcker'schen Briefe „Das Volk“ wird gesagt, die Redaktion habe Stöcker, der in Bayern auf seinem Gute sei, nicht gefragt, ob der vom „Vorwärts“ veröffentlichte Brief echt sei, aber wenn dies der Fall wäre, so sei er erklärlich durch das damalige Vorgehen des Kanzlers, der den Antrag gestellt habe, Stöcker auf grund des Sozialisten-Gesetzes auszuweisen. Die Insinuation, Fürst Bismarck habe diesen Antrag gestellt, beruht auf Erfindung, wenn auch die Erwägung der Frage damals damals nahe gelegen hat.

„Gleichzeitig hat der „Reichsbote“ das Wort genommen, um den in der gestrigen von uns mitgetheilten Enthüllung der „Kön. Ztg.“ durch Herrn v. Hammerstein bloßgestellten „Beamten“ zu vertheidigen.

Das Stöcker'sche feindliche Blatt schreibt: „Wir nehmen von dieser Mittheilung Notiz, weil wir es für eine Gewissens- und Ehrenpflicht halten, von dem Namen eines Verstorbenen, den wir in jahrelangem Verkehre als treuen, redlichen Beamten kennen gelernt haben, und von seinen noch lebenden, sich kümmerlich, aber redlich durch das Leben schlagenden Kindern die Schmach abzuwehren, welche nach diesem Artikel der „Königlichen Zeitung“ auf den ehrlichen Namen dieses Mannes gewälzt wurde, dem niemand, der ihn kannte, eine solche Schandthat zutrauen konnte. Da der fragliche Name auch hier nicht genannt wird, so muß der ganze Handel ein immer eigenthümlicheres Aussehen gewinnen. Vielleicht giebt der jetzige vorläufige Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“, Herr Prof. Kropatschek, der ja in alle wichtige Sachen von den Herren Stöcker und Freiherrn von Hammerstein in jederzeit eingeweiht wurde, Auskunft über den in jeder Hinsicht dunklen Fall.“

Herr Kropatschek hat auf diese Anzapfung bisher geschwiegen, während er, wie aus nachstehender Notiz hervorgeht, über eine andere Sache sehr bereit geworden ist. —

Herr Kropatschek und der Stöckerbrief. Die zahlreichen Kommentare zum Briefe des Postpredigers Stöcker und die Polemik der „Kreuz-Zeitung“ gegen denselben veranlassen uns, den Anfang des Briefes auch noch im Wortlaute zu geben:

Hierbei Hammerstein!

Seute Morgen war ich in Ihrem Bureau, um meinem Aerger Luft zu machen und mich informiren zu lassen. Kropatschek sagte mir, daß Sie einige Artikel, welche das schändliche Spiel von Bismarck...

Der Rest des Briefes ist bekannt. —

Die „Freisinnige Zeitung“ sucht ihre Mittheilung über die Herkunft der Briefe an den Freiherrn von Hammerstein aufrecht zu erhalten und legt unser Dementi so aus, als ob es sich bloß auf den Brief Stöcker's beziehen würde. Dem ist nicht so. Es bezieht sich auf alle Briefe. —

Die Karlsbader Beschlüsse finden einen unfeindlichen Verteidiger in der freisinnigen „Voss'schen Zeitung“. Sie spricht sich aus gegen Ausnahme Gesetze gegen die Sozialdemokratie, da solche doch wirkungslos sein müßten und zieht eine Parallele derselben mit den Karlsbader Beschlüssen, die so viel Unheil angerichtet und doch die Entwicklung zu einem konstitutionellen und einheitlichen Reiche nicht aufhalten konnten. Sie schreibt u. a.:

„Hundert von jungen Leuten wurden zum Tode verurtheilt; glücklicherweise wurden sie begnadigt und sind dann im späteren Leben Stützen von Thron und Altar geworden.“

Diese durch die Kerkermarter erzielte „Besserung“, für welche die Voss'sche jene Bekehrung anzusehen scheint, könnte für die Verteidiger des Ausnahmegesetzes nur ein neuer Sporn sein, die Politik der Karlsbader Beschlüsse nachzuahmen, die so Wunderthätiges bewirkt. Weiter wollen die ärgsten Reaktionen auch nichts, als die Sozialdemokraten zu guten und gehorsamen Unterthanen machen. Hat doch der scharfe Wind, der gegen die Sozialdemokratie weht, schon hingereicht, um die Voss'sche wie die „Freisinnige Zeitung“ recht laue Töne anschlagen zu lassen. Wir Sozialdemokraten sind freilich aus ganz anderem Holze geschnitten. Ohne jede Nennungsart können wir behaupten, daß keine deutsche Partei von den Deutsch-Konservativen bis zur Deutschen Volkspartei die Verfolgungen unter den 12 Jahren des Sozialistengesetzes überlebt hätte; auf alle uns feindlich gegenüberstehenden Parteien hätten die Verfolgungen so gewirkt, wie die Karlsbader Beschlüsse, die revolutionäre Jünglinge zu guten und gehorsamen Unterthanen erzogen haben. Wir sind dagegen aus den Verfolgungen innerlich gestärkt und nach außen als die stärkste Partei des Reichs, als einer der maßgebendsten Faktoren der deutschen Politik hervorgegangen. Damit allein haben wir uns in der Geschichte des deutschen Volkes einen der ehrenvollsten Plätze gesichert. —

Zentrum und Sozialdemokratie. Aus Schwaben wird uns geschrieben: Anlässlich des Delegirten-Tages des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands fand am letzten Sonntag eine katholische Männerversammlung im „Europäischen Hof“ in Stuttgart statt. Nachdem die Landtags-Abgeordneten Gerd und Ruppbaumer mit einer kurzen Ansprache die Versammlung eröffneten, trat als erster Festredner der geistliche Rath Hauser von Augsburg auf und bezeichnete als Hauptursachen des sozialen Elends den Größenwahn und den Mangel an Demuth. Redner kam sodann auf den Zukunftsstaat zu sprechen und erklärte die soziale Frage für gelöst, wenn die Arbeitgeber das christliche Arbeitergesetz nicht vergessen und daran denken, daß der Arbeiter auch leben muß, wenn er gearbeitet hat. Die Kluft zwischen Reich und Arm könne ausgefüllt werden durch Wohlthätigkeit der Reichen. Drei Laster untergraben das Volkswohl, die Habsucht der Frauen, das Trinken der Männer und die Sinesstun. Hierauf betrat der Reichstags-Abgeordnete Lieber das Podium, welcher „aus Liebe und Verehrung für das katholische Schwabenvolk“ gekommen sei. Redner bezeichnete den abwesenden Großer als den zweiten Malinckrodt, besprach dann die berühmte Kaiserrede und meinte, die katholischen Arbeitervereine müssen die Antwort hierauf geben. Pathetisch rief der schwarze Zentrumsmann aus: Wenn es zum Klappen komme, dann werden die Katholiken Deutschlands das „Gardelors“ im Kampfe gegen die Umsturzpartei bilden. Schließlich wandte sich der Redner gegen ein neues Sozialistengesetz und versicherte,

das Zentrum werde jedes Ausnahmefolge gegen einen einzelnen Stand von sich weisen. (Ob's auch wahr ist?) Die sozialdemokratische Partei erstrebe nach eigenem Beständnis Religionslosigkeit, und die Probe Religion ist Privatangelegenheit, sei nur ein Agitationsmittel für katholische Länder. Sodann kämpfte der Heißsporn noch ein wenig gegen die Liberalen, worauf sein Licht erlosch und die katholischen Männer ebenso gedankenarm auseinander gingen, als sie gekommen waren.

Unwürdige Kriegsinvaliden. Das königliche „Dresdener Journal“ schreibt: „Unter der Spitzmarke „Unwürdige Kriegsinvaliden“ findet sich in Nr. 189 der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ eine auch in andere Blätter, den „Vorwärts“ und die „National-Zeitung“ übergegangene Notiz, wonach in Eßtau bei Dresden Personen, welche sich um eine Beihilfe nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 22. Mai dieses Jahres beworben haben, von dem ihre persönlichen und Erwerbsverhältnisse erörternden Gendarm gefragt worden sein soll, daß sie wegen ihrer Zugehörigkeit zu sozialdemokratischen Vereinigungen „nichts bekommen könnten.“

Ganz abgesehen davon, daß über die Bewilligung solcher Beihilfen nach der Bekanntmachung in Nr. 168 unseres Blattes lediglich das Ministerium des Innern zu bestimmen hat, erschien uns die hiernach der Gendarmerei in den Mund gelegte Beschuldigung im Hinblick auf die dänischen Erklärungen der Regierungsvertreter in der Reichstags-Sitzung vom 14. Mai d. J. von vornherein unwahrscheinlich. Wie uns aber von zuständigen Seiten versichert wird, kann die aufgestellte Behauptung, wenn nicht eine abschließliche Entstellung der Thatfachen vorliegt, nur auf Mißverständniß beruhen. Da die hiernach unzutreffende Sachdarstellung geeignet erscheint, Unzufriedenheit in die beteiligten Kreise zu tragen und die Unbefangenheit der Behörden in Zweifel zu stellen, so sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß alle Gesuche derjenigen Personen, welche auf eine Beihilfe nach Art. 1, 3 des Reichsgesetzes vom 22. Mai d. J. Anspruch zu haben glauben, einer sorgfältigen Nachprüfung durch das Ministerium des Innern unterliegen.“

Die „Sächs. Arb.-Ztg.“ bemerkt hierzu: Wir freuen uns dieser offiziellen Erklärung und wollen gern zugeben, daß die maßgebenden Stellen keinen Anlaß gegeben haben zu den von uns gerügten Äußerungen der unteren Beamten. Daß solche Äußerungen aber überhaupt fallen konnten, giebt aber immerhin zu allerhand Betrachtungen Anlaß. Wenn die unteren Polizei-Organen nicht die Empfindung hätten, daß sie mit solchen Äußerungen der Meinung der maßgebenden Stellen Ausdruck gäben, sie würden sich hüten, solches anzusprechen.

Deutsches Reich.

Die Ergebnisse der gesammten Bevölkerung hat Herr v. Köller auf dem Gastmahl des pommerischen Provinzial-Landtages dem Kaiser berichtet. Da ist es denn sehr nützlich, schreibt der Stettiner „Vollworte“, an jene Zeit zu erinnern, wo Graf Caprivi Reichszangler war und die Herren Junker auf dem Kriegsspielfeld wandelten. Man wird sich gewiß noch erinnern, wie der Kaiser die Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrages als einen persönlichen Wunsch bezeichnete, wie er diejenigen als seine Feinde hinstellte, die gegen die Annahme stimmen würden und wie er dem ostpreussischen Grafen v. Dönhoff-Friedrichstein, nachdem dieser sich für Annahme des Vertrags erklärt hatte, telegraphierte: „So handelt ein echter Edelmann.“ Mit Spannung sah man dem Ausgang der Sache entgegen. Am 10. März v. J. fand die namentliche Abstimmung über Artikel 1 des Vertrages statt, wobei sich herausstellte, daß von der Bevölkerung, die jetzt dem Kaiser so sehr ergeben sein will, folgende Abgeordnete aus Pommern gegen den Vertrag stimmten: v. Demich (Rangard - Regenwalde), Dr. Förster (Neustettin), v. Gerlach (Kolberg - Köslin), v. Kleist - Rehov (Wolgast - Dramburg), Freiherr v. Langen (Stralsund), v. Löblich (Greifswald - Grimmen), v. Masow (Waltow - Nummelsburg), v. Normann (Kammin - Greiffenberg), v. Schönig (Pyritz - Saahig), v. Schwerin-Löwitz (Anklam - Demmin) und Will (Stolp - Sauburg). Der Abgeordnete v. d. Osten (Radowitz-Greifenhagen) hat ohne Entschuldigung gefehlt. Für den Vertrag, also nach dem Wunsch des Kaisers, wenn dieser auch nicht das treibende Motiv gewesen ist, stimmten der freisinnige Abgeordnete Gaulte (Nedermünde - Usedom - Wollin) und - Kottenföhner Herbert (Stettin). Damals rief ein Bundesmitglied, der an der linken Seite des Hauses seinen Platz hat: „Die Reichsfeinde retten das Reich!“ Wohl gemerkt, das war erst im vergangenen Jahre! Die Liebe läßt sich bekanntlich nicht erzwingen, es ist nach Lage der Sache gar nicht ausgeschlossen, daß die „ergebenden“ Führer der junkerlichen Großgrundbesitzer, wenn ihnen der Antrag sanft nicht bewilligt wird, abermals auf Kriegspfad wandeln und man wird vielleicht noch einmal froh sein, daß es Sozialdemokraten giebt, welche die unerfüllbaren Ansprüche des Junkertums zurückweisen. Die Zeiten ändern sich und die Junker wollen den König nur dann absolut, wenn er ihren Willen thut. Geschichte das nicht, nun, dann hat die Ergebnisse eben ein Ende und es beginnt wieder eine königsfeindliche Agitation, wie wir sie im vorigen Jahre erlebt haben. Wir graben die Geschichte nur auf, um zu zeigen, welchen Werth Worte wie die des Herrn v. Köller haben.

Herrn v. Berlepsch kannte die Arbeiterpresse bisher nicht als Vertreter derjenigen Anschauung, wonach auf Zeitungsartikeln anstatt mit der doch auch genügenden Berichtigung mit Strafanträgen geantwortet werden muß. Unter dem Einfluß der gegenwärtigen Strömung in den höheren Regionen scheint der Minister des sozialpolitischen Ressorts es für unumgänglich zu halten, auch feindseligen der Arbeiterpresse zu Gemüthe zu führen, daß wir in einem Reiche leben, wo es nicht weniger als Pressefreiheit giebt. Der „Vollwille“ in Hannover hat in seiner letzten Sonnabend-Nummer einen Artikel gebracht, worin über die Errichtung von Golschwefel-Fabriken in der Umgegend Hannovers, die dort die Luft verpesten würden, Klage geführt wird und es getadelt wird, daß der Minister den Protesten der in Frage kommenden Gemeinden und Einwohner keine Folge gegeben hat, sondern der betreffenden Unternehmerfirma die Anlegung der Fabriken unter gewissen Bedingungen gestattete. Durch diesen Artikel hat sich Herr v. Berlepsch beleidigt gefühlt. Der „Vollwille“ ist bereits von einer Hausnachricht beglückt worden, die ergebnislos blieb, da das gesuchte Manuskript des Artikels nicht gefunden wurde.

Hollhinterziehung und Schmuggel sind die unvermeidlichen Konsequenzen des Systems, welches durch Zölle und Steuern die Konsumartikel vertheuert. Im letzten Vierteljahrheft für Statistik des Deutschen Reiches findet sich eine Nachweisung aller im Etatsjahr 1894/95 verhängten Zoll- und Steuerstrafen, die nach manchen Richtungen hin recht interessante Momente darbietet. Im ganzen sind 14144 Personen wegen Uebertretung der Zoll- und Steuergesetze verurtheilt worden, und zwar 13850 Personen zu Geldstrafen im Gesamtbetrage von 705 743 M. und 294 zu Freiheitsstrafen. Außerdem hatten 10 569 Personen 47 888 M. Ordnungsstrafen zu zahlen. Wegen Zollhinterziehung wurden 7421 Personen mit 148 894 M. Geldstrafen belegt, während die hinterzogenen Gefälle 28 281 M. betragen. Der Reichs-Stempelabgabe suchten sich 5992 Personen mit einem Gesamtbetrage von 968 M. zu entziehen und hatten das mit einer Buße von 61 816 M. zu sühnen. Hier stehen wirklich Mißth und Gewinn — wenn man davon überhaupt sprechen darf — in keinem Verhältnisse zu einander. Anders stellt sich die Sache bei der Hinterziehung der Branntweinsteuer. Hier konnten nur 863 Individuen verurtheilt werden. Die Gesamtstrafe belief sich auf 480 944 M. für 178 062 M. hinterzogene Gefälle. Im all-

gemeinen kommen Verurtheilungen wegen Grenzschmuggels zuweilen bei diesen Verurtheilungen in Betracht. Unter den wegen Zollhinterziehungen beschlagnahmten Waaren steht Salz mit 10 517 Kilo an erster Stelle, dann folgen Tabak mit 1871, Branntwein mit 1545, Kaffee mit 1302, Zucker mit 1105 Kilo. Salz wird viel an der russischen und belgischen, Branntwein meist an der französischen Grenze geschmuggelt.

Oesterreich.

Die Wiener Sozialdemokraten beschloffen in einer inoposanten Versammlung, an den Gemeinderaths-Wahlen nicht theilzunehmen, sich aber dafür mit ganzer Kraft wieder auf die Wahlrecht-Agitation zu werfen.

Schweiz.

Das Bob des Milizsystems sprach Bundesrath Frey, der Schweizerische Kriegsminister, anlässlich des Banketts, das in Dugny den zum Besuch des Truppenzusammenszugs gekommenen ausländischen Offizieren gegeben wurde. Herr Frey betonte zwar die Schwierigkeiten, die weit mächtiger und zahlreicher seien, als in stehenden Heeren, fuhr dann aber fort: „Das Milizsystem ist indessen unserer Traditionen angemessen und entspricht dem Willen unseres Volkes, das den Frieden liebt und nur zur Verteidigung seiner höchsten Güter zu den Waffen greifen würde. Daß wir aber innerhalb unseres Systems mit der Zeit noch Vollkommeneres erreichen werden, daran zweifeln wir nicht und zwar um so weniger, als wir davon überzeugt sind, daß eine starke Schweiz im wohlverstandenen Interesse Europa's liegt.“

Frankreich.

Die Monarchie hat aufgehört, irgend welche Aussichten in Frankreich zu haben. Ein neuer Beweis hierfür ist, daß dem Seelenamte, das am Sonntage, dem ersten Jahrestage des Todes des Grafen von Paris in der Madeleinekirche abgehalten wurde, kaum 100 Personen beizuhöhen.

Belgien.

Der Hirtenbrief des belgischen Episcopats über die Spaltungen unter den Katholiken bezüglich der sozialen Frage besagt, um sich vollständig den Weisungen des Heiligen Vaters anzuschließen, hat der Episcopat beschlossen, nächstens in jeder Diöcese eine Vereinigung von Priestern und Laien zu organisiren zu dem Zweck, Maßregeln zu suchen, um eine Einigkeit unter den Katholiken herbeizuführen und aufrechtzuerhalten. Eine Generalversammlung, welcher die Bischöfe und die Delegirten der Diöcesen beizuwohnen werden, wird dann in Mecheln abgehalten werden unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Mecheln, um die getroffenen Entscheidungen in Einklang zu bringen und eine einheitliche Handlungsweise zu erreichen. Ein dauerndes Zentralkomitee wird eingesetzt werden, um unter der Leitung der mit der Ausführung beauftragten Bischöfe die Vollziehung der angenommenen Maßregeln zu überwachen und die Aufrechterhaltung der Einigkeit unter den Katholiken zu sichern.

Der Zweck der ganzen Aktion ist selbstverständlich, die freien Regungen der katholischen Arbeiter ganz zu unterdrücken. Uns kann dies nur recht sein, denn desto rascher rücken auch diese Arbeiter zur Verhärtung unserer belgischen Bruderpartei heran.

Dänemark.

Das Programm der neuen Linken Reform-partei. In einer Sitzung, die die Führer der Partei vor einigen Tagen bei dem Präsidenten Högsbro hielten, beschloß man, auf demokratische Reformen das Hauptgewicht zu legen, das heißt die der Sozialdemokratie gemachten Versprechungen, das Hauptgewicht auf soziale Reformen zu legen, nicht eingehalten. Man einigte sich über folgende Punkte: 1. Eine Zolltarif-Reform in Verbindung mit einer Einkommen- und Vermögenssteuer und einer Umänderung des ganzen Zollwesens; 2. eine Verbesserung der landwirthschaftlichen Kreditverhältnisse; 3. Herabsetzung der Militärtausgaben; 4. Einführung einer Wehrsteuer, um die Eöhnung der gemeinen Soldaten zu erhöhen und die Familien der Invaliden zu unterstützen; 5. Verbesserung der Verhältnisse der kleineren Landwirthe; 6. eine Reform der Volksschule und Erhöhung der Lehrgelöhner; 7. Bestimmung des Gemeindefonds der Ernennung der Prediger; 8. eine Reform der kriminellen und militären Rechtspflege; 9. geheime Abstimmung bei politischen Wahlen; 10. Unfallversicherung; 11. Verbesserung der Altersversorgung; 12. Arbeiter-Schiedsgerichte; 13. schnellerer Transport der landwirthschaftlichen Produkte.

Berichtigung. Die Notiz Verschlechterung des Wahlrechtes in der letzten Nummer ist irrtümlich unter Frankreich statt unter Bulgarien gestellt.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Von der Auer'schen Rede: Sedanfeier und Sozialdemokratie sind bereits am ersten Tage über 8000 Exemplare abgesetzt worden. Unsere Gegner agitierten vortrefflich für uns.

Brack's Grab in Braunschweig war am 9. September von zahlreichen Arbeitern besucht, die dem toten Denker des Sozialismus Kränze spenden als Zeichen ihrer Dankbarkeit und Liebe widmeten.

In der Angelegenheit des Reichstags-Abgeordneten Seifert bringt das „Sächsische Volksblatt“ eine Erklärung von drei Mitgliedern des Ausschusses des Scheidewir-Konsumvereins, worin die neulich von uns veröffentlichten Angaben Seifert's über seine Haltung zum Sedanfest bestritten werden. In der Hauptsache dreht sich der Streit darum, daß Seifert bei der Begründung des Antrages gesagt haben soll, das Sedanfest sei nun einmal ein Volksfest, wo alles mitlaufe, während Seifert diese Angabe bekanntlich für unwahr erklärte. Schließlich muß aber doch er am besten wissen, was er sagte, oder wie er das Gesagte gemeint hat; jedenfalls halten wir es für schädlich, sich an seiner unserer Ansicht nach loyalen Erklärung genügen zu lassen.

Eine Parteiversammlung für den Wahlkreis Friedeberg-Kruswalle, die am Sonntag in Kruswalle tagte und aus den Orten Friedeberg, Driesen und Marienwalde besucht war, wählte den Genossen Th. Krüger aus Marienwalde als Delegirten zur Ständeburger Parteikonferenz und beschloß auf Antrag der Friedeburger Genossen, den Kreis Friedeberg-Kruswalle auf dem Berliner Parteitage durch einen Delegirten des 4. Berliner Wahlkreises vertreten zu lassen.

Die Kreis-Parteiversammlung in Solingen wählte als Delegirte zum Breslauer Parteitag die Parteigenossen Redakteur J. O. Franken aus Solingen und Hugo Schaal aus Wald.

Die Sozialdemokratie des 4. hannoverschen Wahlkreises Osunabrück ehrte auf ihrer Parteikonferenz in Bramsche das Andenken Friedrich Engels' in der üblichen Weise, schlug als Delegirten zum Breslauer Parteitag den Genossen Schrader aus Bramsche vor und faßte über das Agrarprogramm folgende Resolution: „Die Konferenz erklärt den Entwurf des Agrarprogramms für unannehmbar, hält aber eine eingehende Aussprache auf dem Breslauer Parteitag für notwendig, damit Klärung in der Frage geschaffen wird.“ Zum Schluss wurde den Parteigenossen der Rath gegeben, etwa eintretenden Ereignissen gegenüber Ruhe und Besonnenheit, aber auch Festigkeit zu bewahren; möge kommen was da wolle — ein Rath, der allen Anhängern unserer Partei zur Beachtung empfohlen werden kann.

Von amüsanter Offenheit sind die Polizeigewaltigen, denen der Schutz der guten Stadt Prenzlau anvertraut ist. Ein einziger Wirth hat sich dort bis jetzt zu dem vernünftigen Standpunkt emporgearbeitet, daß die Grofschen der Arbeiter genau so vollwerthig sind, wie die anderer Leute. Dadurch haben die verfluchten Sozialdemokraten den geräumigsten Saal bekommen, den Prenzlau aufzuweisen hat, was die „Patrioten“, die das Städtchen bisher als ihre Domäne betrachteten, natürlich außer tiefste Kränkt. Das Echo dieser Entrüstung tönt in dem Bescheid wieder, der dem Wirth zugesandt wurde, als die Anmeldung der Parteiverammlung an das Polizeiamt gelangt war. Die Antwort lautete:

„Die Ihnen am 7. Februar cr. widerrüchlich bewilligte Ausdehnung der Polizeistunde bis 12 Uhr wird hiermit zurückgezogen und haben Sie fortab Ihr Lokal wieder zur gewöhnlichen Zeit, im Sommer um 11, im Winter um 10 Uhr zu schließen. Nach einer hier eingegangenen Anmeldung findet bei Ihnen am 1. Mai cr. eine öffentliche sozialdemokratische Versammlung (Mafseier) statt. Es ist also zweifellos, daß Sie Ihre Lokalitäten wieder zu sozialdemokratischen Agitationszwecken herzugeben haben, und liegt daher für uns kein Grund mehr zu einer ausnahmsweisen Berücksichtigung vor. Die Polizeiverwaltung.“ (Name unleserlich.)

Unseres Erachtens könnte diese Polizeiverfügung ganz gut in Anbaurd erlassen worden sein, denn mit der preussischen Verfassung, die alle Frauen dem Gesek gleichmäßig unterworfen wissen will, verträgt sie sich offenbar „man jar nich“.

Bei der Gemeinderathswahl in dem hessen-nassauischen Dorfe Griesheim brachte der Arbeiter-Wahlverein drei seiner Kandidaten durch.

Auch die Prager Bezirks-Krankenkasse ist der roten „Rotte“ in die Hände gefallen. Von 667 überhaupt abgegebenen Stimmen erhielten bei der Vertreterwahl die Kandidaten unserer Partei 601.

Ueber den Kongreß der französischen Arbeiterpartei wird uns aus Paris unterm 9. September geschrieben: Gestern wurde in Romilly-sur-Seine der 18. Landes-Kongreß der französischen Arbeiterpartei eröffnet.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Rechenschaftsbericht des Nationalrathes (Propaganda, Finanzen, Wahlen, Presse etc.); 2. der allgemeine Stand der Partei, Bericht der Delegirten; 3. die Arbeiterpartei und die Kolonialpolitik; 4. die Arbeiterpartei und die answärtige Politik; 5. die Frage der Seearbeiter: Fischer und Handelsmatrosen, Enquets und Programmvorwurf; 6. die Thätigkeit der Partei in den Departementalvertretungen; 7. die Gemeinderathswahlen von 1894; 8. die obligatorischen Gewerkschaften; 9. Verschiedenes.

Der Rechenschaftsbericht, dessen finanzieller Theil von Chauvin, Abgeordneter des Seine-Departements, erstattet wurde, während Paul Lafargue den auf die Propaganda der Partei bezüglichen Theil des Berichtes übernommen hatte, zeugt von dem festen Fortschritt der Partei und der großen Wichtigkeit des Nationalrathes. So wurden im abgelaufenen Jahre 4 Tageblätter geschaffen: „Le Peuple“ in Lyon; „Le Travail du Nord“ in Lille; „L'Egalité“ in Roubaix und „Le Peuple de la Loire“ in Saint-Etienne. Ferner wurden 4 neue Wochenblätter gegründet, und zwar in Rouanne, Montlucon, Systeron und Béliers. Außerdem besitzt die Partei 2 wissenschaftliche Revuen: die „Jeunesse socialiste“ (die sozialistische Jugend) und das „Devenir sociale“ (das soziale Werden.) Wie rühmig der Nationalrath auch sonst ist, ergibt sich daraus, daß sieben seiner Mitglieder allein, und zwar Carnaud, Chauvin, Guesde, Lafargue, Roussel, Lévaux und die Genossin Valette im abgelaufenen Berichtsjahre 380 Versammlungen in 141 Städten abgehalten haben. Der Kongreß hat denn auch in einer einstimmig angenommenen Tagesordnung die Mitglieder des Nationalrathes für die Art, wie sie ihr Mandat seit dem letzten Pariser Kongreß erfüllt haben, herzlich beglückwünscht.

Wie die Mandatsprüfung ergeben hat, beträgt die Zahl der Delegirten 72, die zusammen 187 Orte und 341 sozialistische Gruppen, Gewerkschaften und Verbände vertreten. Für heute sind noch mehrere neue Delegirte angemeldet. Unter den Kongreßmitgliedern befinden sich 4 Abgeordnete, 1 Bezirksrath und 12 Gemeinderäthe.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die lustigen Flugblättervertheiler, eine humoristische Szene, die in Darmstadt der Gesangsverein „Sängerkreis“ bei seinem 14. Stiftungsfest aufführen wollte, sind von der heiligen Hermandad für so späßhaft befunden worden, daß sie die Aufführung verbot.

Soziale Uebersicht.

Ein internationaler Kongreß für Arbeiterschutz-Gesetzgebung, veranstaltet auf Antrag deutscher und französischer Universitätsprofessoren von Professoren der vier belgischen Landes-universitäten, soll 1897 in Brüssel abgehalten werden. Angeblich soll der Kongreß das vom jetzigen deutschen Kaiser aufgestellte Programm der Arbeiterschutzfrage aufnehmen und entwickeln.

Dieses Programm, aufgestellt in der Einladung zu der feierlichen in Berlin abgehaltenen internationalen Konferenz, ist in Deutschland fast vergessen. Nicht einmal die Regierungsblätter sprechen noch davon. Um so wunderbarer ist es, daß man in Belgien auf die ansichtslose Sache zurückkommt. Zum Besten einer guten Arbeiterschutz-Gesetzgebung ist in Deutschland wie in den westlichen Kulturländern die Mitwirkung der Sozialdemokratie unumgänglich. Deren Wünsche sind bisher grundsätzlich unberücksichtigt geblieben, und so ist aus der Arbeiterschutz-Gesetzgebung nirgends etwas Ordentliches geworden; so lange man ihre Vorschläge auch künftig ignorieren wird, wird die Arbeiterschutz-Gesetzgebung unvollkommen bleiben.

Während des Armenpflanzertages in Leipzig werden voraussichtlich auch Mitglieder deutscher Gewerbe-gerichte anwesend sein. Die Herren Stadtrath Dr. Fiesch, Frankfurt a. M., Magistrats-Rath Cuno, Berlin, Stadtrath Wiltner, Leipzig und Stadtrath Jochmus, Halle a. S. beabsichtigen, bei dieser Gelegenheit eine zwanglose Besprechung über gemeinsame Angelegenheiten der Gewerbegerichte herbeizuführen und laden die Mitglieder von deutschen Gewerbegerichten oder Stadtverwaltungen ein, daran theilzunehmen. Die Zusammenkunft soll Donnerstag, den 26. September, abends 8 Uhr, im Restaurant des Neuen Theaters, 1. Etage (Angustusplatz) stattfinden. Zur Besprechung sind u. a. in Aussicht genommen: Die Petitionen für Einführung der Berufung bei den Gewerbegerichten und gegen die vorläufige Vollstreckbarkeit der Urtheile; die Frage der Ausdehnung der Gewerbegerichte auf Kaufleute, landwirthschaftliche Arbeiter und Diensthöten.

Der Kampf gegen das Schwimmsystem. Die „Fachschrift“ veröffentlichte ein Interview der beteiligten Arbeiter mit den Stuttgarter Großkonfessionären betreffs ihrer Stellung zur Errichtung von Betriebswerkstätten. Fast alle von den neun Unternehmern, die gefragt wurden, verhalten sich ablehnend. Bis zu sieben Akteuren wird die dortige Konfession ausschließlich von Landschneidern angestellt und nur ein Aktier in Stuttgart selbst. Diese Landschneider werden von den Großkonfessionären natürlich am liebsten beschäftigt, weil sie aussergewöhnlich billig arbeiten.

Ein Unternehmer meinte: Die Landschneider seien mäßig und sparsam und kauften ein Stück Land um das andere. Frau und Tochter arbeiteten mit, um einen höheren Verdienst zu erzielen.

Ein anderer Unternehmer erklärte: Seine Arbeiter seien

alle zufrieden und wollten in keine Betriebswerkstätte. Die Arbeiter seien das Sparen nicht gewöhnt, ob sie viel oder wenig verdienten, das Geld gebe doch hinaus. Er wisse sehr gut, welcher Zweck mit dieser Forderung erreicht werden solle, man suche die Leute zu organisieren.

Ein dritter Unternehmer behauptete: Diejenigen, welche arbeiten wollen, verdienen ihr Brot und hätten einen schönen Lohn, nur die Lumpen, die nicht arbeiten wollen, können nicht aus.

Ein vierter Geschäftsinhaber meinte: Die Forderung durchzuführen sei garnicht denkbar; seien Schneider seine alle zufrieden, hätten ein schönes Leben und dicke Bäuche. Die Lage der Arbeiter werde durch die Betriebswerkstätten nicht gebessert. Die Schneider hätten es viel schöner zu Hause; in solchen Werkstätten sei ein so starkes Maschinengerassel, dazu die dumpfen Arbeitsräume bei einer solchen Anzahl von Leuten. Sie hätten gar keinen Grund, von der Hausindustrie abzugehen, glaubten auch nicht, daß durch einen Streik etwas erreicht werde.

Daß bei solchen Anschauungen eine Verständigung unmöglich, ist einleuchtend. Doch nicht alle Unternehmer urtheilen über die Betriebswerkstätten so unvernünftig. Einer äußerte: Wenn die Arbeiter, die Sozialdemokraten, in dieser Sache nichts thun, dann werden die Verhältnisse in Süddeutschland gerade so schlecht oder noch schlechter, als sie in Norddeutschland sind. Nebenbei sind sie das längst.

Wähten die Arbeiter, schreibt uns ein Schneider, diese Lehre aus Unternehmermunde beherzigen. Nur durch gemeinsamen Zusammenschluß können sie etwas erreichen.

Ein Kongreß selbständiger Barbier und Friseur, die nicht den Innungen angehören, tagte kürzlich in Mannheim. Er war von 34 Delegirten besucht. Aus den Berichten ergab sich, daß der Verband der antizipulischen Unternehmer im Barbiergewerbe, die Freie Vereinigung, im raschen Wachsthum begriffen ist; sie hat bereits in 122 Orten Mitglieder. Die Zeitung „Der Barber und Friseur“ wird in 1200 Exemplaren herausgegeben. Ueber den Punkt: Wie verhalten wir uns zu den Innungsprivilegien und wie erstreben wir eine einheitliche Sonntagsruhe? referirten Bauer-Frankfurt und Grindel-Berlin. Es wurde festgestellt, daß von 32000 selbständigen Barbieren nur ca. 8000 den Innungen angehören. Die Privilegien der Innungsbeden seien ein gesetzliches Unrecht, gegen das mit allen zulässigen Mitteln, durch Einwirkung auf die Gesetzgebung, angekämpft werden müsse. So führte der erste Referent aus; er machte den Vorschlag, durch Kundgebungen an den Reichstag, an die Landtage und an die zuständigen Behörden den gesetzlichen Schluß der Geschäfte um 2 Uhr an Sonntagen zu erwirken. Grindel kritisirte in seinem Referat die „Wirksamkeit“ der Innungen. Er schilderte an zahlreichen Beispielen, daß der § 100c von den Innungen in gemeinschaftlicher Weise angewendet wird; so wurden von 23 Innungen in Schlesien 790 Lehrlinge „ausgebildet“, von denen nur 301 Fachschul-Unterricht genossen. Der Redner schloß sein beifällig aufgenommenes Referat damit, daß eine Zwangsorganisation für das Barbiergewerbe nur von Unheil sei und daß eine Aenderung der Produktionsweise, wie sie die Sozialdemokratie erstrebe, den kleinen Unternehmer erst aus seiner prekären Lage befreien werde. Es wurde dann beschloffen, Petitionen um Aufhebung der §§ 100c und 100f der Reichs-Gewerbeordnung an den Reichstag und an die Einzel-Landtage zu richten. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung betrafen zum Theil Rassenangelegenheiten.

Weißer Phosphor, die Ursache der fürchterlichen Phosphornekrose, wird in Deutschland immer noch verarbeitet, wenn auch nicht mehr in dem Maße als früher. In Neustadt a. d. N. im Herzogthum Meiningen arbeiten 3 W. noch drei Händhölzer-Fabriken mit weißem Phosphor. Wie der Fabrikinspektor feststellte, litten deren Arbeiter zum großen Theil an kariösen Zähnen; in einer Fabrik hatten von 80 Arbeitern nicht weniger als 25 angefallene Zähne. Trotzdem solche Personen der Phosphornekrose sehr leicht verfallen, wurde in den Fabriken noch häufig gegen die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften verstoßen. Es kann daher, sagt der Fabrikinspektor, nicht wundernehmen, daß im vergangenen Jahre nicht weniger als 5 Fälle von Phosphornekrose, wenn auch leichterer Art, in Neustadt a. N. vorgekommen sind. Die tägliche Reinigung der zum Zubereiten der Händmohse und zum Betanken und Abfällen der Händhölzer dienenden Räume nach Beendigung der Arbeit und das Verbrennen der gesammelten Rückstände wurde wiederholt in Erinnerung gebracht.

Pastor und Lehrer. Die „Preussische Lehrerzeitung“ brachte eine interessante Gegenüberstellung von Gehältern, die im Regierungsbezirk Merseburg den Geistlichen und Lehrern einiger Orte gezahlt werden. Danach erhält der Oberpfarrer in Heddrungen (Stadt) 8967 M., das sind 614 M. mehr als die dort angestellten 3 Lehrer zusammen erhalten. Der Oberpfarrer in Bahna 1704 und der Oberpfarrer in Ermleben 2318 M. mehr als die 6 Lehrer in jeder dieser Städte zusammen genommen. Die 5 Lehrer in Seyda beziehen zusammen einen jährlichen Gehalt von 4998 M.; der dortige Oberpfarrer erhält 8200 M., also 3204 M. mehr. Der Oberpfarrer in Rätzsch bei Bitterfeld erhält 10175 M. und bezieht beinahe noch einmal soviel Gehalt als die dortigen 5 Lehrer, die zusammen 5098 M. erhalten. Die Pfarrstelle in Hofen bei Artern mit 11500 M. bringt 8112 M. mehr ein als der Gehalt der 3 Lehrer zusammen genommen. Der Pfarrer in Webau bei Weisenfels mit 10306 M. erhält viermal soviel als die beiden dortigen Lehrer zusammen.

Da predigt sich's gut vom irdischen Jammerthal und der Gulsangung — der anderen.

Vom Schachtfelde der Arbeit. Aus Houghton in Michigan wird berichtet: Durch einen Brand in der Orreola-Kupfermine wurden 80 Bergleute von der Außenwelt abgeschlossen; man befürchtet, daß sie ungelommen sind.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Glasarbeiter! In Wienburg an der Weser sind eine Anzahl Kollegen entlassen worden, weil sie sich nicht an einem zur Sedanfeier veranstalteten Fackelzuge beteiligten, bezw. als Staffage verwendend litten. Weitere Entlassungen sollen bevorstehen. Wir bitten die Kollegen allerorts, den Zug nach Wienburg strengstens fernzuhalten. Der Vorstand des Verbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen und verwandten Gewerke Deutschlands. J. W.: A. Gebel.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Lohgerber, Lederzurichter und Berufsgenossen Berlin! Eine große öffentliche Versammlung aller in der Lederbranche beschäftigten Arbeiter, der Lohgerber, Lederzurichter, Weißgerber, Färber u. s. w. findet am Mittwoch, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, in Frey's Gesellschaftshaus, Brunnenstraße 184, statt. Auf der Tagesordnung steht der Streik in der Steinlein'schen Lederfabrik (Nbh. Weiden), sowie die Abrechnung vom Streik in der Römer'schen Lederfabrik. Erscheinen sämtlicher in der Branche beschäftigten Arbeiter ist unbedingt nöthig. Der Einberufer.

Achtung, Sattler Deutschlands! Der Zug nach Berlin ist unter allen Umständen fernzuhalten, da die Kollegen der Firma Voh-Söhne sich im Streik befinden und weitere 300 Kollegen voraussichtlich in den nächsten Tagen die Arbeit niederlegen werden. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten. Die Agitationskommission. J. A.: Bruno D r s c h, Rixdorf, Steinmetzstr. 24.

Achtung, Vergolder! Die Versammlung am 9. September hat den Generalstreik beschloffen. Diesen Beschluß hochzubalten, damit der Kampf zu gunsten der Arbeiter entschieden wird, ist Pflicht jedes einzelnen. Kollegen! Zeigt durch eifriges Eintreten den Fabrikanten, daß Ihr alle darin einig seid, Eure traurige Lage zu einer besseren zu gestalten. Auf der ganzen Linie laute die Parole: Nieder mit der K l o r d - A r b e i t !

Die Lohnkommission hat ihren Sitz Amnenstr. 16. Die Fabrikanten werden ersucht, alles das Kommission resp. den Streik betreffende dorthin zu senden.

Die Streikenden haben sich vormittags und nachmittags zur Kontrolle Amnenstr. 16 zu melden. Die nächste öffentliche Versammlung findet Donnerstag vormittags statt. (Siehe Annonce.) Die Lohnkommission.

In Dresden streiken wegen Maßregelung eines Kameraden die Tischler der Fabrik photographischer Apparate von Paul B ö r t e r (Inhaber C. Wünsche, Josephinenstr. 1.

In Mainz beschloß eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung, bei der Bürgermeisterei und den Stadtverordneten um Erlaß einer baupolizeilichen Vorschrift zum Schutze der Arbeiter zu petitioniren. Ferner sollen die sozialdemokratischen Abgeordneten des hiesigen Landtages ersucht werden, Anträge auf Erlaß von Vorschriften zum Schutze der Bauarbeiter, sowie zur staatlichen Kontrolle der Bauten zu stellen. Weiter beschloß die Versammlung, die vor einigen Jahren eingegangene Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands von neuem zu errichten. Eine Kommission wurde mit der Ausführung dieser Beschlüsse betraut.

Eine Konferenz deutscher Tabak-Arbeiter und -Arbeiterinnen hat am Sonntag Abend im Restaurant zur Längel in Erfurt ihre Sitzungen begonnen. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit der Delegirten Dechant-Berlin, Börner-Berlin, Sandgaard-Lübeck, Wajmann-Freslau, Richter-Dresden, Rebs-Weisenfels, Blome-Bremen, Hermann-Junge, Vorsitzender des Zentral-Verbandes deutscher Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen, Esser-Münden, Wildemann-Stuttgart, Straube-Frankfurt am Main, Wiesen-Erfurt, Schold-Magdeburg, Barnde-Uberfeld. Ins Bureau wurden gewählt: Wiesen als 1. Vorsitzender, Schold als 2. Vorsitzender, Rebs, Wildemann, Straube, Esser als Schriftführer. Zur Beratung kommen nach der Tagesordnung: 1. Bericht der Berliner Provinzialkommission sowie der übrigen Delegirten. 2. Die Frage: Sollen die Provinzialkommissionen weiter bestehen? 3. Die Frage: Wie begegnen wir am besten etwa zukünftigen Vorlagen der Regierung, die auf eine höhere Besteuerung des Tabaks hincielen? Ueber die Verhandlungen werden wir in einem nächsten Bericht.

Der Verein deutscher Schuhmacher hatte laut Abrechnung vom 2. Quartal d. J. 8687 beitragszahlende Mitglieder, davon in den drei Berliner Filialen zusammen 448, in Burg bei Magdeburg 855, Weisenfels 279, Offenbach a. M. 272, Hamburg 260, München 231, Nürnberg 209, Bremen 196, Altona 188, Leipzig 185, Frankfurt a. M. 175, Mainz 165, Dresden 158, Krefeld 151, Grotzsch 151, Brandenburg 127, Lützingen 114, Delitzsch 108, Erfurt 104, Kiel 101, in allen übrigen Orten weniger als 100. — Die Krankenkasse (C. D.) hatte im 2. Quartal d. J. 10943 Mitglieder.

Ein allgemeiner Ausstand der Bergleute in den Kohlengruben Belgiens steht für den Fall in Aussicht, daß die Grubenverwaltungen den Lohn nicht aufbessern.

Der vom Vorstand des Anaptschaftskassen-Vertreter-Vereins in Jüdow-Schadowitz gegen die Auflösung dieser Verbindung eingelegte Rekurs ist von der Kreischarpmannschaft zurückgewiesen worden. Die Anaptschaftskassen-Vertreter hatten den Verein auf Grund des § 20 des Vereinsgesetzes aufgelöst; bei einer Hausdurchsuchung sind aber der Polizei einige Schriftstücke in die Hände gefallen, die die Auflösung auch nach § 26 des sächsischen „Zuwels“ rechtfertigen sollen. Doppelt genügt hält besser.

Die Vertreter der schottischen Kohlengrubenarbeiter hielten der „Köln. Volkszeitung“ zufolge am 10. d. M. in Glasgow eine Versammlung ab, um eine Lohnherhöhung von einem Schilling durchzusetzen. Die Grubenbesitzer lebten jedoch die Forderung ab, so daß ein Ausstand wahrscheinlich ist. Auch die Clevelander Hochofen-Feuerleute und die Eisenstein-Bergarbeiter fordern eine Lohnherhöhung um einen Schilling.

Gerichts-Beitrag.

Das umfangreiche Strafverfahren, welches seit länger als Jahresfrist gegen den in Untersuchungshaft befindlichen Bankier und Looseshändler Joseph Scholl aus Nieder-Schönhausen und mehrere seiner früheren Angestellten schwebt, ist nunmehr soweit gediehen, daß gestern ein Theil der Anklage vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung gelangen konnte. Außer Scholl hatten die Kaufleute Wilhelm Verhe, Adolph Friedrich und Richard Dombrowski auf der Anklagebank Platz zu nehmen.

Scholl wird vorläufig des Betruges in vielen Fällen und in Gemeinschaft mit Verhe des Vertriebs verbotener Loose, die Angeklagten Friedrich und Dombrowski werden der Beihilfe zu letztgenanntem Vergehen beschuldigt. Aus der Vernehmung der Angeklagten ging folgender Sachverhalt hervor: Scholl gründete Ende 1893 in Nieder-Schönhausen ein Geschäft, welches unter der Firma „Bankhaus Scholl“ ins Handelsregister eingetragen wurde. Es scheint hauptsächlich auf den Vertrieb von auswärtigen Loosen abgesehen gewesen zu sein, die hierzu gestroffenen Einrichtungen nahmen einen großen Umfang an. Außer der „Central“ in Nieder-Schönhausen wurden Filialen in Berlin, Hamburg und Neu-Strelitz eingerichtet, außerdem in der Besselfraße ein Agentengeschäft, welches unter der Firma des Mitangeklagten Verhe geführt wurde und nach dem Beständnis des Verhe bestimmt war, als Diamant für die Firma Scholl zu dienen, um der letzteren auf diesem Umwege auswärtige Loose zu beschaffen und zu verhandeln, daß bei einer polizeilichen Nachsuchung verbotene Loose in dem Scholl'schen Geschäft gefunden wurden. Ferner gab Scholl eine Zeitung unter dem Titel „Deutsche Wörten-Zeitung“ heraus, welche als Text nur einige Berichte über Versammlungen von Mitgliedern von Aktienunternehmungen enthielt, im übrigen aber nur dem Looservertrieb durch Anpreisungen und Annoncen die Wege ebnete sollte. Die Melanometrommel wurde in der großartigen Weise gerührt, in den Prospekten, Zuchriften und Anklagen zeigte sich, daß das Bankhaus Scholl in verschiedene Abtheilungen, wie „Inferaten-Abtheilung“, „Rechts-Abtheilung“ u. s. w. zerfiel. Der Kundenkreis wurde hauptsächlich in den Provinzen gesucht, die kleinsten Blätter wurden mit Anzeigen bedacht. In der Art dieser Anzeigen und Prospekte wird von der Anklagebehörde ein Verzug gefunden. Beispielsweise erschien im Münden-Lübecker Kreisblatt vom 28. März vorigen Jahres eine Annonce mit der Ueberschrift: „Jedes Loos ein Treffer!“ Das Bankhaus Scholl zeigte sodann an, daß es im Besitze von 12 auswärtigen, aber gesetzlich erlaubten Serienloosen sei, welche in kleinen Antheilen abgegeben werden sollten. Die Loose müßten in der nächsten Ziehung bestimmt mit einem Gewinn gezogen werden. Ein jeder Spieler müsse 12 Mal im Jahre gewinnen. Gegen Zahlung von 4 M. für jede Ziehung könne jeder bis zu 7000 M. jährlich gewinnen. Ging jemand auf das verlockende Anerbieten ein, so erhielt er einen Prospekt, worin die Natur der Serienloose ausführlich erörtert wurde. Nach der Anklage enthielten diese Prospekte Unrichtigkeiten und Zweideutigkeiten,

die geeignet waren, das Publikum und besonders solche Leute, welche mit Börsenverhältnissen nicht vertraut waren, über den wahren Werth der Loose irre zu führen. Viele Besteller, welche sich enttäuscht fanden und unter Verschleierung auf die Geschäfts-Verbindung die geleistete Anzahlung für die erste Ziehung zurückverlangten, erhielten dann ein Rückschreiben von der „Rechts-Abtheilung“ des Bankhauses Scholl, worin sie in überaus energischer Weise und unter Androhung von Zwangsmahregeln darauf hingewiesen wurden, daß sie sich für das ganze Jahr verpflichtet und auch die ferneren Zahlungen zu leisten hätten. — Die Verhandlung, welche vom Landgerichtsrath Meyer geführt wird, wird den ganzen Tag in Anspruch nehmen. Der Angeklagte Scholl bestreitet, daß er betrügerisch gehandelt habe, die übrigen Angeklagten geben zu, daß sie sich am Vertriebe von verbotenen Loosen betheiligt haben, sie hätten aber unter dem Einflusse ihres Chefs gestanden und dessen Anforderungen nachkommen müssen, um ihre Stellung zu behalten. Scholl, der von den Rechtsanwälten Dr. Friedmann und Goldschmidt vertheidigt wird, behauptet, daß er bei Abfassung der Inserate ein Schema benutzt habe, wie es von den meisten Looseshändlern verwendet werde. Bei Abfassung der Anzeigen habe er stets einige seiner erfahrensten Angestellten zu Rathe gezogen.

In der Verhandlung wurden diejenigen Fälle, welche sich auf die angeblichen Betrugsfälle mit Serienloosen bezogen, nicht zur Sprache gebracht, sondern die Beweisaufnahme beschränkte sich auf diejenigen Betrugsfälle, welche durch die Inserate begangen sein sollen. Scholl hatte in den kleinsten und kleinsten Zeitungen in den entferntesten Provinzen unter den verlockendsten Ueberschriften auf die Lotterie aufmerksam gemacht. Es war besonders darauf hingewiesen worden, daß die „Original-Loose“ mit dem Reichsstempel versehen seien und zu den „amtlichen“ Preisen verkauft würden. Hierdurch, sowie durch den Umstand, daß Scholl sich „Generalagent“ nannte, wurde das Publikum in den Glauben versetzt, daß es sich um eine erlaubte Lotterie handelte. Wurden die Besteller später gewahrt, daß sie nur Anttheilscheine für in Preußen verbotene Lotterien erhielten und verlangten sie ihre erste Einlage zurück, so blieben sie ohne Antwort. Scholl muß dabei ein gutes Geschäft gemacht haben, er beschädigte gegen 14 Personen und beschränkte seine eigene Thätigkeit auf die Ertheilung von Befehlen. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß Scholl's kaufmännische Bildung eine höchst mangelhafte und er nicht im Stande sei, richtig deutsch zu schreiben: Die Verlesung der Aussagen von 63 kommissarisch vernommenen Zeugen nahm mehrere Stunden in Anspruch. Der Staatsanwalt bezeichnete das Treiben des Angeklagten Scholl um so gemeingefährlicher, da die Leute auf dem platten Lande, die „Aer msten der Nation“, davon betroffen worden seien. Er beantragte gegen ihn wegen des wiederholten Betruges zwei Jahre Gefängnis und dreijährigen Ehrverlust wegen des Lotterievergehens eine Geldstrafe von 1500 M. Gegen die drei Mitangeklagten Verhe, Friedrich und Dombrowski beantragte der Staatsanwalt Geldstrafen von 100, 50 und 100 M.

Die Vertheidiger hielten die Thatbestandsmerkmale des Betruges nicht für vorliegend und vertraten die Ansicht, daß nur die Polizei durch die Inserate irregeführt werden sollte. Die Klenden würden ebenso gern in einer außerpreussischen wie in einer preussischen Lotterie gespielt haben.

Der Gerichtshof hatte keinen Zweifel daran, daß der Angeklagte Scholl sich beider Vergehen schuldig gemacht habe, nahm aber zu seinen gunsten eine einzige selbständige Handlung als vorliegend an. Scholl wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust, sowie zu 1500 M. Geldstrafe, Verhe zu 150 Mark und Friedrich und Dombrowski zu je 45 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Zum Kapitel Berliner Schuhleute. Ganz verschiedene Auffassungen über einen freitragenden Sachverhalt traten bei einer gestern vor dem Schöffengericht sich abspielenden Verhandlung zu tage. In der Jorndorferstraße kam es eines Tages zwischen dem Korbhändler G e t und zwei Schuhleuten zu einem heftigen Austritt. Die Schuhleute hatten behauptet, daß an dem mit Korbwaren beladenen Wagen — der übrigens der Frau G e t gehört — die Firma fehle und als G e t das Gegenteil behauptete, sollte er festgenommen werden. Er überreichte zwar seine Legitimationspapiere und nannte seinen Namen, da er aber eine schwer verständliche Aussprache hat, so schienen die Schuhleute angenommen zu haben, daß er sich einen solchen Namen beilegte und forderten ihn auf, ihnen zur Wache zu folgen. Hierbei soll er sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht haben. In direktem Gegensatz zu den beiden Schuhleuten befanden nun vier einwandfreie Zeugen, daß sie von einem solchen Widerstande nichts gesehen. Sie wollten im Gegentheil folgendes gesehen haben: Zunächst sei die Firma der Frau G e t auf einem nur wenig beschädigten Brett zu lesen gewesen. Ferner habe der Schuhmann Heise den Angeklagten sofort am Halbe gepackt und hin und her geschüttelt und sein Kollege habe die auf der Wache erscheinende Frau des Angeklagten, welche interveniren wollte, wiederholt kräftig nach der Wand eines Hauses zu geworfen und im übrigen blank gezogen. Die beiden Schuhleute widersprechen dieser Darstellung und blieben dabei, daß eine Firma an dem Wagen nicht zu bemerken gewesen sei und sie den Widerstand des Angeklagten hätten brechen müssen. Ebenso widersprachen sie der Behauptung der Zeugen, daß der Schuhmann Heise betrunken gewesen sei. Drei Zeugen stellten diese Behauptung auf, indem sie versicherten, Heise habe nicht grade zu gehen vermocht, auch habe sein ganzes Verhalten auf Trunkenheit hingedeutet. Der Schuhmann Heise versicherte, über den Durs getrunken zu haben und seine Kollegen, die bei der Einbringung des Angeklagten auf der Wache zugegen waren, wolle von einer Trunkenheit nichts bemerkt haben und versicherten, daß der Schuhmann Heise (Nr. 2004) von Natur einen etwas schwankenden Gang habe. — Der Staatsanwalt erachtete der Widerstand gegen die Staatsgewalt und die Polizeilübertretung, nicht aber die Führung eines falschen Namens für erwiesen und beantragte eine kleine Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung nach allen drei Richtungen hin. Er erachtete es für erwiesen, daß der Wagen eine Firma hatte, event. hielt er nicht den Angeklagten, sondern dessen Gehrau für das Fehlen einer Firma verantwortlich. Die Nennung eines falschen Namens hielt der Gerichtshof nicht für erwiesen und sprach den Angeklagten wegen des statthaten Widerstandes frei, da sich die Schuhleute nicht in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes befunden. Zu einer Verhaftung des Angeklagten seien sie nicht befugt gewesen, da derselbe seine Legitimationspapiere vorgezeigt habe, nicht fluchtverdächtig gewesen sei und es sich im übrigen nur um eine Uebertretung gehandelt habe.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Rhinsk, 9. September. (W. T. B.) Auf einem Schleppe-dampfer fand eine Kessel-explosion statt. Der Kapitän und zwei Matrosen wurden getödtet und drei verletzt. Der Dampfer ist gesunken.

Genf, 10. September. (W. T. B.) In einer hiesigen Baumwollfabrik ist ein Ausstand ausgebrochen, an dem 2500 Arbeiter theilnehmen. Dieselben verlangen Lohnherhöhung und Verminderung der Arbeitszeit. Die Arbeitgeber weigerten sich, die Vertreter der Ausständigen zu empfangen; darauf beschloffen die Arbeiter in einer Versammlung, neue Versuche bei den Fabrikanten zu unternehmen. Auch in einer anderen industriellen Unternehmung sind 300 Arbeiter aus den gleichen Gründen in den Ausstand eingetreten.

Tokales.

Das Verleumdungen bekannter Parteigenossen haben sich jetzt, wo von oben das Signal zum Angriff gegen uns auf der ganzen Linie gegeben ist, die Pfennig-Reporter der Bourgeois-Prese als ihre Aufgabe erwählt. Das die Singer'schen Millionen, mit denen Vebel und Liebnicht gekauft und die gesammte Partei korumpirt worden ist, wieder eine Hauptrolle spielen, ist selbstverständlich. Auch der zweite Millionär der Partei, der Schwiegervater Bleichröder's, Dr. Kronz, erscheint wieder in der Arena. Derselben wird nachgesagt, er suche die Kandidatur im Kreise Westhavelland (Brandenburg) und habe zu diesem Zwecke den Genossen Ewald verdrängt. Natürlich ist an dieser Unterstellung kein wahres Wort. Genosse Dr. Kronz hat bis jetzt jede Kandidatur abgelehnt und konnte er deshalb bisher auch niemand verdrängen. — Als dritter, den die Verleumdungssippe aufs Korn genommen hat, erscheint der Genosse Franz Tugauer. Der Umstand, daß ein Bruder desselben wirtschaftlich Schiffbruch gelitten hat und sein bisher betriebenes Geschäft hat schließen müssen, benutzte die Presspiraten, um die Lüge zu verbreiten, das von dem Abgeordneten Tugauer betriebene Möbelgeschäft sei mit den Mitteln der Partei eingerichtet und auch für den Bruder sei seinerzeit Parteihilfe gewährt worden. Natürlich werden diese Lügen nur aus den Fingern gezogen, um unsere Genossen in den Augen Indifferenten herabzusetzen und sie, so gut es geht, auch wirtschaftlich zu schädigen. Das ganze Gebahren nennt sich dann: Kampf für die göttliche Weltordnung und Vernichtung der Umsturzbefehle. Traurige Gesellschaft.

Der St. Sedan und das patriotische Unternehmertum. Eine ganze Reihe von Mittheilungen geht uns noch zu über „Arbeitsgeber“, die ihren Patriotismus auf die billigste Weise von der Welt dadurch bekunden haben, daß sie am St. Sedan wohl feiern ließen, aber wohlweislich vergaßen, ihre Arbeiter für die Zeit zu entschädigen, die diese sehr wider ihren Willen ausüben mußten. Es ist uns wegen Raummangels unmöglich, die an uns gerichteten Mittheilungen dieser Art in der wünschenswerthen Ausführlichkeit wiederzugeben; unsere Leser werden es daher entschuldigen können, wenn wir uns mit kurzer Namensnennung begnügen. Ohne Bezahlung haben also den Sedantag ganz oder theilweise feiern lassen: G. Bethge, Dampfglaschleiferei, Sebastianstr. 78, Behnke und Brösel, Jülgenswaren-Fabrik, Faltschiffstraße 104, Horst und Böhm, Bronze-waren-Fabrik, Kommandantenstraße 55, Postlieferanten Hensel und Schumann, Gold- und Silberwaren-Fabrik, Niedereckstraße 34, Nagler, Fabrik für Nähnadeln, Prinzenallee 75, Koch u. Komp. Nachf., Maschinenfabrik, Alie Jakobstraße 35, Oskar Köhler, Pianofabrik, Greifswalderstr. 33, Rob. Pachmann, Telegraphenfabrik, Blumenstr. 65, Ludwig Lehmann, Nimmelsburg, Deutsche Messingwaren-Fabrik, Nieder-Schönwoide, Pauli u. Pinnach, Luxuspapier-Fabrik, Kommandantenstraße 18, Eduard Puls, Kunstschmiederei, Tempelhofer Ufer 10, A. Schröder, Drechslerei, Zimmerstr. 95, Zeichner, Baugeschäft, Elisabeth-Ufer 7 (hat die Maurerarbeiten am Pohnnebau, Peizigerstr.), Westphal u. Reinhold, Fabrikanten, Stromstraße 47.

Etwas für den patriotischen Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin. Bei dem städtischen Bau der Oberbaum-Brücke haben auf Anordnung des Baumeisters Möbius etwa 200 Mann un- freiwillig am St. Sedan feiern müssen, ohne daß sie auch nur einen Pfennig Vergütung erhalten hätten. Ohne Entschädigung haben auch die bei den Frennungsmeistern beschäftigten Steinmehnen Berlins den St. Sedan ihre Arbeit ausüben müssen.

Mit welcher Begeisterung müssen alle diese geschädigten Arbeiter an das erscheinende Fest vom 2. September zurückdenken, mit welcher Wuth müssen sie die planmäßigen Verstor der göttlichen Weltordnung hassen! O, heiliger Sedan!

„Arm in Arm mit Dir“. Die Einmüthigkeit der bürgerlichen Welt im Kampfe gegen die verhasste Sozialdemokratie scheint jetzt kein leerer Wahn mehr zu sein. Wir schließen dies daraus, daß zwei hiesige, einander so schroff wie nur denkbar gegenüberstehende Blätter gleichlautend, die folgende Notiz bringen:

„Wegen Nachdruck der beiden schamlosen Artikel des „Vorwärts“ wurde gestern der Redakteur Joh. Kautmann-Berlin, der für das „Volksblatt für Teuton-Deutschland“ verantwortlich zeichnet, verhaftet. Da dasselbe Schicksal bereits seinen Kollegen Pfund vom „Vorwärts“ betroffen hat, ist die sozialdemokratische Partei um zwei sogenannte „Martyrer“ bereichert worden.“

Dies Reiterwerk deutscher Prosa fanden wir zuerst im „kleinen Journal“ vom Dienstag Morgen. Aus dem jüdischen Blättchen ist die Notiz in ein streng christliches Blättchen, nämlich in das „Volk“ vom Dienstag Abend übergegangen. Wenn die Herren Süder und Leipziger Arm in Arm gegen die Sozialdemokratie aufmarschieren, muß ihr letztes Stündlein bald geschlagen haben.

Wie in Patriotismus geschwindelt wird. In Stettin werden gegenwärtig allerhand militärische Feste abgehalten, weil der deutsche Kaiser und der Kaiser von Oesterreich zur Zeit da anwesend sind. Da läßt sich denn ein hiesiges Blättchen von seinem natürlich eigens dorthin entsandten Berichtshalter melden, daß Hunderttausende in vorzüglicher Haltung (!) die Monarchen erwarten. Ganz Stettin zählt etwa 125 000 Einwohner.

Wißt Du genau erfahren, was sich ziemt, so frage nur bei edlen Frauen an. Und „edel“ sind namentlich die Frauen der Berliner Bourgeoisie, die, fromm, wie sie nun einmal sind und gegenwärtig sein müssen, ihre Liebe selbst den Weibern gegenüber bei passender und unpassender Gelegenheit in geradezu überauswärtiger Weise betätigen. Im Zoologischen Garten ist gegenwärtig ein afrikanischer Völkervolk, die Dinkas, vertreten. Da findet es denn ein agrarisches Blatt, die „Deutsche Tageszeitung“, zum Erbarmen, daß Damen, die zu erschrecken pflegen, wenn sie von einem Bettelkinde auf der Straße im Berliner Dialekt um eine milde Gabe angesprochen werden, sich um die Dinkamänner übermäßig reihen. Wie hinzugefügt sei, um die Dinkamänner übermäßig reihen. „Als vor 25 Jahren die gefangenen Dinkas durch Berlin transportirt wurden“, so gesteht das Blatt, „gab's ja auch schon solche „Damen, welche die schwarzen Kerls in jeder Weise bevorzugten und ihnen nicht genug Wohlthaten erweisen konnten, während diejenigen, die diese gefangen genommen und hierher transportirt hatten, unbeachtet im Hintergrunde blieben. Und wenn in irgend einem hiesigen Etablissement schwarze, braune oder gelbe Menschen ihre Kriegstänze aufzuführen oder sonstige Matoria treiben, so können sie sicher sein, daß sie mit zärtlichen Briefen und zarten Anträgen geradezu bestürmt werden.“

Für diese sich über die ganze Menschheit erstreckende Nächstenliebe unserer züchtigen Bourgeoisjungfrauen mag allerdings der Umstand als Entschuldigung dienen, daß die Jünglinge, die ihnen daheim erblühen, in ihrer wurmstichigen Schneidigkeit, Feigheit und Renommirsucht gar elende Tröpfe sind, denen viel-

fach nur eine rege Phantasie das Prädikat „Mann“ zuge- stehen kann.

Eugen Richter ist entrüstet darüber, daß wir das Zukreuz- kriegen der städtischen liberalen Vertreter unter das von den Kirchenbehörden auferlegte Joch festgenagelt haben. Er meint, das Joch ist aber auferlegt worden nicht von den Kirchen- behörden, sondern von der Gewerbenovelle von 1891, und zwar mit Zustimmung der Sozialdemokratie. Die städtischen Behörden haben durch die Bewilligung einfach eine Bedingung erfüllt, ohne welche überhaupt der obligatorische Fortbildungs-Schulunterricht am Sonntag-Vormittag unmöglich sein würde. Wir gratulieren dem Führer der Truppen ohne Mannschaft zu seinen originellen Einfällen. In Wahrheit dreht es sich bei der Frage, über die letzten Sonntag im reaktionärsten Sinne von den Liberalen entschieden wurde, nicht darum, ob obligatorischer Fortbildungs-Schulunterricht an den Wochentagen während der Arbeitszeit einzuführen. Dieser Antrag wurde zunächst ange- nommen, dann jedoch von den Reaktionen der Verschlechterungs- Kommission, unter besonderem Mitthum der Richter'schen Getreuen, abgelehnt und an seiner Stelle bestimmt, daß Sonntags-Fort- bildungs-Schulunterricht nur dann stattfinden dürfe, wenn der Unterricht außerhalb des Gottesdienstes erteilt oder wenn ein besonderer Gottesdienst für die Schüler eingesezt würde. Die Sozial- demokraten im Rathhaus beantragten daraufhin, nur an den Wochen- tagen Fortbildungs-Schulunterricht, und zwar obligatorischen, einzuführen. Die Stadtverordneten-Mehrheit lehnte diesen Vor- schlag in Uebereinstimmung mit dem Magistrat ab, weil sie die volle Ausbeutung der Lehrlinge den Meistern nicht entziehen wollten und wendeten sich zur Abwendung des obli- gatorischen Unterrichts — dessen Gegner sie sind — an die Kirchenbehörden. Diese lehnte erst aus kirchlichen Rücksichten die Einrichtung eines besonderen Schülergottesdienstes ab, ging aber schließlich auf den Vorschlag unter der Bedingung ein, daß die Stadt die Kosten für den Gottesdienst trage. Dies Opfer brachten die Kameele benamsetzten Stadtväter liberaler Richtung letzten Donnerstag zu gunsten besserer, bleibender Ausbeutung der armen Lehrlinge. So steht die Sache, Herr Richter! Da hilft kein Denteln oder Drehen.

Schmutzige Wäsche im alten Reichstagsgebäude. In den Gassen des alten Reichstagsgebäudes haben sich in letzter Zeit sehr unerquickliche Szenen abgepielt, die in einer General- versammlung des Vereins für Sport, Spiel und Turnen am Sonnabend in den „Vier Jahreszeiten“ lebhaft erörtert wurden. Der Generalsekretär des „Nationalvereins zur Hebung der Volksgesundheit“, Biered, ließ ein mit seinem Namen unterzeichnetes Flugblatt vertheilen, dem wir folgende Angaben entnehmen: Das unter Leitung des Dr. W. Gebhardt stehende Komitee der Ausstellung für Sport, Spiel und Turnen hatte von dem Nationalverein oder von Herrn Biered einen Theil des alten Reichstagsgebäudes abgemietet und war mit einem Betrage von 9200 M. im Rückstande, weshalb schließlich Ermittlungen beantragt und auch durchgeführt wurde. Doch hat es angehtlich Dr. Gebhardt verstanden, die Verhandlungen bis zum Schluß der Sportausstellung (31. August) hinzuziehen. Was für Unheil aus den gegenseitigen Weibungen hätte entstehen können, erhelle daraus, daß (nach Angabe des Flugblattes) in einer Nacht von unbekannter Hand ein großes Gasrohr im Keller lungigerecht durchgeschnitten war, so daß mehrere hundert Kubik- meter Gas ausströmten. Zum Glück wurde der Schaden durch ein Tage entdeckt, da sonst eine schreckliche Katastrophe unausbleiblich gewesen wäre. In der Versammlung verlas Dr. Gebhardt einen der Regierung zu übermittelnden längeren Bericht, aus dem hervor- ging, daß Herr Biered, während die Regierung ihm das ganze Gebäude, jedenfalls in Rücksicht auf den gemeinnützigen Zweck, für 6000 M. verpachtet hatte, durch Weiterverpachtungen eine Jahresmiete von 60—70 000 M. erzielte. Verschiedene Redner übten eine herbe Kritik an Herrn Biered. Der Versuch, die Person Gebhardt's mit dem an dem Gasrohr verübten Streiche in Zusammenhang zu bringen, wurde aufs schärfste zurückgewiesen. Dem Dr. W. Gebhardt wurde schließlich ein Vertrauensvotum in folgender Entschliessung ausgedrückt: „Die Versammlung nimmt Kenntniß von dem für die Regierung bestimmten Bericht, drückt dem Vor- sitzenden der ehemaligen Ausstellung, Herrn Dr. W. Gebhardt, ihr volles Vertrauen aus und beauftragt ihn, die geeigneten Schritte zu unternehmen, damit die Regierung der unabweisbaren jetzigen Anordnung des früheren Reichstagsgebäudes ein Ende durch Schließung des Hauses macht.“ Der Vorstand des „Nationalvereins zur Hebung der Volksgesundheit“ versendet dem- gegenüber ein Mundschreiben, in dem er erklärt, in jeder Beziehung streng vertragsmäßig verfahren zu sein. Das mag stimmen, aber wer wird so unvorsichtig sein und mit Herrn Biered Verträge schließen?

Polizeilich aufgelöst wurde am Dienstag Abend die Ver- sammlung der Arbeiter-Konjunktionsgesellschaft „Freiheit“, welche von anarchistischer Seite nach dem Lokal „Märkischer Hof“, Admiralstraße, einberufen war. Als Grund zur Auflösung diente dem Beamten die Anwesenheit von Frauen. Die etwa dreißig Personen, die sich zur Versammlung eingefunden hatten, entsetzten sich in aller Ruhe.

Junger Mann, der französisch und englisch korrespondiren kann, wird gegen 50 M. monatliche Anfangs- Vergütung fürs Komtoir gesucht. Schriftliche Offerten einzu- reichen Brodmann, 26, Kaiser Wilhelmstr. Eine Anzeige dieses Inhalts bringt die letzte Nummer der „Vossischen Zeitung“.

Ob die Handlungsbesessenen aus Angeboten dieser und ähn- licher Art lernen werden, wohin die unter ihnen noch vielfach grassirende Harmoniebesessenheit schließlich führt? Ein junger Haus- diener, der in der Volksschule nothdürftig lesen und schreiben gelernt hat, besinnt sich, bevor er für 12 M. wöchentlich arbeitet; Komtoiristen müssen, um dieses Hungerlohnes würdig zu sein, französisch und englisch gelernt haben!

In der Heilanstalt der norddeutschen Holz-Verens- genossenschaft Neu-Rahnsdorf befindet sich unter den etwa 70 Patienten eine höchst bemitleidenswerthe Person, der Tischler Kallmeyer aus der Weißigerstraße 57. Er hatte im Januar d. J. das Unglück, in der Möbelfabrik von Mauff, Ramm- straße, vier Stodwerke tief in den Fahrstuhlschacht hinabzufallen, wobei er sich fast durchgänglich alle Knochen im Leibe zerbrach; außer einer Rückgratverfrachtung, einem Schulter- und einem Schädelbruch sind es besonders ein äußerst komplizirter Becken- bruch und damit verbundene innere Verletzungen, die den Ärzten am meisten zu schaffen machen. Wen die Schuld an dem Unglücksfall trifft, bedarf noch näherer Feststellung; Kallmeyer giebt an, er habe sich damals abends gegen 1/2 Uhr den Fahrstuhl vor die 3. Etage gezogen und sei dann nach seiner Hobelbank gegangen, um Nähme zu holen, welche er in den Maschinenraum befördern wollte. Inzwischen war unbemerkt der Fahrstuhl nach der vierten Etage des Fabrikgebäudes gezogen worden; Kallmeyer will dies bei der ungenügenden Beleuchtung nicht beobachtet haben; in dem guten Glauben, der Fahrstuhl befände sich vor der Oeffnung, wollte er seitlich stehend die Nähme von der Schulter auf den Fahrstuhl abgleiten lassen; hierbei betraf ihn das ent-

setzliche Unglück. Seine Kollegen hatten weder das Ab- stürzen gesehen, noch haben sie ihn schreien hören, da das Ge- räusch der Holzbearbeitungsmaschinen dies jedenfalls überdünnte. Lange nach Feierabend fand ihn endlich, blutüberströmt, staub- bedeckt und ohne Bewußtsein, der Maschinist, der auch nur zu- fällig durch sein Wimmern aufmerksam wurde und seine Ueber- führung ins Krankenhaus Bethanien veranlaßte. — Hier hatte er sich durch das Festliegen weitere schmerzhafteste Wunden im Rücken zugezogen, weshalb er eines Wasserbettes bedürftig, das in ge- nannter Anstalt nicht vorhanden war. Seit März befindet sich Kallmeyer in der Neu-Rahnsdorfer Heilanstalt permanent im Wasserbett. Dieses Wasserbett ist in folgender Weise her- gerichtet: Ueber eine gewöhnliche Badewanne ist ein Plan aus Trell ausgespannt und zwar so, daß der Körper des Patienten bis an die Schultern im Wasser liegt. Der Kopf erhält durch Kissen eine höhere Lage; als Deckbett werden wollene Decken verwendet. Die Temperatur des Wassers ist ständig 37—38 Grad Reaumur, die gewöhnliche Körpertemperatur des Menschen. Von Zeit zu Zeit wird durch einen Schlauch das Wasser erneuert und wieder auf diese Wärmehöhe gebracht, da sonst der Kranke sofort frieren würde. Kallmeyer ist derartig gelähmt, daß er wie ein kleines Kind gepöppelt werden muß; nur den linken Arm kann er etwas bewegen. Aus dem Wasserbett wird er nur dann gehoben, wenn er in den Operationsaal gefahren wird. Immer und immer wieder erweisen sich operative Eingriffe im Unterleib zur Entfernung von Knochenstücken als nothwendig. Trotz seiner gewiß jämmerlichen Lage ist der Gemüthszustand des Kranken der denkbar beste; er erträgt sein Schicksal in Geduld. Mittwoch und Sonntag erhält Kallmeyer den Besuch seiner Angehörigen und Bekannten. Doch auch andere Persön- lichen interessieren sich für ihn oder richtiger — für die an ihm angewandte Heilmethode. Der Fall ist in ärztlichen Zeitschriften und auch wohl in Vorträgen besprochen worden, denn nicht nur berühmte Ärzte, sondern auch Damen der „höchsten Stände“, die sich für Fortschritte in der Krankenpflege interessieren, besuchen sein Schmerzenslager; kürzlich war die Tochter des Reichsanzlers an seinem Wasserbett. Die Herrschaften erkundigen sich nach diesem und jenem, bemitleiden ihn auch wohl, doch niemand hat sich bis jetzt dafür verwendet, daß seiner Familie eine auskömm- liche Unterstüzung zu theil wird. Seine Frau erhält für sich und ein zweijähriges Kind von der Vereinsgenossenschaft ganz e 35 Mark monatlich, zum Leben zu wenig, zum Verhungern nicht zu viel. Wann oder ob überhaupt Kallmeyer die An- stalt wieder verläßt, ist vorläufig nicht abzusehen, hoffentlich ge- lübt es der ärztlichen Kunst, ihn am Leben zu erhalten.

Praktisches Christenthum in der Umgegend Berlins. Das „Intelligenzblatt des Teuton- u. Kreisles“ bringt in seiner Nummer vom 7. September folgende Mittheilung:

Niederlehme. Am Freitag, den 30. v. M., verunglückte in der Sandschurre der vereinigten Berliner Möbelfabrik der zwanzigjährige Arbeiter Ernst Schulz. Derselbe wurde beim Sandbaden durch nachfallenden Mahlsand verschüttet, so daß sein Tod sofort eintrat. Die Beerdigung soll in nicht schöner Weise stattgefunden haben, so daß allgemeine Unwille darüber herrscht. Der Todte wurde nicht mal gewaschen, die Träger brachten den Verunglückten in Hemdsärmel in einem sogenannten Rafenquetscher zum Kirchhof.

Am Tage nach der Beerdigung erhielt der Lehrer R. in Niederlehme vom Superintendenten Schumann in Königshausen einen Fettel folgenden Inhalts: 1. Was ist aus dem verunglückten Arbeiter Schulz geworden? 2. Wer hat die Beerdigung veranlaßt? 3. Meine Gebühren für die stille Beerdigung betragen 1,26 M.

Zwei Nachtomnibus-Linien werden, einem Berichtshalter zufolge, in den nächsten Tagen von einer neuen Verkehrs-Gesell- schaft, welche sich „Omnibus-Kompagnie“ nennt, eröffnet werden. Die eine Linie soll von der Poststraße aus durch die Velle- alliance, Friedrich- und Chausseestraße bis zur Invalidenstrasse und umgekehrt führen, also den Süden und Norden miteinander verbinden, die andere zur Verbindung des Westens mit dem Osten von der Potsdamerbrücke durch die Potsdamer-, Leipziger-, Grottau- und Königsstraße bis zum Alexander-Platz und um- gekehrt gehen. Der Betrieb soll sich auf die ganze Nacht, von 11 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, erstrecken, und zwar zunächst mit Stundenverkehr, später nach Bedürfnis in kürzeren Zeit- abständen.

Heinrich Pariser, der Berliner Musterbankier, ist wieder in Berlin eingetroffen, nachdem er auf Beschluß des Kammer- gerichts gegen eine Kaution von 50 000 M. von der Unter- suchungshaft in dem wegen gewerbs- und gemohnheitsmäßigen Wuchers gegen ihn schwebenden Strafverfahren befreit worden ist.

Das Berliner Aquarium ist durch wiederholte Zuführungen in den Besitz seltener, zum theil noch nie hier gezeigter Land- und Seethiere gelangt. Zunächst konnte die Sammlung der Riesen- schlangen, die ohnehin in den öffentlichen Schauanstalten ihres Geschlechts sucht, um eine Spezies bereichert werden, die bislang nicht nur dem hiesigen Aquarium, sondern überhaupt derartigen Instituten fehlte. Es ist eine Gattungsgenossin der in der nörd- lichen Hälfte Südamerikas verbreiteten und bei uns ziemlich be- kannten „Abgottschlange“, nämlich eine argentinische Boa von mehreren Metern Länge, welche nun mit der letzteren die Bewahrung theilt und durch den dunklen Färbungston auffällt. Die Grundfarbe ist ein schönes sattes Braun, auf dem Rücken hin läuft eine Reihe großer, in der Form längliche, ab- gerundete Sechseck darstellender gelblicher Flecken, und gleich- farbige Zeichnungen ziehen an den Seiten entlang; da jedoch diese Flecken und Bänder nicht vollfarbig sind, so herrscht eben der dunkelbraune Ton vor. Eine der reizendsten Erscheinungen unter den Neuheiten von der See ist ein Verwandter des kürzlich frisch angekommenen blaugrünen Zwerg-Seehechens aus der Familie der Asterinen, der sogenannte Breitfuß (Palmipes), dessen fünf Arme durch große Ausbreitungen der Scheibenhaut mit einander verbunden sind und auf dessen weißlicher Oberseite sich zartrothe Stachelhäuschen abheben, während die weiße Bauch- seite roth gerandet ist.

Berlin und Wien. Die Wiener Polizeibehörde hat, wie der gestrige „Berliner Börsen-Courier“ schreibt, die in Berlin und anderen deutschen Städten aufgeführte Dichtung: „12 Jahre der Verbannung“, von G. M. Scandola, verboten. Dagegen ist merkwürdigerweise „Die französische Revolution“ desselben Autors, welche in Berlin verboten ist, in Oesterreich nicht beanstandet worden.

Vielleicht wird die Wiener Zensurbehörde diesen Neben- wärtigen Berliner Wink beachten und nun sofort auch die „Revolution“ in Oesterreich verbieten.

Eine Regatta des Ruderklub Vorwärts hat am Sonntag bei guter Witterung einen schönen Verlauf genommen. Nach der Regatta fand ein gemüthliches Beisammensein statt. Die Preis- vertheilung verbunden mit Sommernachtsball findet am Sonnabend, den 14. September, in der „Alten Lavette“ zu Stralau statt.

Die Unsicherheit in der Gegend des Zionkirchplatzes wächst. Am Sonnabend nach 10 Uhr krönte eine Rote von mehr als 20 Strolchen in den Laden des Destillateurs Baier,

Griechenw. 10, und forderte stürmisch Bier. Der Geschäftsinhaber präparierte es, da er Bezahlung doch nicht erhalten hätte. Die angeblichen Gäste machten es sich indessen auf Tisch und Billard bequem und trafen gar keine Anstalten, das Lokal zu verlassen. Während und tobend thaten sie es erst, als Herr L. ihnen in gemüthlicher Weise ihr Betragen vorhielt. Grobheit war hier nicht angebracht. Eine Strafe weiter entstand dann bald eine blutige Schlägerei. Als alles vorüber war, kam eine aus drei Mann bestehende Schutzmanspatrouille in Sicht!!

Als choleraverdächtig waren zwei Personen aus entgegen-
gesetzten Stadtvierteln in das Barackenlazareth des Moabiters
Krankenhanfes eingeliefert worden. Gestern, Dienstag, Vormittag
wurden bei einer Frau Müller, die in dem Hause Biondistr.
straße 5, 5 Treppen hoch wohnt, durch den praktischen Arzt
Dr. Meyer choleraverdächtige Krankheitszeichen festgestellt. Die
Polizei ließ den Bezirksphysikus Dr. Zippmann hinzurufen und
dieser erkannte gleichfalls geringe choleraverdächtige Er-
scheinungen. Die Folge war, daß Frau Müller in das
Moabiters Sonderlazareth gebracht wurde. Der zweite
Fall betrifft einen Vater Behrens aus der Kirchbachstraße 12.
Aus den Krankheitserscheinungen schöpfte Dr. Ehrenfeld Verdacht
und ließ Behrens ebenfalls in das Moabiters Krankenhaus bringen.
In beiden Fällen hat vorzüglich die städtische Desinfektions-
anstalt die Wohnungen sofort gründlich gereinigt. Die genaueren
Untersuchungen im Barackenlazareth zu Moabit haben jedoch,
wie uns auf eine Anfrage mitgeteilt wurde, ergeben, daß es sich
in beiden Fällen um asiatische Cholera nicht handelt, sondern
um akuten Magenkatarrh.

Gesperrt ist für Fuhrwerke und Reiter die Burgstraße
längs des Grundstücks Nr. 7, südlich der Königstraße.

Mittelalterliches. Bei dem Schuhmachermeister G. in der
Krummestraße zu Charlottenburg sollte gestern ein Gefelle, der
vom Arbeitsnachweis dorthin geschickt war, in Beschäftigung
treten. Die Sache war auch soweit gut, als der Meister noch
zum Schluß an den Gefellen die Frage richtete, welcher Religion
er angehöre. Er sei evangelisch getauft, antwortete dieser. Als
der Meister dies hörte, warf er dem neuen Gefellen die Papiere
wieder mit den Worten zurück: Nein, mein Lieber, ich kann nur
katholische Gefellen brauchen.

Knankgeklärter Leichenfund. Bei Treptow landete man
gestern eine männliche Leiche, die am rechten Unterarm eine sehr
große, 1 1/2 Zoll lange und 1 Zoll tiefe klaffende Wunde auf-
weist. Ob ein Verbrechen, ein Unfall oder Selbstmord vorliegt,
steht noch dahin.

Wegen „Brandstiftung“ ist am letzten Montag Nach-
mittag ein siebenjähriger Knabe in Friedrichsberg fest-
genommen worden. Gegen 4 Uhr gerieth auf dem Güterbahn-
hofs des Stadtringbahnhofs Friedrichsberg ein mit Stroh be-
ladener Wagen in Brand, doch gelang es den zahlreichen daselbst
beschäftigten Arbeitern den Waggon aus dem Zuge zu rangieren,
sobald die Wurm unversehrt blieb, während die Ladung total
verbrannte. Der siebenjährige Gemeindegärtler Müller aus
Friedrichsberg hatte sich kurz vor Entziehung des Brandes in auf-
fallender Weise an dem Waggon zu schaffen gemacht und entflo-
h, als die Ladung brannte. Mehrere Arbeiter eilten dem Knaben
nach und ergriffen ihn auf der Frankfurter Chaussee, um ihn auf
das Amtsburau zu schaffen. Der kleine Bürsche besaß ganz
energisch seine Schuld und wälzte dieselbe auf den „großen Un-
bekannten“, d. h. auf einen anderen Knaben, der trotz seines Ab-
rathens die Ladung in Brand gesteckt hätte! Da aber erwiesener-
maßen andere Kinder zur Zeit auf dem Güterbahnhof nicht an-
wesend waren, so ist es sicher, daß M. der Thäter gewesen ist.
— Hoffentlich ist der Knabe, nachdem ihm eine nachdrückliche
Rektion zu theil geworden ist, längst wieder auf „freiem Fuße“.

Eine häßliche Szene spielte sich Montag Abend um zehn
Uhr in der Waldemarstraße in der Nähe der Slaligerstraße ab.
Ein Arbeiter zerrie seinen Jungen, der ihm nicht folgen wollte,
in so roher Weise hinter sich her, daß der Malermeister Wagner
aus der Slaligerstraße 68 daran Anstoß nahm. Der Meister
machte dem Arbeiter Vorstellungen, erhielt aber dafür einen Stoß
gegen die Brust, daß er hinfiel und mit dem Kopfe auf die
Vorschwelle aufschlug. Gleichzeitig fielen noch vier Mann über
ihn her und schlugen ihn, bis ein des Weges kommender Post-
beamter ihn befreite und nach der Sanitätswache brachte. W.
hatte eine 5 Zentimeter lange Kopfswunde und verschiedene
andere Verletzungen davon getragen.

Von einem Omnibus der Linie Bülcher Platz—Anhalter
Bahnhof sind am Dienstag Abend gegen sieben Uhr zwei Kinder
des Arbeiters Hermann Schwind, Anhalterstr. 14, überfahren
und derartig zugerichtet worden, daß beide in hoffnungslosem
Zustande ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden
mussten. Das Unglück geschah, während die Eltern den Omnibus
mit den Kindern besetzen wollten, um zur Anhalter Bahn zu
fahren. In dem Moment, wo dies geschehen sollte, kreuzte ein
Pferdebahn-Wagen den Weg des Omnibusses. Und im Begriff,
diesem Wagen auszuweichen, geriethen die Kinder unter die
schweren Räder des Omnibusses. Den Kutscher soll an dem
surchtbarren Vorfall keine Schuld treffen.

Zu unserem gestrigen Artikel: „Zu einem schweren
Kampfe zwischen einem Hansbolde und Polizeibeamten“ haben
wir auf grund vorgenommener Recherchen nachzutragen, daß sich
die Affaire nicht in dem Hause 36 o, sondern 46 o abgespielt hat,
und zwar in der Weise, daß Jenz nicht seine Frau, sondern
seine Nachbarin, mit denen er Händel angefangen, mit einem
Füchsenbeile bedrohte. Diese sahen sich hieraufhin veranlaßt,
Polizei zu rufen und Hilfe zu rufen. Den beiden Schülern,
welche Jenz stützen wollten, widersetzte sich Jenz ebenfalls thät-
lich, weshalb diese von ihrer Waffe Gebrauch machten. Die auf-
getauchte Meinung, daß die Polizei ihre Befugnisse überschritten
habe, entbehrt der Begründung.

Aus Liebedram hat sich vorgestern der zweiundzwanzigjährige
Haudliener Max Fiesche erschossen. Seine Geliebte hatte
sich von ihm abgewandt.

Witterungsübersicht vom 10. September 1895.

Stationen.	Barometer- stand in mm, reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C.)
Ewinemünde	766	WSW	1	halb bedekt	14
Hamburg	765	SO	1	wollenlos	14
Berlin	766	SW	1	wollenlos	14
Bierbaden	765	Stil	—	wollenlos	14
München	766	O	3	wollenlos	14
Wien	766	Stil	—	wollenlos	12
Saparanda	757	WSW	4	wolkig	7
Petersburg	—	—	—	—	—
Cox	756	WSW	5	halb bedekt	16
Aberdin	753	SSW	3	wolkig	16
Paris	762	Stil	—	wollenlos	18

Wetter-Prognose für Mittwoch, 11. September 1895.
Etwas wärmeres, vielfach heiteres, zeitweise wolkiges Wetter
mit ziemlich frischen südwestlichen Winden und etwas Gewitter-
neigung. Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 9. d. M. vormittags erschöpft sich ein
Haudliener in seiner Wohnung in der Scharnstraße. — Mittags
stürzte ein siebenjähriges Mädchen von einem Balkon im vierten
Stock eines Hauses in der Oranienburgerstraße auf den Hof

hinab und starb auf der Stelle. Ein Kaufmann wurde ebenfalls
in seiner Wohnung, in der Schulstraße, mit einer Schusswunde
in der Schläfe todt aufgefunden. Es liegt ungewißheitlich Selbst-
mord vor. — Auf dem Felde neben dem Grundstücke Pachter-
straße 118 explodirte eine Gasäther-Lampe, die ein Schlächter
anzündete, ohne zuvor das Ventil zu schließen. Durch die
emporstrahlende Stichflamme erlitt eine auf dem Ballon des
gedachten Hauses sitzende Frau leichte und ihr bei ihr befind-
licher achtjähriger Sohn schwere Brandwunden. — Im Laufe
des Tages fanden drei unbedeutende Feuer statt.

Kunst und Wissenschaft.

Das Deutsche Theater giebt eine Uebersicht über das am
31. August d. J. beendete erste Spieljahr unter der Direktion
Brahm heraus. Danach ist Gerhart Hauptmann's Drama „Die
Weber“ in diesem Zeitraum nicht weniger als 107 Mal im
Deutschen Theater aufgeführt worden.

Eine Kapellmeisterin im Operntheater ist eine neue Er-
scheinung. Das Mayon-Theater in Verona hat jetzt eine Frau,
Madame Spanita Nieschi, Schülerin des Konservatoriums in
Neapel, zur Orchesterdirektorin ernannt. Die neue Direktorin
hat gelegentlich der Aufführung des „Barbier von Sevilla“
ihre Thätigkeit begonnen und allgemeine Anerkennung gefunden.

Eine Herzogin, die sich nämlich macht. Im Berliner
„S. O.“ lesen wir: Ein seltsames Inserat stand dieser Tage im
Londoner „Standard“. Es lautete: „Zhr Stück ist angeschrieben.
Wird sofort aufgeführt. Dolan Sie sich gefälligst beim Theater-
kassirer ein Bündel Banknoten ab.“ Dieses Inserat hat natürlich
seine Vorgeschichte. Einem der hervorragenden Theaterdirektoren
Londons war nämlich ein offenbar von einer Dame herrührendes
Theaterstück zugeandt worden. Falls es gefällt, bitte um Ant-
wort im „Standard“, stand dabei. Die Antwort fehlte nicht, und
— nun stellte sich heraus, daß die Verfasserin eine Herzogin sei.
Welche? Das allerdings will der Manager nicht verrathen, doch
dürfte es wohl die Herzogin von Warwick sein.

Ein gewaltiger Sonnenfleck befindet sich jetzt etwa in der
Mitte der Sonnenscheibe: in tiefstem Schwarz hebt sich von der
leuchtenden Fläche der unregelmäßige Kern ab, umgeben von der
Penumbra, die einem leichten Schleier gleicht. Die Konturen
des Kerns sind wild zerklüftet. Besonders auf der westlichen
Seite ist die Gliederung sehr mannigfaltig und von hier schiebt
sich eine leuchtende Junge tief in das Dunkel des Kerns hinein.
Es ist wahrscheinlich, daß an dieser Stelle eine Theilung des
Kerns vor sich gehen wird, daß binnen kurzem die Nichtigkeit
sich zu einer Lichtbrücke ausdehnt, zu deren beiden Seiten die
schwarzen Abgründe gähnen.

Gerichts-Zeitung.

Gotteslästerliches. Der Schneider Andreas Hettlinger
wurde am 23. April 1895 vom Landgericht Mannheim von
der gegen ihn erhobenen Anklage der Gotteslästerung frei-
gesprochen. Am 24. Februar 1895 wurde in Mannheim eine
Volksversammlung der deutsch-sozialen Partei abgehalten, in der
zunächst ein Redakteur des deutsch-sozialen Blattes die Juden-
frage anschnitt; als zweiter Redner folgte ihm der Angeklagte
als Vertreter der sozialdemokratischen Partei, und führte dazu aus,
die Schuld an bestehenden Missethänden trügen nicht nur die Juden
allein, sondern auch andere. Dann freiste er auch die Bibel
und kam auf Christus zu sprechen und meinte, denselben würde
ein Hochverratsprozeß nach dem andern an den Hals gehängt
werden, der... käme gar nicht aus dem Juchthaus heraus,
wenn er in unserer Zeit lebte. Das Gericht stellte fest, daß der
Angeklagte den Anspruch sofort widerrufen habe und
tam zu der Annahme, es könne auch ein lapsus linguae
vorliegen, da der Angeklagte zuvor eben erst das Christenthum
vertraten habe. Es wurde daher angenommen, daß der
inkriminierte Anspruch in der Uebersetzung und nicht mit
Betracht gethan worden sei. Gegen dieses Urtheil legte die groß-
herzogliche Staatsanwaltschaft Revision ein und behauptete,
die Gründe des Urtheils seien nicht völlig klar, an zwei Stellen
finde sich sogar ein direkter Widerspruch; überdies gehe das
Bewußtsein der Beschimpfung Christi aus dem erfolgten Wider-
ruf hervor. Die Reichsanwaltschaft vertrat diese
Revision nicht, stellte es vielmehr als zweifelhaft hin, ob im ge-
gebenen Falle der Haftbefehl des § 168 Str.-G.-B. überhaupt
vorliege. Jedensfalls sei das Vorhandensein des Dolus vom
Gericht aus tatsächlichen Gründen verneint worden. Das
Reichsgericht verwarf aus diesen Gründen die Revision der
Staatsanwaltschaft und verurtheilte die großherzogl. badische
Staatskasse in die Kosten der Revision.

Ein Seitenstück zu dem Essener Meineidprozeße mit
allerdings wesentlich anderem Ausgange bildet eine Untersuchungs-
sache wider den Feizer Wilhelm Richter wegen Meineid d. d.
Die Wirthschaft des Gastwirths Heine zu Biesdorf wurde seit
längerer Zeit zum Gegenstande besonderer Aufmerksamkeit seitens
des Gendarmen Brandt daselbst gemacht. Dieser hat wegen an-
geblich vorgekommener Unregelmäßigkeiten wiederholt Straf-
anzeigen erstattet, auf die aber meistens die Freisprechung des
Heine erfolgte. Nun wurde Heine in zwei Instanzen wegen
Beleidigung des Gendarmen verurtheilt und zwar
an die Auslagen zweier Personen hin, die gehört haben
wollen, daß Heine den Gendarmen Brandt bei einer seiner
Revisionen einen „Schlump“ genannt habe. Brandt selbst und
mehrere in nächster Nähe sich aufhaltende Zeugen hatten von der
angeblichen Beleidigung nichts gehört. In jener Strafsache war
auch der Feizer Richter vernommen worden und hatte bezeugt,
daß er mit den beiden Entlastungszeugen, die noch dazu Karten
gespielt hatten, an einem Tisch gesessen und behaupten müsse,
daß auch die beiden Zeugen ebenso wenig wie er selbst, von
dem zwischen Heine und dem Gendarmen geführten Wortwechsel
etwas hätten hören können. — Nach Erledigung der Strafsache
gegen Heine erstattete der Gendarm Brandt gegen den Feizer
Richter Strafanzeige wegen Meineids und behauptete, daß
Richter ihm selbst gegenüber eingeräumt habe, das Wort
„Schlump“ von Heine gehört zu haben. Die Staatsanwaltschaft
erhob auch die Anklage und beantragte die Eröffnung des
Hauptverfahrens vor dem Schwurgericht. Rechtsanwält Dr.
Schäps beantragte dagegen, die Eröffnung des Verfahrens
überhaupt abzusehnen und die Kosten der Staatskasse auszulie-
gen. Die Strafkammer entsprach dem letzteren Antrage, denn
sie war mit dem Verteidiger der Ansicht, daß überhaupt nicht als
erwiesen angesehen werden könne, daß Heine's J. wirklich den Ausdruck
„Schlump“ gebraucht habe, da weder Brandt selbst, noch die ihm
zunächst stehenden Personen diesen Ausdruck gehört hätten.
Ebenso wenig hielt der Gerichtshof für erwiesen, daß Richter —
entgegen seiner eidlichen Aussage — dem Gendarmen Brandt
über das angeblich von ihm Gehörte Mittheilung gemacht habe.
Hierfür spreche einzig und allein die Bekundung des Brandt,
durch diese allein und bei dem Mangel jeder weiteren un-
tersühenden Beweismittel könne aber seine Angabe nicht für erwiesen
angesehen werden. Brandt könne sich sehr wohl irren. — Da
die Staatsanwaltschaft gegen diesen Beschluß Beschwerde nicht
erhoben hat, so ist er rechtskräftig geworden.

Verfammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten
Berliner Reichstagswahlkreis hörte am 5. September in
den Oranienhallen einen interessanten Vortrag des Genossen
Saffensbach über die heilige Transfiguration. Nach Bekannt-
gabe des am Sonntag stattfindenden Familienausflugs nach der
„Friedebucht“ bei Köpenick (Treffpunkt 11 Uhr vorm. im Lokal
daselbst) erfolgte Schluß der Versammlung.

4. Wahlkreis. Eine stark besuchte außerordentliche General-
versammlung des Wahlvereins beschäftigte sich am 5. September
mit der Angelegenheit Wendisch in dreistündiger Sitzung.
Der Genosse Erbe als Vorsitzender theilte einleitend mit, daß
18. dem Beschluß der Versammlungen vom 20. August, seine
Beschuldigungen zurückzunehmen, nicht nachgekommen ist. Mit
der Bestimmung des Vorstandes, daß der betreffende Genosse
nun aus dem Wahlverein ausgeschlossen werde, hatte sich ein
Theil der Mitglieder nicht einverstanden erklärt; sie haben von ihrem
statutarischen Recht Gebrauch gemacht, und die Einberufung einer
außerordentlichen Generalversammlung nothwendig gemacht.
Der Vorstand steht heute noch auf dem Standpunkt, den er seiner-
zeit durch seinen Beschluß dokumentirt hat. Zum Schluß fordert
der Vorsitzende auf, leidenschaftlos und sachlich die Materie zu
prüfen. (Beifall.) Der Verlauf der Verhandlungen be-
weist, daß dieser Appell befolgt wurde; die Sache
wickelte sich verhältnißmäßig ruhig ab. Nach einer
längeren Geschäftsordnungs-Debatte erhielt Mohrmann
zur Vertheidigung von Wendisch das Wort. Der vorher ab-
gelehnte Antrag, das Protokoll der beiden Sitzungen des Schieds-
gerichts zur Verlesung zu bringen, wurde dann wieder auf-
genommen und auf Beschluß der Versammlung verlas der
Schriftführer Kunze das 44 Quartseiten starke Protokoll. Für
die Zeitungskommission traten in längeren Ausführungen
Gadegast, Wengels, Hauschke und Röhn ein. Neu-
haus sprach für Wendisch. Der letztere nahm hierauf auch
das Wort und erklärte am Ende seiner Rede, daß er bereit sei,
seine Anklagen zurückzunehmen, wenn die Kommission ihrerseits
das gleiche thun wolle. Gegen 12 Uhr nachts wurde Schluß der
Debatte angenommen. Der Antrag des Vorstandes, als der
weitgehendste der gestellten Anträge, gelangte mit allen gegen
ca. 60 Stimmen zur Annahme. Derselbe hat folgenden
Wortlaut: „Dem Expediteur Wendisch wird aufgetragen,
den ganzen Inhalt des bekannten Flugblattes im
lokalen Theile der „Vorwärts“ zurückzunehmen; die Versammlung
spricht außerdem W. eine Klage aus. Sollte Wendisch vor-
stehendem nicht nachkommen, so kommt der Vorstand zu dem
schweren Entschluß, ihn vom Wahlverein auszuschließen. Als
Erklärung im „Vorwärts“ soll Genosse Wendisch schreiben: Ich
bin der Tragweite meines Vorgehens gegen die Zeitungs-
kommission nicht voll bewußt gewesen und nehme die in meinem
bekannten Flugblatt fahrlässig ausgesprochenen Beschuldigungen
zurück.“

Mit der Stellungnahme zum Kongress, der vom 22. bis
25. Oktober d. J. in Hamburg abgehalten werden soll, befaßte
sich eine Versammlung der Gastwirthschaftsgehilfen
am Donnerstag Nachmittag. Schröder referirte über die
einzelnen Punkte der Tagesordnung: Die wirthschaftliche Lage,
das Stellenvermittlungswesen, die Organisationsfrage u. und kam
zu dem Schluß, daß an der jetzigen Form der Organisation (lokale)
vorderhand nicht gerüttelt werden dürfe. Alle anderen Redner
in der Debatte neigten gleichfalls dieser Ansicht zu. Ströb-
linger betonte, daß die Momente, welche die zentrale Form
der Organisation für andere Gewerbe vorthellhaft erscheinen
lassen — Arbeitslosen- und Reise-Unterstützung — für die
Kellner, von denen nur ca. ein Drittel in ständiger Stellung sich
befindet, nicht zutreffen. Die Kollegen Zeiske und Beyer
potemisirten gegen die von Hamburger Kollegen gestellten
Anträge, welche die Zentralisation besuwaren. Die Ver-
sammlung nahm dann folgende Resolution an: „In
Erwägung, daß der erste Kongress aller Angestellten im
Gastwirths-Gewerbe über die Gründe, welche die Veranlassung
waren, die bestehende Organisationsform beizubehalten, eingehend
diskutirt und eine Aenderung mit allen gegen zwei Stimmen ab-
schloß, so daß die übergroße Mehrheit der Delegirten den Stand-
punkt kennzeichnete, auf die Vortheile der größeren Beweglich-
keit, welche die Lokalorganisation bietet, nicht verzichten zu
können; in fernerer Erwägung, daß sich die Verhältnisse seit
dem ersten Kongress nicht zu gunsten der Zentralorganisation
geändert haben und die vom vorigen Kongress angenommene
Resolution in allen ihren Theilen auch heute noch zutreffend ist,
uno in Erwägung, daß die Mittel, welche geeignet wären, der
Zentralisation Mitglieder zuzuführen und die Organisation zu
härten, die Arbeitslosen-, Streit-, Reise-, Kranken- und Sterbe-
Unterstützung, Herbergswesen u. s. w. im allgemeinen (bei den
Kellnern) nicht durchführbar, soweit sie aber durch-
führbar, in der losen Zentralisation anzuwenden
sind — beschließt der Kongress, die augenblickliche Form der
Organisation bis auf weiteres beizubehalten. — Ein
Antrag Ebert, betreffend gesetzliche Regelung der
Arbeitslosenfristen, wurde der Agitationskommission über-
wiesen; ein weiterer angenommener Antrag besagt, daß die
Kongresse künftig (außer in dringenden Fällen) nur alle zwei
Jahre stattfinden haben.“ Schröder, Mörschel, Klug-
mann und Roth wurden als Delegirte, und Hönig und Brauer
als Ersatzleute gewählt. Einstimmig wurde beschlossen, daß Ge-
nosse J. Voehsch, falls er bis dahin der Freiheit wieder-
gegeben ist, als Delegirter für Berlin am Kongresse theilnimmt.

Deutscher Holzarbeiterverband! Eine Branchen-Ver-
sammlung der Parquetbodenleger tagte am 2. September bei
Schöning, Stallschreiberstraße 29. Beim 1. Punkt der Tages-
ordnung wird bekannt gegeben, daß die gesperrte Firma
Rosenfeld u. Cie., königliche Postlieferanten, ihre Arbeiter am
Sonntag, den 1. September, im königlichen Opernhause, bis
abends 8 Uhr, habe arbeiten lassen. In dieser Sonntag-
enkehlung waren betheiligte die Bodenleger: Terpe,
Peter, Otto und Julius Senkel. In der
Diskussion über den Antrag Ahrens, behufs Umgestaltung des
Arbeitsnachweises wird allseitig die Ansicht ausgesprochen, daß
dieser Antrag vielleicht agitatorisch von Ahnen sei, eine Weiter-
entwicklung des Arbeitsnachweises aber nicht bedeute. — Weiter
wird bekannt gegeben, daß in der Poststraße 18 bei der Firma
Mittag Kollegen zu den erbärmlich niedrigen Preisen, welche
genannte Firma zahlt, wiederum weiter arbeiten.

Bilderrahmenmacher. Der Fachverein der Bilderrahmen-
macher Berlins hielt am 1. September, vormittags 10 Uhr, eine
öffentliche Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung
erhoben sich die Versammelten zu Ehren Friedrich Engels von
den Sigen. Genosse Bösch hielt einen interessanten Vortrag
über die Arbeiterbewegung des In- und Auslandes. Von den
eingeladenen Kollegen waren leider nur sehr wenig erschienen.
Die Kollegen wurden aufgefordert, sich enger an den Verein bez.
die Organisation anzuschließen, um dadurch die Arbeitsverhält-
nisse besser zu gestalten. Eine heftige Debatte entspann sich bei
der Zeitungsfrage, wobei es allen Kollegen zur Pflicht gemacht
wurde, den „Vorwärts“ zu halten. Das Ergebnis der letzter-
sammlung wurde dem Essener Genossen überwiesen. Die nächste
Versammlung findet am Dienstag, den 17. September, in der
Oranienstraße 121 bei Grauer statt.

Posamentirer. In der Versammlung vom 21. August der
Bilale II des Textilarbeiter-Verbandes (Posamentenbranche)
wurde seitens des Vorstandes konstatiert, daß der Kollege
H. Nolling trotz mehrfacher Aufforderung seinen Ver-
pflichtungen dem Verein gegenüber nicht nachgekommen ist. Ein
Antrag des Vorsitzenden, die Reise-Unterstützung in eigene Regie
zu übernehmen, wurde von der Versammlung abgelehnt. Die-
selbe wird unter der bisherigen Adresse, welche in der Reise-
legitimation verzeichnet ist, weiter ausgezahlt.

Buchbinder. Der Verband der Buchbinder u. (Mitglied-
schaft Berlin) hielt am 4. Sept. seine ordentl. Versammlung ab.
Der Vorsitzende, Kollege Wittlich, gab bekannt, daß die Willet-
ausgabe zum Herbstvergnügen begonnen hat, ferner theilte er
mit, daß die Lokale: Keller's Festhalle, Köpenickerstraße, zur
Silvesterfeier und das Luisenstädtische Konzerthaus zum
Stiftungsfest gemietet sind. Darauf wurden die Kollegen Oing,

Schmohr, Cunnig, Wendel, Weinschild und Kollegin Hel. Schulz zum Veräußerungskomitee gewählt. Hieran hielt Dr. Pann einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Kulturhistorische Streifzüge“, in welchem er auch die Vorgänge der letzten Tage erwähnte. Die Angelegenheit Schildebach wurde einem Unterausschuss des Kollegen Weinloga gemäß der Rechtschulungskommission überwiesen. Neue Zahlen sind in der Feinst. 15 bei Easse und in Altdorf, Berlinerstr. 55, bei Ww. Nummer erreicht worden. Die Versammlung ehrte den verstorbenen Kollegen Paul Kunert in der üblichen Weise.

Eine öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und der Umgegend tagte am 8. d. M. bei Cohn. In derselben sprach H. D. Hoffmann über die neuesten Zustände in Deutschland vom Essener Meiseidprozess bis zum Sedanfest. Der Vortrag fand eine sehr freundliche Aufnahme. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige öffentliche Maurerverversammlung beschließt in Erwägung, daß nach ihrer Meinung durch das gefällte Urtheil in dem Essener Meiseidprozeß Unschuldige getroffen worden sind, die Familien derselben nach Kräften zu unterstützen und denselben als erste Rate 100 M. zu übersenden. Den Verantwortlichen spricht die Versammlung ihre warmste Sympathie aus. Die Versammelten verpflichten sich, thätig für die Sammlungen zum Generalfonds der Maurer Berlins einzutreten, um bald weitere Unterstützungen folgen lassen zu können.

Die weiteren Verhandlungen betrafen die bestehenden Mißstände auf den Kasernenbauten auf dem Tempelhofer Felde. Wie mitgeteilt wurde, habe der bezügliche Bauunternehmer Müller aus Spandau durch Inserate in der Provinzialpresse, welche besagten, daß einige hundert Maurer verlangt werden, eine wahre Völkerwanderung veranlaßt. Das Arbeitsverhältnis soll dort außerordentlich drückend sein, was sich schon aus dem großen Aufsichtspersonal schließen läßt; es sind dort 6 Poliere und 1 Oberpolier angestellt. Die Stundenlöhne sollen sich von 50 Pf. abwärts bis zu 37 1/2 Pf. bewegen. Sehr bedauerte Blaurock, daß die dort beschäftigten Maurer sich nicht schon länger an die Vertrauensmänner gewandt haben, damit gegen die dortigen Verhältnisse vorgegangen werde. Von einer Sperre der Kasernenbauten rief er ab, da dieselbe doch erfolglos sein würde. Bezeichnend ist auch die Mittheilung dieses Redners, daß der Herr Referent Hauptmann Müller seine Poliere, die im Wochenlohn stehen, am Sedantage habe auf dem Bau erscheinen, die Arbeiter aber, die im Stundenlohn stehen, habe feiern lassen. Die Arbeiter empfahl, eine Kommission zu wählen und durch dieselbe die Bauleitung auf die Mißstände aufmerksam zu machen. Wie festgestellt wurde, ist den Maurern der Sedantag, an dem sie unfreiwillig feiern mußten, nicht bezahlt worden. Da die Maurer von den Kasernenbauten nur sehr spärlich in der Versammlung erschienen waren, so wurde beschlossen, im Laufe der Woche abends 6 1/2 Uhr in unmittelbarer Nähe der Kasernenbauten eine Versammlung stattfinden zu lassen mit der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Maurer zu den Mißständen auf den Kasernenbauten?“ Wie ferner mitgeteilt wurde, haben die Maurer auf dem Dombau am Sedantage fünf Stunden, an der Oberbaum-Brücke den ganzen Tag ohne Entschädigung feiern müssen. Allen diesen Vorkommnissen gegenüber wurde den Maurern Berlins der Anschluß an den Fachverein der Maurer dringend empfohlen. Die Versammlung schloß dem Antrag bei, die Familie des Maurers Wilhelm Schulz, welcher anlässlich der Bausperrre in der Landwehrstraße zur Zeit eine dreimonatige Gefängnisstrafe in Pläthen verbißt, aus dem Generalfonds zu unterstützen. Die Vertrauensmänner wurden ferner beauftragt, 300 Büllets zu für die Arbeiter-Bildungsschule am 22. September, mittags 1 Uhr, stattfindenden Extravortrag in der Urania zu übernehmen und zu vertreiben.

Eine öffentliche Parteiversammlung für den Kreis Nieder-Varnim tagte am 8. September unter zahlreicher Theilnahme von Deputirten aus vielen Ortschaften des Kreises in Spighig's Saal in Friedrichsberg. Die Leitung der Versammlung wurde den Genossen Reinhardt-Weissensee, Kopp, Friedrichsberg und Freywald-Pankow übertragen. Zunächst referirte Reichstagsabgeordneter Arthur Stadthagen über die Provinzial-Partei-Konferenz für Brandenburg und deren Bedeutung. Der Redner berichtete die politisch bedeutsamsten Ereignisse der letzten Zeit, die Thätigkeit und Erfolge der Agitations-Kommission für Brandenburg und ersuchte am Schluß seiner interessanten Ausführungen die zu wählenden Delegirten, nachdrücklich seine von einer früheren Kreisversammlung akzeptirten Anträge betreffs des Agrarprogramm-Entwurfs zu vertreten. (Beifall.) Als Delegirte zur Provinzialkonferenz wählte die Versammlung Seiß-Stralau, Kopp in Friedrichsberg und Kette-Friedrichsberg. — Hieran wurde in eine Diskussion der Anträge zum Parteitag in Breslau eingetreten. Der erste Antrag verlangt: „Der Parteitag wolle eine Fünfer-Kommission einsetzen und dieselbe beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und inwieweit die Druckerarbeiten des „Vorwärts“ und der sonstigen bei Wabing gedruckten Parteiliteratur mit für die Partei größerem Nutzen als bisher hergestellt werden können. Die Kommission hat dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten.“

Abstriche gefallen lasse, würde sich auch ein anderer Drucker finden. Dampf-Friedrichsberg erklärte sich gegen den Antrag: die Druckerarbeiten der Partei an den Mindestfordernden zu vergeben, andererseits aber gegen das heutige Submissionsverfahren eifern bzw. dasselbe zu beibehalten, sei unvereinbar. Stadthagen beschwor die Annahme des Antrages, aber aus ganz anderen Gründen wie Wartinann: die Kommission würde nach Kenntnisnahme aller Nebenumstände zu dem Ergebnisse kommen, daß dem Drucker für das frühere Risiko und die Unterbilanz bei Gründung der Zeitung der jetzige Verdienst sehr wohl zu gönnen ist. Nachdem noch Freywald-Friedrichsberg für und Wartinann gegen den Antrag gesprochen, fand derselbe mit großer Majorität Annahme. — Ein zweiter Antrag forderte:

„Der Parteitag wolle beschließen, den Abonnementspreis des „Vorwärts“ zu erniedrigen.“ Freywald begründete den Antrag damit, daß dann die Leserschaft eine bei weitem größere würde, die den pekuniären Ausfall sehr bald weit machen würde. Rosinsky bezweifelte diese Ansicht; wer von der Arbeiterschaft jetzt kein Interesse am „Vorwärts“ habe, würde ihn auch nicht lesen, wenn er einige Groschen billiger wäre. (Zustimmung.) Für den Antrag sprachen noch Sonnenburg-Friedrichsberg, Freywald und Freywald-Friedrichsberg; er wurde gegen eine Stimme angenommen. — Der dritte Antrag lautet:

„Die Genossen von Nieder-Varnim beantragen: dem § 9 unserer Parteistatuten als Absatz 4 einzufügen: „Der Parteitag setzt die Pläts für die Theilnehmer fest und sind erstere aus der Parteikasse zu zahlen. Jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet, zur Deckung der durch den Parteitag erwachsenden Kosten beizutragen.“

Der Antragsteller (Reinhardt-Weissensee) will durch den Antrag die Ungerechtigkeit beseitigen, daß manche Kreise wegen mangelnder Mittel von der Einsetzung eines Delegirten Abstand nehmen müssen und ferner, daß nicht Delegirte bis zu 15 M., andere kaum 4 M. pro Tag Pläts erhalten. Nachdem noch Kopp und Freywald-Pankow für den Antrag eingetreten sind, erfolgte die einstimmige Annahme desselben.

Der nächste Antrag: „Die Parteigenossen des Kreises Nieder-Varnim beantragen, den § 9, Absatz 1 des Organisationsstatuts dahin abzuändern, daß anstatt 3 Delegirte nur ein Vertreter von jedem Wahlkreis zum Parteitag entsendet werden darf“ wurde von Wartinann mit „Widerspruch“ und „besserer Ansicht der Delegirten“ begründet und nach kurzer Debatte angenommen. Ein Antrag der Reinitzendorfer Genossen:

„Der Parteitag möge beschließen, daß am 1. Mai sämtliche Referenten unentgeltlich zu referiren haben“ fand ebenfalls die Zustimmung der Mehrheit der Versammlung. Gegen nur zwei Stimmen wurde ferner beschlossen, bei dem Parteitag den Antrag zu stellen:

„Der Parteitag hat in Zukunft zwischen Weibnachten und Neujahr zu tagen, um den Handarbeitern Gelegenheit zu geben, sich an den Parteitagen mehr wie bisher zu betheiligen.“ Nachdem auch der letzte Antrag (des Genossen Freywald): „Den im Verlage des „Vorwärts“ erscheinenden Broschüren, insbesondere den Protokollen der Parteitagen ein einheitliches Format zu geben, damit sie besser zusammengeheftet eingebunden werden können.“ die Zustimmung der Versammlung erfahren hatte, erfolgte auf Vorschlag des Genossen Kopp die Wahl zweier Delegirten, welche auf Sonnenburg-Friedrichsberg und Schilling-Reinitzendorf stel. Eine Anfrage von Dampf, wie sich die Gewählten zur Frage der Gewerkschaftsbewegung stellen, rief noch eine kurze Debatte hervor. In einer späteren Versammlung soll die „Gewerkschaftsfrage“ in Verbindung mit Punkt 7 der Tagesordnung des Breslauer Parteitag: „Schwighausen, Hausindustrie und Arbeiterschutz“ besonders behandelt werden. Mit dem Appell, allen Mänteln der Reaktionen zum Trotz treu zur Fahne der Sozialdemokratie zu halten, und mit einem dreifachen Hoch auf die dieselbe, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Magnatische Gesellschaft (Wilde, Victoria-Ecke, Gerandstr.). Vortrag von H. Seiling über: „Entwicklungen aus deutschen Grenzländern.“ Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin. Mittw., den 11. September, abends 8 Uhr: Kubereidnische Versammlung im „Reinhardts-Garten“, Kommandantenstr. 10-11. Sonntag, den 16. September, abends 8 Uhr, in den „Oranien-Gärten“, Oranienstr. 61: Gemüthliche Versammlung mit Vorträgen und Tanz. Central-Branden- und Grenzlandvereine für Frauen und Mädchen in Deutschland. (S. O. Nr. 25.) Gewerkschaftliche Berlin IV. Genossenschaftlicher W. G. Ober, Friedenstr. 49 v. 4 Tr. Sprechstunden abends 8-9. Kassierer: Gb. Stein, Friedenstr. 50, Sprechstunden: Mittw. und Sonnabend abends 8-9 Uhr.

Vermischtes.

Eine Diphtheritis-Epidemie ist in Laage (Mecklenburg) ausgebrochen. Sämmtliche Schulen sind geschlossen worden. Die erkrankten Kinder werden thätlich isolirt. Zur möglichen Bekämpfung der Seuche werden die Straßen und Kinnheine täglich vormittags gereinigt und mit Karbolsäure, Kalk, Torfgrummet und Eisenvitriol desinfizirt, ebenso die Aborte.

Aus Brünn wird berichtet: In der hiesigen Zwangsarbeits-Anstalt brach eine Revolte aus, weil einige Sträflinge mit Arrest bestraft werden sollten. Eine Kompanie Jäger mußte zur Wiederherstellung der Ruhe requirirt werden.

Aus Schneeberg-Neustadt wird vom Dienstag berichtet: In der Stadt Zwönitz sind nachts sechs Häuser und eine Scheune abgebrannt. 2 Frauen und 2 Kinder kamen in den Flammen um.

Aus Paris wird über ein bedeutendes Eisenbahnunglück berichtet: Auf dem Bahnhofe St. Lazare hat in der Nacht zum Dienstag ein Eisenbahn-Zusammenstoß stattgefunden. 20 Personen haben Verletzungen erlitten, 4 davon sind schwer und eine tödtlich verwundet.

Die Cholera. Das Gouvernement Podolien wurde, wie aus Petersburg gemeldet wird, amtlich für choleraerfreit erklärt. Wie der „Agence Havas“ in Paris aus Langer gemeldet wird, betrug dort trotz der Abkühlungen der Letzte, daß die Cholera grassire, die Zahl der an dieser Krankheit Verstorbenen am Mittwoch 14, am Donnerstag 9, am Freitag 7, am Sonnabend 3 Personen. Am Sonntag ist kein Todesfall vorgekommen. Die Schifffahrt mit Gibraltar und Spanien ist wegen der dort angeordneten Quarantäne aufgehoben.

Aus Antwerpen wird über eine furchtbare Schiffskatastrophe berichtet: In der Nacht zum Dienstag stieß der norwegische Dampfer „Kania“, von Bergen nach Antwerpen unterwegs, mit dem spanischen Dampfer „Manilla“, welcher auf der Reise von Antwerpen nach Santander war, östlich von Vlissingen zusammen. Die „Kania“ wurde in zwei Stücke geschnitten und sank sofort, die ganze Besatzung mit sich in die Tiefe ziehend. Ein belgischer Boot, der die „Kania“ führte, zwei Kinder des Kapitäns und drei Matrosen sind ertrunken. Der Rest der Besatzung wurde von der „Manilla“ angefischt, welche die Geretteten in Vlissingen ans Land setzen wird. Die Beschädigungen der „Manilla“ sind nicht schwer.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Nachnamen oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erstellt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag Mittw., Freitag und Sonnabend abends von 7-8 Uhr statt. Fissal-Vorstand des N. u. D. D. S. Wir können so ausgedehnte Anrufe nicht aufnehmen. Sie haben auch gar keinen Vortheil. Weit eher empfiehlt sich die Vertheilung von Handzetteln in den Werkstätten.

Vayreuth. Mehr für ein bayerisches Parteiblatt geeignet.

Briefkasten der Expedition.

Für die Familien der im Essener Meiseidprozess Verurtheilten gingen bei uns ferner ein:

Eine Notte Menschen auf einer Hirdorfer Geburtsstagsfeier 4.— 7 Mann aus der Seestraße 525, Bierüberflus und Sammlung von Steinmeyer, Motto: Wir dürfen nach Gerechtigkeit 25 Pf. Zwischen Hannover und Berlin 1.—. Rothe Hochzeit J. u. P. L. Reinitzendorferstraße, 475. Die Kellertotte der Glacelederfabr. Leuchter u. Böhm 425. Ueberfch. v. Vergnüg. d. Lederarbeiter (Weißgerber, Holzgerber u. Färber) 88, 85 Von den Juristern der Lederfabrik Eis u. Straßer 10, 40. Von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Pappen- und Treppengelenker-Fabrik Greifswalderstr. 88, 12, 05. 8 Hutmacher durch Briemer 4, 25. Gef. auf der Hochzeit Butzbauerstr. 55, 2, 81. R. N. 1.—. Gesammelt von den Arbeitern der Badewannen-Fabrik W. Grund d. Penning 9, 85. Tischlerei Gaul, Bremer-Strasse, 4, 25. E. M. 5.—. J. M. 5.—. Ausstieg der Arbeiter der Schuhfabrik S. Tischner, Herbeduch, amerik. Kutt, 12, 65. Eine Notte von Menschen bei einer Laufe 2.—. Gef. von einer Notte Menschen im 484. Bez. 5, 50. Die roten Buchbinder der Kurfürstenstraße 4. Rollenbinder M. G. 1.—. Gef. von einigen Kollegen der Firmenschilderfabrik Kaufmann 1, 70. P. u. S. in H. M. 2.—. Die roten Buchbinder der Kurfürstenstraße 4.—. Ueberfch. v. roth. Ziegenbock auf Helgoland 8, 10. Tischlerwerkstatt D. J. Andreasplatz 3 2, 40. Ein's Tischgäste, Gruppe „Freisinnige“ 2, 65. Von den organisirten Barbiergehilfen 3, 15. S. 1.—. M. Sch. 1.—. D. W. 5.—. F. S. 2.—. 4. W. 1.—. S. P. 1.—. P. W. 5.—. Sch. 2.—. L. N. 2.—. Aus dem Reserve-Unterstützungsfonds der Glasmacher Köpnick 12.—. Von einer Notte aus dem Stadtbezirk 100 18, 70. Konferenz der Tabakarbeiter in Erfurt durch Wihl. Börner 5, 10. Gef. von den Tischlern Van Jabne 6, 05. Eine Notte Maler der Firma Wörlheim, Bau Bräden-Allee und Altonaerstr.-Ecke 3.—. Verb. der Porzellanarbeiter aus seinem Extrafonds 50.—. Von Münchener Genossen durch die Expedition der „Münchener Post“ 150.—. Koburg, durch Ch. Dönnig 21.—. Von Malern und Restaurateuren Gossowstraße, Charlottenburg 4, 50. Arbeiter aus der Zeughoffstraße 7, 45. Internenfabrik von Weber u. Co., Adalbertstraße 9 7, 90. Gesangverein Südost 11 5, 05. Volks-Zeitung 5, 70. Volksversammlung zu Oederberg i. M. 10, 05. Von den Kollegen der Werkzeugfabrik von Gebr. Krull, Brandenburgstraße 5, 00. Von den rothen Schuhmachern aus der Jägerstraße 6.—. Summa 518, 81 M. Bereits quittirt 529, 56 M.; in Summa 681, 87 M.

W. S. 100. Die eingegangenen Offerten sind vom Aufgeber der Annonce nicht sämmtlich abgeholt.

Buss' Ballsäle,
Große Frankfurterstraße 85.
Müßlich und elegant renovirt.
Sonntag: Großer Ball.
Entrée frei.
Empfehle meine Säle Montags und Mittwochs zu Versammlungen; auch sind noch einige Sonnabende zu vergeben.
2291b

Englischer Garten
Alexanderstr. 27c.
Säle zu Festlichkeiten mit Theaterbühne u. in Versammlung, unentgeltlich.
2970L* Hoffmann & Sohn.

Zum elektrisch. Funken
Karl Trittelwitz (30478*)
Faldenstein-Strasse Nr. 7.
Mittwoch und Donnerstag sind meine schönen Vereinszimmer noch frei.
Jeden Sonnabend und Sonntag:
Familien-Frei-Konzert.
ff. Weiß. Gutes Lagerbier u. Pilsener.
Gr. Mittagstisch mit Bier & Kow. 50 Pf.

Nieff's Fest-Säle,
Weberstr. 17. 30859*
Umstände halber sind noch Sonnabende frei, empfehle dieselben unter low. belang. Bedingungen zur baldigen Verleihung. Alles übrige bekannt.
B. Nieff.

Königstadt-Kasino,
Holzmarktstr. 72, Alexanderstr. 21.
Gr. u. H. Säle, 400 Pers. fassend, unentgeltlich zu Festlichkeiten u. Ver., 3 Vereinsz., zu vergeben. Metzner.

77. Prinzenstr. 77, 31688*
Zum gemüthlichen Pikt!
Billiger Einkauf für Arbeiter in **Derren- u. Knaben-Sardorobe** wenig getragen und neu.
Winterpaletots in gr. Auswahl

Ang. Krause, 80. Wienerstr. 13.
Blumen-Geschäft
u. **Kranzbinderei.** Widmung in bester Ausführung zu billigsten Preisen.

Geräuch. **Speck** à Zentner deutsch. 52 bis 56 Mark, auch Postkost als Probe versendet
J. A. Partenheimer,
Berlin O., Kaiser Wilhelmstr. 19 a.

Der Arbeitsnachweis d. Sattler
Berlins
befindet sich von jetzt an im Restaurant Pafch, (Ausschank von Rint u. Ko.), Alte Jakobstr. 88. Geöffnet: Wochen-tag v. 8-4 abends, Sonntags 10-10 Uhr vormittags. 158/14

Gaugbares Gemüse, Obst u. Vorlosgeschäft, verbunden mit Holz- und Kohlenhandlung, ist preiswerth zu verkaufen bei **Kougbauer, Stralauerstraße 50.** 8b

Achtung!
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtöbten unsouff. Gabel, Lanziger Platz 2. Giffasserstraße 12.

Restauration u. Destillation, gute
Cede, mit Vorgarten, wegen Verzug n. außerh. sof. sehr bill. zu verk. Neelles gutes Gesch. Nöh. Brandt. Potsdamerstraße 84a, 2 Tr., von 2 Uhr ab.

Herren-Hüte 1,25
Knaben-Hüte 85 Pf.
neueste Façons verkauft das **Fabrik-komptoir, Jekt Barnimstr. 4 u. 5 I.** Sonnabends geöffnet bis 10 Uhr abends

Noch nie dagewesen!
10 Dragonerstr. 10,
2 Treppen, kein Laden. (3171L*)
Herrenhüte, moderne
Façon, feil und weich, von 1,75-2 M.
Möbel zu Fabrikpreisen.
Dresdenerstr. 49.

Kleins Wohnung, gr. Stube u. Küche, Korridor allein, 2 sep. Eing., 84 Thlr., sofort oder zum 1. Okt. zu vermieten bei **Friedenstr. 100. Hof 2 Tr., am Daim.**

Dresdenerstr. 18 v. 3 Tr. I. möbl. Stube
am **Oranien-Platz** nach vorn f. 20. sep. Gg.

Arbeitsmarkt.
Achtung!
Parquethodenleger!
Die Kollegen der Firma **Rosenfeld & Cie.** haben wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist strengstens fernzuhalten. 76/177
Die Werkstatt-Kontrollkommission
d. Deutschen Holzarbeiter Verbandes.

Achtung, Klavierarbeiter!
Der Streik in der Piano-Fabrik von **Zul. Pfaffe, Landsbergerstr. 109,** dauert ununterbrochen fort. Zugang ist strengstens fernzuhalten. 141/15*
Die Werkstatt-Kontroll-Kommission.

Achtung! Achtung!
Chirurgische Branche!
Der Streik bei der Firma **Dewitt & Herz, Georgenkirchstr. 24,** dauert ununterbrochen fort. Zugang ist strengstens fernzuhalten für **Stützer, Schleifer Dreher und Galvanisierer.** 48/8
Preisler für Hornknöpfe verlangt **Blumenstraße 28.** 5b

Schuhmacher auf saubere Hände*
arbeit finden dauernde und lohnende Beschäftigung.
Theodor Simon & Co.,
Neue Königstr. 39.

Seibte Einfasserrinnen u. **Wenderrinnen** finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung.
Simon & Co., Filzschuhfabrik,
Neue Königstr. 39.

Karton-Arbeiterinnen auf Handl-Arbeit verlangen **Gutmann & Meyer,** Menckelsstr. 2.
Lehrmädchen, 14-16 Jahre, sofort Gehalt, verl. **Blumenfabrik Adalbertstraße 100.** 14b

Stellung
sucht Parteigenosse, der in Bureauarbeiten erfahren und Gewerkschaftsblätter längere Zeit selbständig geleitet hat, ebens. in d. Exped. thätig gew. ist. Offert. unter N. 10 besorgt die Exped. d. „Vorwärts“. 11b

Blumenfabrik sucht Arbeiterinnen in und außer dem Hause, auch Lehrmädchen. **Wranzelstr. 10, 1 Tr.** 6b
Maschinist,
welcher mit der Gismaschine (System Ende) und dem elektr. Licht gründlich Bescheid weiß, wird zum sofortigen Eintritt verlangt. 12b
H. Dreslauer, Potsdamerstr. 80.
Näherinnen in u. außer d. Hause auf einf. Händen verlangt **Gewmger, Oppelnerstr. 48.** 18b

Sedanfeier und Sozialdemokratie.

Ein Rede von J. Auer. Erben erschienen. Preis 10 Pf. Porto 3 Pf. für Partienbesug großer Rabatt. — Das althergebrachte Geschwätz der Ordnungspresse von der reichsfeindlichen Sozialdemokratie, mit welcher die Bier nach neuen Knebelgesetzen für die Arbeiterklasse bemantelt wird, zerlegt Auer an der Hand der historischen Entwicklung der Partei; er giebt in knapper Darlegung eine Darstellung der wirklichen Vorgänge von 1870/71, belegt durch zahlreiche unüberlegbare Geschichtsdokumente, und kennzeichnet die Stellung der Sozialdemokratie zur Entstehungsurache des Krieges, der Emser Depeschen-Fälschung wie zur Amerikensfrage. Buchhandlung des „Vorwärts“.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Mittwoch: Ultimo.
Donnerstag: Ultimo.
Freitag: Ehrensoldaten. — Das Schweigen. — Ohne Liebe.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
25/26. Chausseestr. 25/26.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Gastspiel der Schauspielergesellschaft
„Die Filipptauer“
Die Reise nach dem Mars.
Sonntag, den 14. u. Sonntag, den 15. September, nachm. 3 Uhr:
Kinder-Vorstellung.
Die Reise nach dem Mars.
Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.

Theater.
Mittwoch, 11. September.
Opernhaus. (Kroll's Theater.)
Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.
Schauspielhaus. Romeo und Julia.
Deutsches Theater. Romeo und Julia.
Berliner Theater. Der Schlagbaum.
Festung-Theater. Der Weichenfresser.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Die Reise nach dem Mars.
Neues Theater. Komödianten.
Schiller-Theater. Ultimo.
Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Adolph Ernst-Theater. Paradebummel.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Ein Kind der Liebe.
National-Theater. Berliner im Feuer und Wasser.
Theater Unter den Linden. Die Chansonnette.
Salle-Alliance-Theater. Berliner Raubtiere. Schwarze Diamanten.
American-Theater. Bulgarien in Berlin. Die Millionenerbin von Rixdorf.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Emil Thomas a. G.
Zum 8. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Ausstattungsposte mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Wilh. Mannstädt und Julius Freund. Musik von Julius Einödhofer. In Szene gesetzt v. Dir. Richard Schultz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Zum 9. Male: „Eine tolle Nacht“

Adolph Ernst-Theater.
Paradebummel.
Gesangsposte in 4 Akten von Eduard Jacobson u. Leon Treptow. Komplettes von Ed. Jacobson und Gustav Gösch. Musik von Gustav Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anna Bäcker, Josefine Dora, Ida Schläfer, Adolph Ernst, Guido Ziescher, Karl Weiß, Georg Worlisch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Berliner im Feuer und Wasser.
Vollständigt in 5 Akten und 7 Bildern von Fritsch Schäfer. Regie: Fritsch Schäfer. Sonntagabend: Erstes Gastspiel der Mitglieder des Theaters Unter den Linden:
Rund um Wien.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater-Garten.
Süntes Programm.
Entre 10 Pf. gegen Programmernahme.
Passage-Panopticum.
Letzte Woche!
Tunesische Schlangenbeschwörer, Arabische Schule, Bauchtänzerinnen, Derwische etc.

Pajiren denn noch Wunder!
Ja!
Kommt und seid überzeugt!
Ein dunkles Geheimnis ist der
Singhalese Rannin
Jeden Abend 9 1/2 Uhr präzise in
Kaufmann's Variété
Königsstrasse, Kolonnaden.
Ferner 24 Novitäten-Nummern
Mlle. Arnotis kommt!!!

Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).
Letzte Woche
der täglichen Soireen
in der
Victoria-Brauerei
Fühwstr. 111-112,
nahe Potsdamer Brücke.
Anfang präzise 8 Uhr.
Entre 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. und Familienbilletts à 1 Mark (für 3 Pers. gültig) siehe Plakate! Großartig. Programm.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Amentstr. 42/43
(City-Passage).
Vornehmster Familienaufenthalt!
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Wampe's Zitterwochen.
Coursedance von Waldau. Musik von R. Thiels. Regie: E. Stempel. Anfang Wochentags 8, Sonntag 9 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Direktion: R. Winkler.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
!Salambo?
Urania
Anstalt für volkstümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark
(Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Dem Rottenburger jetzigen Saalbesitzer Carl Fischer, Veustelstraße, von einer Rote von Menschen aus Martinidenfelde ein donnerndes Hoch! daß das ominöse Transparent herunterfällt. 21b
Daß gießen alter „Saalverweigerer“.

Zeige hierdurch ergebenst an, daß ich die Verlobung meiner Tochter Emma Boelcke mit dem Rechtskonsulenten Georg Bleich ausbebe.
Ferdinand Boelcke,
Adolfstr. 24.

Die Beleidigung gegen den Tischler Herrn. Streichlich nehme ich zurück und erkläre ihn für ehrenhaft. G. Tösch, Bernauerstr. 47a. 15b

Die gegen Frau Greiser am 27. August d. J. ausgesprochene Beleidigung nehme hiermit zurück und erkläre dieselbe für eine ehrenhafte Frau.
Frau Koscho.

Achtung, Bauarbeiter.
Der gewaltsam ums Leben gekommene Kollege Joseph Plenz ist bis jetzt noch nicht freigegeben. Sobald die Freigabe erfolgt, werden wir die Beerdigung bekannt machen. 16b
Seine Kollegen. J. A.: Emil Lüdecke.

Zur Nachricht, daß mein lieber Mann am Mittwoch, nachm. 5 1/2 Uhr, von der Halle der Sebastianengemeinde, Dallborfer Chaussee aus beerdigt wird.
Frau Lewonich.

Danksagung.
Für die rege Theilnahme und Krankspenden bei der Beerdigung meiner geliebten Frau, unserer guten Tochter und Schwiegertochter
Marie Winkelmann,
geb. Ladeburg,
sagen wir den Verwandten und Freunden, besonders den Zubehoren und Kollegen der Lederwarenfabrik von S. Adam jr., unsern tiefgefühltesten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Zurückgekehrt vom Grabe meines geliebten Mannes sage Allen für die liebevolle Theilnahme meinen herzlichsten Dank. 2810b
Wwe. Verker geb. Kalmns.

Nachruf.
Unserem Kollegen, dem Schnitzer **Arwin Goldamer,** gestorben am 8. September d. J., welcher, ohne daß wir von seinem Ableben benachrichtigt, beerdigt wurde, sodas wir ihm die letzte Ehre nicht erweisen konnten, sprechen wir über das Grab hinaus unsere herzlichste Theilnahme aus. Dein Name soll uns unvergänglich sein! 22b
Die Kollegen
der Schirmstockfabrik Th. Kobylinski

Möbel-Kaufgelegenheit.
Zum Umzug passende Gelegenheit für Brautleute, Hotels u. Wiedereröffner. In meinem größten Möbelpelzer, Neue Königsstr. 59, wohn I., sollen sofort ca. 150 Wohnungseinrichtungen, verlesen gewesen und neu Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große Gelegenheitskäufe zu sehr billigen Preisen ist es mir möglich schon ganze Wohnungseinrichtungen für 50, 100, 200 Mk. zu liefern, ebenfalls hochfeine Kleiderkasten zu 1000 bis 2000 Mk., also billiger wie jede Konkurrenz. Theilzahlung gestattet. Weintrauben ohne Anzahlung, ohne große Vorkaufzahlung. Kleiderkasten 18, Kommode 8, Kleiderkasten 12, Stühle 2 Mk., neues russ. Kleiderkasten 20, Kleiderkasten 25 Mk., Vertikalen mit Matrassen, Kleiderkasten 18, Sopha 15 Mk., Säulen-Kleiderkasten, hochlegant 28, Truhen mit Säulen 60 Mk., Gylinderbureau, Herren-Schreibtische, Damen-Schreibtische, Schreibstühle 90, Plüschgarnituren 60, neue 100 Mk., Vantelsofa, Chaiselongue, Salongarnituren, Vorhänge, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 3 Mk. Empfehle allen Herrschaften vor Einkauf von Möbeln mein verschiedenstes größtes Möbellager zu besichtigen. Gekaufte Möbel können sechs Monate kostenfrei auf meinen Aufbewahrungs-Speichern lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Außbaum-Möbel
verkauft schleunigst, spottbillig. (Eleg. Paneelesofa, Kleiderschrank, Nischelvertikale, Nachziehtisch, Plüschgarnitur, Stühle, Schlagregulator, Truhen, Nischelregulator, Bettstellen mit Matrassen, Salontisch, Bilder, Gardinen, Steppdecken, Schlafsofa. 9b
Müllerstr. 167, I. rechts, am Wedding.
Für Scharwerker! 2811b
Pinsel, Schablonen, Farben, Wasserwaage Linienstr. 71, Hof part. r.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.
Mit dem heutigen Tage verlegen wir die Bibliothek des Südens in das Lokal des Herrn **Teichert,**
Adalbertstraße 15.
Der Vorstand.

Achtung! Vergolder u. Berufsgenossen!
Donnerstag, 12. September, vormittags 10 Uhr, in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstr. 57:
Oeffentliche Streik-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die Situation unseres Generalstreiks.
Die Lohnkommission.

Achtung! Zimmerer! Achtung!
Mittwoch, den 11. September, abends 6 1/2 Uhr, im Danziger Volksgarten, Danzigerstraße Nr. 50-51:
Oeffentliche Versammlung
der augenblicklich im Norden u. Nordosten besch. Zimmerer.
Donnerstag, den 12. September, abends 6 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Lange, Strom- u. Straße Nr. 28:
Oeffentliche Versammlung
der in Moabit, Wedding u. Gesundbrunnen besch. Zimmerer.
Tagesordnung in beiden Versammlungen:
Das Verhalten der Zimmerer der Hausfirmen Hüster und Stiebig & Köppchen den Beschlüssen der öffentlichen Zimmerer-Versammlungen gegenüber und die Erfolge der Platzverren. 256/13
Der Vertrauensmann der Berliner Zimmerer.

Achtung! Maurer. Achtung!
Freitag, den 13. September, abends 6 1/2 Uhr, in Kriem's Volksgarten, Hasenheide 14/15:
Große öffentliche Versammlung aller Maurer
Berlins und Umgegend.
Tagesordnung: 1. Die Mißstände auf den Kasernenbauten auf dem Tempelhofer Felde und welche Stellung nehmen wir dazu? 2. Freie Diskussion. 3. Festschlußfassung.
Das Erscheinen aller Maurer ist notwendig.
Die Vertrauensmänner der Maurer Berlins und Umg. 181/7
J. A.: Ferd. Meier.

Sattler!
Donnerstag, den 12. September, abends 8 Uhr, in Brodnow's Festsaal (früher Orschel), Sebastiansstr. 39:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Unsere Lohnbewegung betreffs der ausländischen Militärarbeit, der Streit bei Voh Söhne und die Antwort der Fabrikanten betreffs der Forderungen der Patronentaschen-Arbeiter. 2. Verschiedenes. 168/18
Die Agitations-Kommission.
J. A.: Bruno Pörsch, Rixdorf, Steinmetzstr. 24.

Wegen Auflösung meines
Eisenwaaren-Geschäfts Langestr. 102
werden die vorhandenen Bestände von Haus- und Küchen-Geräthen, Lampen, Werkzeugen, Geschlägen und sonstigen
Eisen- und Stahlwaaren
schleunigst zu niedrigsten Preisen ausverkauft. 3251E
E. Vogtherr, Langestraße 102.

(1000) Astrachan (Damen)!
Seid.-Plüschjack., Karakantrag, Kreimertag, Plüschtrage. (Modelle) 6-35,00, Winterjack., Golsapes 5-20,00. Eleg. Abendmant., Seide wattirt 8-30,00. Herbst-Regenmant. 7-15,00 - (50 Stk. Seid.-Plüschjack. m. kleinen unscheinbaren Webefehlern à 15,00) Landsbergerstr. 59, 1 Tr., am Alexanderplatz.

Circus Jansly-Leo.
Friedrich Karl-Ufer, Mittwoch, den 11. September 1895, nachm. 4 Uhr:
Schüler- und Kinder-Vorstellung.
Abends 8 Uhr: Hauptvorstellung mit neuem Programm.
Nachmittags zahlen Kinder 20 Pf.
F. Nagel's Festsäle,
Schwedterstr. 23/24.
Gr. Saal mit Bühne (400 Pers.)
Kl. Saal mit Bühne (200 Pers.)
Kleine und große Vereinszimmer.
Unfalljahren, Klagen, Eingaben, Patzger, Steglingerstr. 65

Neues Club-Haus
72. Kommandantenstrasse 72.
Jeden Sonntag: **BALL.** Empf. meine 4 Säle zu Festlichkeiten u. Versammlungen gratis. Noch einige Sonnabende frei.
H. Ebert.
Nordhäuser.
No. 1 Literfl. 70 Pf. 10 Liter 5,00.
No. 2 " 80 " 10 " 6,00.
No. 3 " 90 " 10 " 7,00.
" 3/4 " 110 " 5 " 5,50.
" 1/2 " 150 " 5 " 7,50.
" 1/4 " 200 " 5 " 10,00.
Georg Borstorf, Berlin 80.,
Michaelkirchstr. 18.

G. A. Noack, Tischlermeister, **Möbel-Fabrik für komplette Wohnungs-Einrichtungen**
Berlin, Fabrik: Fruchtstr. 31. Verkaufsmagazin: Luisenufer 22, Ecke Dresdenstrasse, am Oranienplatz. Katalog franco!
Spezialität: Wohnungs-Einrichtungen von 240-3000 Mark. Verkauf nur zu Werkstattpreisen. Garantie für gediegene und dauerhafte Ausführung.

Diskussion über das Agrarprogramm.

In Chemnitz lehnte der Agitationsverein für den 16. sächsischen Reichstags-Wahlkreis das Agrarprogramm ab, wünschte aber, die Agrarkommission möge fortbestehen bleiben zum Zwecke der Untersuchung der landwirtschaftlichen Verhältnisse, auf Grund deren Ergebnisse neue Programmsätze auszuarbeiten wären. Das Referat hatte Redakteur Rosenow.

In Miesau in Sachsen erklärte eine Volksversammlung nach dem Vortrage Sindermann's aus Dresden das Agrarprogramm für durchaus unannehmbar, da es in seiner jetzigen Fassung eine Verflachung der Parteiprinzipien besähe. Die Versammlung glaubte, daß das Erfurter Programm bis auf weiteres vollständig genüge, und hoffte vom Breslauer Parteitag einen dementsprechenden Beschluß.

Eine Volksversammlung in Werdau i. S. gab nach dem Referat Goldstein's aus Zwickau folgendes Urtheil über die Vorschläge der Agrarkommission ab: Die heutige zahlreich von Parteigenossen aus dem 18. Reichstags-Wahlkreise besuchte Volksversammlung spricht sich gegen den Agrarprogramm-Entwurf aus, weil die wesentlichen Forderungen des Proletariats im grundlegenden ersten Theile des bestehenden Programms bereits enthalten sind, die speziell aufgeführten Punkte des Entwurfs der Agrarkommission aber nicht geeignet sind, die Bauern zu gewinnen. Die Versammlung erklärt, daß mit dem bisherigen Programm bis auf weiteres auszukommen sei.

Die am Sonntag in Schwarzenbach a. S. abgehaltene Parteikonferenz für die Wahlkreise Hof, Bayreuth und Kronach-Sichtenfeld hat nach einem eingehenden Referat des Redakteurs Stücken-Hof über das Agrarprogramm folgende Resolution einstimmig angenommen: Die oberländische Parteikonferenz ist der Ueberzeugung, daß die ernste Beschäftigung mit der Agrarfrage in allen ihren Erscheinungen eine Nothwendigkeit für die Partei ist. Dem vorliegenden Entwurf eines Agrarprogramms kann sie jedoch ihre Zustimmung nicht geben. Ebenso wenig aber kann sie sich mit einer einfachen Verwerfung des Entwurfs durch den Parteitag einverstanden erklären, denn dieselben materiellen Thatsachen, welche die Agrarfrage der Partei allmählig aufgedrängt haben, werden die Sozialdemokraten auch weiter und zwar in steigendem Maße zur immer neuen Erörterung der Frage nöthigen, bis eine befriedigende Lösung gefunden sein wird. Die Ergebnisse der bisherigen Debatten über den Agrarprogramm-Entwurf zeigen, daß die Partei in diesem Augenblicke noch keineswegs hinreichend verbreitet ist, um eine sachgemäße Entscheidung zu treffen. Die Parteikonferenz stellt daher den Antrag an den Parteitag, den Entwurf eines Agrarprogramms nach erfolgter eingehender Beratung an den Agrar Ausschuss zurückzuverweisen, mit dem Auftrag, die thatsächlichen landlichen Verhältnisse, sowie die aus denselben abzuleitenden Gesichtspunkte in propagandistischer und programmatischer Richtung der sorgfältigsten Prüfung zu unterziehen und die Ergebnisse seiner Arbeiten dem nächsten Parteitag zu unterbreiten. Der Vertreter Oberfrankens wird beauftragt, auf dem Parteitag in dieser Richtung zu wirken.

Eine Konferenz für die württembergischen Bezirke Weinsberg und Dehringen, die in Affaltrach abgehalten wurde, beauftragte Frau Klara Zetkin als Delegirte dieser Bezirke, auf dem Breslauer Parteitag energisch für die Ablehnung des Agrarprogramms einzutreten.

Im Wahlverein in Kassel referirte Dr. David aus Gießen über das Agrarprogramm. Das „Volksblatt für Hessen“ berichtet darüber: Der Redner bemerkt zunächst, daß die Agrarfrage eine ebenso wichtige wie schwierige sei. Schwierig namentlich deswegen, weil das Urtheil des einzelnen sich speziell nach den Verhältnissen richtet, die er zufällig kennen zu lernen Gelegenheit hat. Es sei erfreulich, daß die Kritik des Agrarprogramms so lebhaft war. Die Agrarkommission habe es abschließend unterlassen, dem Programm eine Begründung beizugeben, damit es unbefangener kritisiert werde. Die Ansicht, daß wir uns lediglich an die Lohnarbeiterklasse zu wenden haben und anderer Hülfsgruppen entbehren können, ist, führt David weiter aus, irrig, denn die Lohnarbeiter repräsentiren noch lange nicht die Majorität des Volkes. Der eigentliche Grundstock der Landbevölkerung unserer Gegend ist das Kleinbäuerthum, in dem der einzelne weder Lohnarbeiter noch Unternehmer ist. Den Bauer, der sich als Unternehmer füllt, in Masse für uns zu gewinnen, hat der Agrarkommission fern gelegen. Die in unserem Programm enthaltenen besonderen Forderungen für die Arbeiter können keinen Zweifel aufkommen lassen, auf wessen Seite wir stehen. Es wird dann von der Kritik gesagt, wenn wir dem kleinen Bauer sein Eigenthum erhalten könnten, so würden wir den Gegenwartsstaat stützen. Aber auch Engels sieht auf dem Standpunkt, daß wir dem Bauer wohl versprechen können, daß wir ihn nicht gegen seinen Willen von seinem Besitz enteignen können. Engels empfiehlt auch dasselbe, was die Agrarkommission fordert, nämlich Uebernahme der landlichen Hypotheken u. auf den Staat. In einigen Aktionsprogrammen für die Landtagswahlen sind bereits wichtige Forderungen der Agrarkommission enthalten. Der Redner betont ferner, daß die Agrarfrage nicht eine Bauernfrage allein ist, sondern auch eine Frage der Volksernährung. Das Programm ist auch namentlich da nöthig, wo es uns gelang, in die landlichen Gemeinden Vertreter zu bringen, und zwar um diesen einen Anhalt für ihr praktisches Handeln zu geben. Auch international muß die Agrarfrage gelöst werden, da sonst eine internationale Einheit praktisch nicht herzustellen ist. Im Auslande sind theilweise die Forderungen der Agrarkommission schon im Programm enthalten. Wollten wir in Deutschland alle diese Forderungen ablehnen, so würde unsere internationale Einheit schwer erschüttert werden. Der Redner verwahrt dann die Agrarkommission gegen den Vorwurf, daß sie in der Aufstellung des Agrarprogramms über ihre Befugnisse hinausgegangen sei, indem er auf die Frankfurter Resolution verweist. Trog der Jenuerhältnisse nach dem Frankfurter Parteitag erfolgte eine Einigung in der Kommission sehr rasch. Es ist auch eine ganz falsche Auffassung, daß das sächsische Element bei der Aufstellung des Programms überwiegen hätte; gerade zwei Vertreter Süddeutschlands, Vollmar und Gec, fehlten. Es ist eine falsche Meinung, daß die egoistischen Länder Getreide in Ueberflus spendeten. Dieser Ueberflus ist in der Hauptsache eine Folge der Ausbeutung, des jungstündlichen Bodens, der dortigen Arbeitskräfte. Es muß in allen Ländern der Boden rationell bearbeitet werden, dazu brauchen wir aber die landwirtschaftlichen Schulen. Die Grundsteuer müssen wir schon deswegen aufheben, weil wir gegen jede Steuer, außer der direkten Einkommens- und Erbschaftsteuer, sind. Die Beseitigung der feudalen Privilegien ist eine Forderung, die selbstverständlich sein sollte. Daß die Agrarkommission für die Verwerfung des Gemeinde-Eigenthums nicht bestimmte Vorkehrungen getroffen hat, liegt lediglich daran, daß sie nicht die Aufgabe hatte, für den Zukunftsstaat zu sorgen, sondern praktische Vor-

schläge für die Gegenwart zu machen. Wie uns in den Städten die praktische Arbeit in der Gegenwart unsere Machtstellung verschafft, genau so nur können wir auf dem Lande vorgehen. Die Agrarfrage ist aber auch eine Machtfrage. Von welcher Stelle wurden jüngst die Garben zum Kampfe gegen die bekannte „Kotte“ aufgefördert. Nun, in diesen Garben, die auf einen Wink gehorchen, stehen die Söhne der Bauern. — Garbe erklärt sich mit den Ausführungen David's einverstanden. Brinkmann ist der Meinung, daß bei der Agitation ältere Leute auf das Land gehen sollen und nicht junge Leute. Sonst ist er mit dem Programm ganz einverstanden. Detmering sagt: Mein Standpunkt war früher der, daß sich der Zerschlagungsprozeß auf dem Lande in derselben Form vollziehen wird wie in den Städten. Da der Prozeß aber sich zu lange hinziehen würde, ist er für den Programm-Entwurf. John wendet sich gegen den Vorschlag, der die Gewährung von Staatskredit für die Bauern und die Uebernahme der landlichen Hypotheken fordert. Die Erhaltung des Kleinbauern sei unmöglich und widerspreche unserem Programm. Handelt es sich aber darum, auf dem Wege der Gewährung von Hypotheken den Bauer von Staats wegen zu enteignen, so habe dieser Weg gegenüber der Enteignung durch Privatkapitalisten keinen Vortheil. Dr. David wendet sich gegen die Auffassung. Die Kleinbauern besäßen kein kapitalistisches Privateigenthum, dessen Verletzung das Programm verlangt; an ihrer Enteignung habe also die Partei kein Interesse. Den Bauern könne es aber in anderen Fällen nicht egal sein, ob sie vom Staate oder einem Privatkapitalisten enteignet werden, denn sicherlich werde der Staat nicht so unbarbarisch mit den Bauern umspringen, wie die Bankierer. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erkennt die Wichtigkeit der Landarbeiter- und Bauernfrage für den gesunden Fortschritt unserer Bewegung auf dem sozialen Lande an. Sie hält die Aufstellung eines einseitigen Agrarprogramms im Sinne der Resolution des Frankfurter Parteitages für dringend geboten. Dem von der Agrarkommission vorgeschlagenen Entwurf kann sie zwar nicht in allen Theilen unbedingt zustimmen, jedoch hält sie ihn für eine geeignete Grundlage zur weiteren Behandlung der Frage, und hofft, daß dieselbe zu einem befriedigenden Ergebnis führen werde.

Im Sozialdemokratischen Verein in Ludwigsbafen in der Rheinpfalz sprach Landtags Abgeordneter Ehrhart zu Gunsten der Vorschläge der Agrarkommission. Er bedauerte, daß die Parteipresse in ihrer Mehrheit gegen den Entwurf Stellung genommen hat. Die Agrarkommission habe lediglich im Auftrage des Frankfurter Parteitages gehandelt und wenn man nun vom Bauernschutz plötzlich nichts mehr wissen wolle, so habe man sich in erster Linie gegen die Parteitagbeschlüsse zu wenden. Ein Fehler sei es auch gewesen, die Agrarkommission so über Hals und Kopf zu berufen; als ein weiterer Fehler sei zu bezeichnen, daß man den Referenten des Frankfurter Parteitages es nicht ermöglicht habe, an den Verhandlungen der Kommission Theilzunehmen. Der Agrarkommission hätten drei Entwürfe vorgelegen, einer für den Norden, einer für den Süden und einer für Mitteldeutschland. Diese drei Entwürfe seien in dem vorliegenden Programm-Entwurf zu einem einzigen verschmolzen. Nach des Redners Ansicht wäre es praktischer gewesen, man hätte die drei Entwürfe veröffentlicht. Ihm schiene, als solle der Programm-Entwurf geistig niedergebühert werden. Am wichtigsten schlage Knautsky auf den Entwurf los, was bedauerlich, aber nicht zu verwundern sei, wenn man bedenke, daß die Partei für das alte Programm zum großen Theil ihm gehöre. Diejenigen Parteigenossen aber, die auf dem Lande praktisch arbeiten, sie würden nicht so über den Agrar-entwurf herfallen. Den Einwand, daß durch den Entwurf die revolutionäre Kraft unseres Programms geschwächt würde, könne er nicht anerkennen, denn an der Spitze unseres jetzigen Programms stehe doch der Theil, der von der Sozialstruktur des Grund und Bodens spricht. Die revolutionäre Kraft also bleibe nach wie vor. Dagegen könne durch Annahme des Entwurfs der Verelendung der kleinen landlichen Kreise vorgebeugt werden, denn mit der Ansicht: es müsse noch schlechter kommen, damit das Landvolk um so eher sich uns anschließe, sei nichts gethan, diese Ansicht sei verfehlt. Diejenigen, die im tiefsten Elend zu uns kämen, ausgebeutet und ausgegerrert, mit denen sei nichts anzufangen. Wir begünstigten die Sozialreform in dieser Weise, um zu verhindern, daß die industriellen Arbeiter verkommen, das gleiche müßten wir den landlichen Kreisen gegenüber thun. So gut wie die Lebenshaltung der industriellen und gewerblichen Arbeiter der Städte zu heben suchten, sei es auch unsere Pflicht, dies dem Landarbeiter gegenüber zu thun, und der süddeutsche Pörsellenbauer sei nichts anderes als ein Arbeiter. In Beziehung auf die einzelnen Vorschläge äußerte Ehrhart: Die Verleihung der Haus- und Grundsteuer könne ohne Bedenken akzeptiert werden, denn ihr Erträgnis sei im Verhältnis zu den übrigen Staatseinkünften nicht sehr hoch. Zudem stehe ja die progressive Einkommensteuer an der Spitze. Die im § 11 verlangte Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien, sowie die verhältnißmäßige Anhebung jeglicher Art noch bestehender Erbunterthänigkeit und der aus derselben herkommenden Lasten und Pflichten, werde wohl keinen Widerspruch finden. Die Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigenthums u. s. w., seiher fast in allen Spezialprogrammen aufgestellt, werde heute mit so vielem anderen Sonderbarere als halber Parteiverrathe gekennzeichnet. Die Vermehrung des Gemeindeeigenthums müsse jedoch mit Freuden begrüßt werden, ebenso die Bewirtschaftung in eigener Regie. Verlangten doch auch die Gewerkschaften das Letztere bezüglich der Gemeindegewerkschaften. In § 14 solle den Gewerkschaften Staatshilfe gewährt werden, damit sie ihre Arbeitsmittel sich erhalten, bis sie in eine bessere Gesellschaftsform schlüpfen können. Redner sieht in der Pflege des Genossenschaftswesens einen Fortschritt, da es den Eigenthumsdünkel untergrabe. Gegen den § 15, Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden, werde geltend gemacht, daß dann der Staat auf Kosten der Armen den Bauer begünstige. Das sei keineswegs der Fall. Das Privatkapital werde durch die Verstaatlichung der Hypotheken von der Beseitigung des Bodens zurückgedrängt und die öffentlichen Mittel wüchsen dann; man solle nur an die Fonds der Alters- und Invalidenversicherung denken; dies Finanzmexerjen des Privatkapitals müsse eine revolutionäre Wirkung auf wirtschaftlichem Gebiete hervorruhen. Der im § 16 geforderten Verstaatlichung aller Versicherungszweige wäre seither, ebenso wie der Forderung staatlicher Hülfsleistung bei Nothständen infolge verheerender Naturereignisse, das Wort geredet worden; heute gelte es als Verleumdung am Prinzip. Man müsse aber z. B. bei Viehseuchen den Bauer doch wieder in den Stand setzen, sich für ein gefallenes Stück Vieh Ersatz zu schaffen. Durch diese Maßnahmen leisteten wir weniger dem Bauer als uns selbst einen Dienst; man möge nur die Folgen einer Viehseuche auf die Fleischpreise ins Auge fassen. Wir verlangten doch auch für die beschäftigungslosen Arbeiter die Hilfe des Staates und der Gemeinde, warum also nicht für den Kleinbauer? Die weitere Einlösung der sachgemäßen Ausdehnung der Arbeiterschaft-Gewerkschaft auf die Landwirtschaft zeige uns, daß nicht bloß für den Kleinbauer, sondern auch für

den landwirtschaftlichen Arbeiter „doppelt gemäht“ werden soll. Der Satz von der Erziehung von Landwirtschaftsämtern und -Kammern sei im süddeutschen Entwurf besser ausgedrückt und würde über Stempel dadurch hinweghelfen, daß diese Institute sowohl von Besitzern wie Pächtern und Landarbeitern besetzt werden sollen. Die durchgreifende Fürsorge für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land, die Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse durch obligatorische Gewerbergerichte auch für landwirtschaftliche Arbeiter, Diensthoten u., die Vereinheitlichung der gesammten Arbeiterversicherung, die reichsweite Ausdehnung der Versicherung auf alle im Lohn- oder Dienstverhältnis stehenden Personen, zeugten gewiß davon, daß der proletarische Landarbeiter nicht auf Kosten des Zwergbauern zurückgesetzt werden solle. Wir müssen bei der Behandlung der Agrarfrage das Schwerkraft auf die Volksernährung legen. Es könne uns nicht gleichgültig sein, ob der heimische Boden und seine Bewauer vernachlässigt und wir auf die Zufuhr des Auslandes angewiesen würden. Solche Verhältnisse dürften sich dem industriellen Arbeiter am schmerzhaftesten durch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, sowie durch die natürliche Steigerung der Lebensmittel bemerkbar machen. Unser Vorstoß in der Agrarfrage bedeute einen Einfluß des Volkes auf den Grund und Boden, der zur Ernährung der Gesamtheit bebaut werden müsse. Wenn gesagt werde, daß wir erst die Industrie-Arbeiter des Rheinlands und die norddeutschen Landarbeiter gewinnen müßten, so sei dem entgegenzuhalten, daß das eine das andere nicht ausschließen brauche. Wie auch die Würfel in Breslau fallen sollten, die Frage sei damit nicht abgethan. Mit der Mahnung an die Parteigenossen, in dieser hochwichtigen Sache mit dem Urtheil recht vorsichtig zu sein, die Materie recht genau zu prüfen, und mit dem Wunsch, daß wir recht bald ein Aktionsprogramm bekommen möchten, damit wir wähten, was wir auf dem Lande zu thun hätten, schloß Ehrhart sein beifällig aufgenommenes Referat.

Die reuther bedauerte, daß die süddeutsche Parteipresse noch so zurückhaltend sich zur Frage stelle. Unser jetziges Programm genüge vollkommen noch für die nächste Zeit, später allerdings dürfe vielleicht ein Agrarprogramm notwendig werden. Was uns recht ist, solle auch den Bauern recht sein. Troß aller Gegenmeinungen sei er der Ueberzeugung, daß der Bauernstand zu Grunde gehe und nicht ihn halten könne. Wenn man dem Bauernstand helfen wolle, dann müsse man auch dem Gewerbebestand und damit dem sogenannten Mittelstand helfen. Ob es gut sei, die jetzigen wirtschaftlichen Zustände zu konserviren, lasse er dahingestellt. Redner ging dann die einzelnen Sätze des Agrarprogramms durch und sprach sich für den Wegfall der Grundsteuer aus. Wenn man landliche Kreditgenossenschaften mit staatlicher Hilfe gründen wolle, warum nicht auch gewerbliche? Gegen die Vermehrung der Bureaokratie, wie sie der § 13 bringen würde, war der Redner ganz entschieden. Nur die Kontrolle der Gesamtheit könne vorteilhaft wirken. In dem Entwurf seien viel zu wenig die landlichen Arbeitsverhältnisse berücksichtigt. So sei in Süddeutschland die Bezahlung auf dem Lande vielfach noch geringer als in Ostelbien. Bei den landlichen Arbeiter u sei der Hebel anzusetzen. Wir dürften freilich die Bauern nicht verelenden lassen, aber erst seien die Industriezentren zu erobern. Die Gesellschaft halte den Bauer absichtlich in Dummheit, denn ein dummer Bauer sei ihr lieber als ein geschiedter Arbeiter. Redner wünschte, daß die intelligenten Arbeiter nicht so zurückhaltend seien und ihr Wissen und Können mehr in den Dienst der Allgemeinheit stellen sollten. (Beifall.)

Redner widersprach entschieden der Meinung, als ob es nicht ohne Agrarprogramm gehe. Was habe man denn bisher gemacht? Wir hätten bis heute auch schon sehr viele Versammlungen gehabt, die sich mit den bäuerlichen Verhältnissen beschäftigten. Aus den Ausführungen Ehrhart's gehe hervor, daß der Verstaatlichungsgedanke noch tief in ihn stecke. Er, Redner, sei auch ein Sohn des Landes und kenne die Verhältnisse aus eigener Erfahrung; eben deshalb sei er aber überzeugt, daß man mit dem neuen Programm nicht weit komme. Wir hätten unter Umständen viel eher ein Interesse, dem kleinen Handwerkerstand zu helfen, der thatsächlich sehr übel daran sei. Wenn das Agrarprogramm durchgeführt, so würden nach kurzer Zeit die Bauern uns doch wieder Valet sagen. Da unser bisheriges Programm ausreichte, müsse er sich gegen den neuen Entwurf erklären. (Beifall.)

Müller war ebenfalls Gegner des Entwurfs. Wenn man die Bauern bei elementaren Ereignissen unterstütze, so könnten auch die Arbeiter bei Arbeitseinstellungen eine Unterstützung durch den Staat verlangen, denn ein Streit sei nichts anderes als ein gewerkschaftliches Hagelwetter.

Engel hielt das alte Programm im großen und ganzen ebenfalls für ausreichend.

Der Vorsitzende Huber sprach die Ansicht aus, daß der ganze Entwurf auf Mittel- und Süddeutschland zugeschnitten sei. Die Arbeiterfrage sei überall gleich, die Agrarfrage aber nicht. Wir wollten selbstverständlich den Bauern entgegenkommen, so weit es gehe, aber Selbstzweck dürfe dieses Entgegenkommen nicht sein. Wenn wir eine Bauernfrage schafften, dann bekämen wir auch bald eine Kleinverwalterfrage u. s. w. Frage und jedem müsse dann schließlich entgegengekommen werden.

Die Debatte wurde hierauf vertagt.

Im Sozialdemokratischen Verein in Mannheim sprach über die Vorschläge der Agrarkommission Reichstagsabgeordneter Dreesebach. Er führte aus: Der Wunsch, eine feste Norm zu gewinnen, nach der die sozialdemokratische Partei ihre Agitation auf dem Lande betätige, sei so alt, wie die Partei selbst, die Frage der Feststellung dieser Norm aber bis heute noch nicht gelöst. Der Entwurf der Agrarkommission entspreche nicht den Erwartungen der Parteigenossen, sondern höhe so ziemlich allgemein auf Widerspruch. Schon der erste neu eingeschaltete Satz, der zur Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klasse und zur Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung die darauf folgenden Forderungen aufstellt, bedeute die Verwischung des Klassenkampfes und die Umwandlung der sozialdemokratischen Partei in eine Reformpartei. Wenn wir Verbesserungen in der heutigen Gesellschaftsordnung fordern, so geschehe das nur, um die Arbeiterschaft kampffähiger zu machen, und nicht, um die heutige Gesellschaftsordnung dadurch zu stärken, was durch die Vorschläge zum Theil geschehe. Denn ein großer Theil der Forderungen des Entwurfs bedeute nichts weiter als die direkte Unterstützung des Privatbesitzes an Grund und Boden, den wir zur Beseitigung des sozialen Elends gerade beseitigen wollen. Der Staatskredit an landwirtschaftliche Genossenschaften, der in dem Entwurf gefordert wird, sei eine Rückwärtserei, die nur die Arbeit der Gegner besorge, aber für unsere letzten Ziele nichts leiste. Wenn man für landwirtschaftliche Genossenschaften Staatsunterstützung verlange, warum nicht auch für industrielle Genossenschaften, die Laffalle seiner Zeit verlangte und welche Forderung die Schulz-Delitsch und Hirsch-Dunker übernommen, die sozialdemokratische Partei aber schon längst in die Kumpelkammer geworfen hat? Die Verstaatlichung der Hypotheken und Grundschulden hieße uns zu Gunsten der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Verpflichtungen aufzulaufen.

denen wir wahrscheinlich garnicht gewachsen wären. Sie würde nur die künstliche Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Privatbesitzverhältnisse auf Kosten des Proletariats bedeuten. Die Verstaatlichung des Versicherungswesens könne wohl in einem gelegentlichen Aktionsprogramm erörtert werden, gehöre aber nicht in das allgemeine Programm der Partei; es sei ein Ballast, der das Programm auf Kosten seiner Schärfe im Klassenkampf beschwere. Wenn man glaube, den Bauer durch unausführbare Versprechungen fördern zu können, so sage er, daß wir darin weit hinter den Antisemiten und Sozialreformer zurückstünden. Wir dürften uns auf solche Experimente nicht einlassen, sondern sollten die Landbevölkerung lieber aufzuklären, als auf Grund der verschwommenen Forderungen des Programmtextes zu gewinnen suchen.

Keil, der, wie er erklärt, selbst auf dem Lande groß geworden ist und die Stimmung auf dem Lande kennt, weiß zwar, daß mit unserem gegenwärtigen Programm die Agitation auf dem Lande nicht gerade leicht ist, trotzdem ist er nicht für die vorgeschlagene Aenderung. Es sei eine so große Reihe von Forderungen im Erfurter Programm, die von unendlicher Tragweite für die Landbevölkerung sind, daß wir mit ihnen Eingang bei den Landrenten finden, sobald sie diesen nur mündgerecht verdeutlicht werden. Wenn er nichtsdestoweniger glaube, daß es für die Partei notwendig sei, der Agrarfrage näher zu treten, so dürfe das nur in der Weise geschehen, daß man von der Kleinrentenkrämererei absehe und in allgemeinen Gesichtspunkten einen Leitfadens schaffe, nach dem die Agitation erfolgen muß.

Ein zweiter Genosse meinte, durch den Entwurf werde die ganze Bewegung verjüngt; ein dritter Genosse verteidigte den Entwurf.

Geiß betonte, daß wir es nach seiner Auffassung nicht mit den selbständigen Bauern, sondern mit dem Bauern-Proletariat zu thun haben, und dem könne die Sozialdemokratie durch den Entwurf nicht helfen, wenn sie auch recht gern wolle. Drum sollte man nicht flunkern. In dem Agrarprogramm habe man den ländlichen Arbeiter so ziemlich vollständig vergessen, dem selbständigen Bauer aber goldene Berge versprochen. Wenn man ehrlich sein wolle, so müsse man gestehen, daß man genau auf denselben Bauernfang ausgegangen sei, wie die National-Liberalen, Antisemiten und Agrarier, die alles versprechen und nichts halten können. Drum sei er der Ansicht, daß der ganze Entwurf abgelehnt werden müsse.

Walter ist derselben Ansicht. Dreßbach erwidert Walter, daß mancher gesunde Punkt in dem Entwurf sei, der verwerfen, berathen zu werden, nur dürfe der Entwurf nicht unvermittelt in das allgemeine Programm aufgenommen werden. Gegenüber dem Genossen Keil, der der Uebernahme der

Hypotheken und Grundschulden nicht abgeneigt war, erwiderte Dreßbach, daß durch die Uebernahme der Hypotheken etc. nur dem Staatskapitalismus, dem Bureaucratismus und Militarismus Vorrecht gelte, ohne Vorteil für die Allgemeinheit. Nachdem Keil und Geiß nochmals ihre Stellung gegen den Entwurf präzisirt hatten, wurde auf Antrag Dreßbach's beschlossen, im Laufe der nächsten Wochen eine öffentliche Parteiverammlung behufs Wahl des Delegirten zum Parteitag und Präzision seiner Stellung zum Agrarprogramm-Entwurf einzuberufen.

Versammlungen.

Für den Kreis Potsdam-Osthavelland fand am Sonntag in Spandau eine öffentliche Konferenz statt. Der Arbeiter-Gesangverein Spandau bewillkommnete die Delegirten durch den Vortrag einiger Arbeiterlieder. Aus 16 Orten des Kreises waren 26 Vertreter anwesend. Der Vertrauensmann Staab-Potsdam erstattete den Rechenschaftsbericht für die seit der letzten Zusammenkunft verfloffenen acht Monate. Das Kassenverhältnis ist folgendes: Einnahme 442,05 M., Ausgabe 359,25 M. Wederand konstatierte Genosse Staab, daß die Vertrauensleute in den einzelnen Orten ihrer Verpflichtung, vierteljährliche Berichte über den Stand der Bewegung einzufenden, nur zum geringsten Theil nachgekommen sind. Die Reisezeit ist bei einer Beteiligung von ca. 1500 Personen im Kreise abgehalten worden; die Kassalieferung ist gleichfalls gut verlaufen. Aus Potsdam wird berichtet, daß bei den Gewerbevereinswahlen 15 Kandidaten von unserer Partei durchgebracht wurden; man will sich dort auch an der Kommunalwahl betheiligen. Die Delegirten von Spandau berichteten, daß der Boden für die Agitation insofern günstig ist, als eine tiefgehende Erbitterung gegen den derzeitigen Abgeordneten Pastor Schall in den Arbeiterkreisen sich bemerkbar macht. Die Versprechungen, die der Herr in seinen Wahlreden gemacht, daß bei einer „guten“ Wahl dauernd Arbeit für Spandau in Aussicht stände, haben sich in Dumm aufgelöst; es finden fortgesetzt Arbeiterentlassungen statt. Am Sabbatage sind die Arbeiter in der bekannten Art genötigt worden, freiwillig zu feiern und haben nachdem nur für einen halben Tag Entschädigung erhalten. Die Versammlungen in Velten sind immer gut besucht gewesen; ein Versuch der Antisemiten, dort festen Fuß zu fassen, ist glänzend abge schlagen worden. Der Wahlverein am Ort zählt ca. 100 Mitglieder. — Ein weiterer Punkt der Tages-Ordnung betraf die Stellungnahme zum Parteitag in Breslau. Einig war man sich in der Beurtheilung des Programmtextes der

Agrarkommission. Von der letzten Konferenz war eine Kommission eingesetzt, welche sich mit dem Studium der agrarischen Verhältnisse des Kreises befassen sollte. Genosse Schroer-Spandau hatte das Material aus vier Orten zusammen gestellt und unterbreitete die Resultate seiner Forschungen den Delegirten. Einige Zahlen mögen hier folgen. In dem Dorfe Gato sind 80 Handwerker, Arbeiter, Tagelöhner etc. gegenüber 29 Gutsbesitzern, Bauern, Geschäftsleute, Beamte und Rentiers. In Schönwalde ist das Verhältnis 42 zu 40; in Falkenhagen 150 zu 76 und in Seegefeld 110 zu 44. Der Redner betonte dabei, daß laut Statistik bei den letzten Reichstagswahlen ein bedeutender Prozentsatz der ersten Kategorie, die vermöge ihrer sozialen Stellung zu uns gehört, noch gegen uns gestimmt hat. Man könne darum ganz gut auf den Bauernschaft verzichten. In der mehrstündigen Debatte betheiligten sich außer den Delegirten noch Genosse Gwald-Brandenburg, Jul. Wernau, der Kandidat des Kreises, und Rogge, der Vertreter der Agitationskommission aus Berlin. Der Beschluß der Konferenz lautete:

Die Delegirten lehnen den Entwurf der Agrarkommission ab. Die Entwicklung des Kapitalismus und die moderne Produktionsweise führt dieselbe verheerende Wirkung in der Landwirtschaft herbei, wie sie längst in der Industrie vorhanden ist. Der Untergang des kleinen Bauernstandes kann deshalb ebenso wenig verhindert werden, wie der Untergang des kleinen Handwerkerstandes. Nun aber zu versuchen, diese beiden Stände durch gesetzgeberische Maßnahmen zu konserviren, stände mit den Parteiprinzipien im Widerspruch.

Als Delegirte für Breslau wurde Genosse Heinrich-Potsdam und als sein Ersatzmann Schroer-Spandau, und für die Berliner Konferenz Paul-Selten, Stahl-Hauen und Wegener-Klein gewählt.

Die Konferenz beschäftigte sich im Anschluß an den Punkt Presse auch mit den Vorgängen der jüngsten Zeit und beschloß hierzu folgende Resolution:

Die Parteikonferenz drückt hierdurch ihr volles Einverständnis mit der in letzter Zeit so bestig angefeindeten Haltung des „Vorwärts“ und der Parteipresse überhaupt aus. Die Versammelten bedauern nur, daß die sozialdemokratische Presse nicht in schärferer Weise die Meinung der Volkseele zum Ausdruck bringen kann und fordern die Parteiblätter auf, auszuharren in dem schweren Kampfe gegen das Ausbenterthum und gegen alle Unterdrückungsgehalte.

Eine Sympathie-Erklärung für die Essener Verurtheilung wurde gleichfalls angenommen. Mit Hochrufen und Gesang wurde die Konferenz abends geschlossen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Genossen zur Nachricht, daß die Wahlvereins-Versammlung wegen der in dieser Woche stattfindenden Kommunalwähler-Versammlungen ausfällt.

246/18 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Donnerstag, den 12. September 1895, abends 8 Uhr, im Lokale Gold, Große Frankfurterstraße 133:

Vertrauensmänner-Versammlung für den Osten.

Tages-Ordnung: Lohn- und Arbeitsbedingungen der verschiedenen Werkstätten. Hierzu werden die Verbandskollegen folgender Werkstätten aufgefordert, einen Vertrauensmann zu entsenden: Miellitz, Krausstr. 52; Hauke, Krausstr. 52; Hilsenbock & Kroll, Königsbergerstr. 8; Völkel, Königsbergerstr. 10; Seimanzik, Landsberger Allee 57; Equitz, Gr. Frankfurterstr. 125; Friede, Büchingerstr. 6; Koll, Landsbergerstr. 124. Mitgliedsbuch legitimirt.

77/9 Die Ortsverwaltung.

Fr. Vereinigung der Lohgerber, Lederzurichter und Berufsgenossen Berlins.

Freitag, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Feind, Weinstr. 11:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Der Streit in der Steinlein'schen Lederfabrik (Inhaber Meinicke). Der Vorstand.

Ristenmacher.

Sonntag, den 14. September, in L. Keller's Festsälen, Köppenstraße Nr. 29:

13. Stiftungsfest des Interessenvereins der Ristenmacher

bestehend in Konzert und Lebenden Bildern. 12 Jahre der Verbannung oder: Des Ausgewiesenen Heimkehr. Ausgeführt vom Theaterverein „Bethorik“.

Großer Ball.

Die Musik wird von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker ausgeführt. Billets: Damen 30 Pf., Herren 50 Pf., sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen und bei folgenden Personen zu haben: Fritz Märten, Rainystr. 4; Ernst Eckart, Auguststr. 29; Franz Torfstecher, Sorauerstr. 7; Robert Schubert, Memelerstraße 4; Ernst Tschornig, Färdenstraße 17 und im Arbeitsnachweis, Wallner-Theaterstr. 20, sowie bei P. Gent, Adalbertstr. 95.

Echt Stonsdorfer Likör,

à Liter 1,20 M., 5 Liter 5,50 M., 10 Liter 10 M. Echten alten Nordhäuser, à Liter 1, — M., 5 Liter 4,50 M. Ingber, Getreidekümmer, Wachholder, à 2 l. M., 5 l. 4,50 M. Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, à Liter 1,20 M. Medicin. Ungarwein, beste Qualität, à Literflasche 2,10 M. 3104L* empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

Eugen Neumann & Co.,

6a Bellealliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstraße 81. 8 Oranienstr. 3. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27. Permanente Zeitungs-Ausstellung. Eintritt 10 Pf. Thierhandel. Berliner Thierbörsen. Süddeutsche Thierbörsen. Geflügelverkauf. Ledele. Wienitzky. Inseltenbörsen. Jbis. Pferdeverkauf. Das Pferd. Wald u. Feld. Waldwerk. St. Hubertus. Jägerzig. und „tausend“ andere Zeitungen in den Spittelmarkt Berliner Lesehallen Alexandersplatz.

Künstl. Zähne

schmerzlos eingesetzt, festhaltend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. Kroslawski, Spittelmarkt 13.

Möbel,

Spiegel und Polsterwaaren reich, zu soliden Preisen, empfiehlt H. Strelow, Tischlermeister, Rixdorf, Richardstr. 116, (Berlinerstr. 40), am Denkmal.

Möbel-Gelegenheitskauf

Zum Umzug Oranien-Straße 75, Hof 1., günstigste Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Wiederverkäufer. In meinem 6 Tagen großen Möbelverkauf, alles hell und überhäthlich, kein Laden, sollen sofort ca. 200 neue ganze Wohnungs-Einrichtungen von 100—1500 Mark und darüber verkauft werden. Speziell empfehle ich die großen Kesselschere-erleichen-großener zum Theil sehr wenig benutzter Möbel für jeden ammeßbaren Preis. Zehnjährige gepolst. Weidenstuhle, Sopha 12 Mark, Kommode, Küchenschrank, Kochtische 12 Mark, Stühle 3 Mark, Vertikalen mit Federmatratze und Kissen 15 Mark, elegante Nussbaum-Kleiderspinde und Wäsche-kasten 20 Mark, Wäsche- und Bettwäsche, Säulen-Kleiderspinde und Vertikale, hoch-elegant 40 Mark, Trümmel mit Stoff 20 Mark, Plüschgarnituren 20 und 100 Mark, Paneele-garnituren, Paneelesopha 20 Mark, Wäsche-garnituren, Kassettensofa, Schlafsofa, Schreibtische, Kautschumische, Buffets, Schreibretorte, Tische, Spiegel etc., alles spannend billig, sowie fertig decorirte Salons, Speise- und Schlafkammer. Beschichtigung erbeten ohne Kaufmann. Gefasste Möbel können drei Monat kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt. 3109 L*

!! Möbel !!

!! Möbel !!

Möbel-Speicher.

Zum Umzug passende Gelegenheitskäufe, ganze Wohnungseinrichtungen von 150 Mark an, sowie einzelne Möbel zu enorm billigen Preisen. Elegante Nussbaum, mahagoni Kleiderschränke 30,—, Paneelesopha, Plüschgarnituren, Schlafsofa von 20,— an, hochleg. Wäsche-, Säulen- Kleiderschränke, Säulen-vertikale 50,—, Säulen-Trümmel, Pfeiler-Spiegel, Spiegelspindeln, Kommoden 9,—, Buffets, Herren- Schreibtische, Damen-Schreibtische, Tischensopha m. Plüschbezug 60,—, Marmor-Waschtische, Nachtschrank, Bettstellen mit Federböden 25,—, Küchenschrank, Küchenschiebe, Stühle s. v. a. Möbel zu Spottpreisen in meinem Möbelspeicher Alte Jakobstr. 84, Hof vorterr.

Möbel.

Kleiderschrank, Wäsche- und Bettwäsche, mah. u. mahag. 20 M., Wäsche- und Bettwäsche 20 M., Vertikale m. Federmatr. 27, Wäsche- und Bettwäsche 12, Vertikale m. Mantel 27, Wäsche- und Bettwäsche 12, Küchenschrank 12, Marmor-Waschtisch 27, Plüschgarnitur 20, hochleg. Paneelesopha 100, Trümmel 75, sowie alle übrigen Möbel sehr billig. Vollständige Einrichtung, besond. preiswerth u. transportfrei. Möbel gegen Echezahlung unter soliden Bedingungen. Möbel-Fabrik Brandstr. 13.

Möbel,

gebrauchte und neue in größter Auswahl in Hoppe's Möbelspeicher, Prenzlauerstr. 37, am Alexanderpl. Plüschgarnituren, Kleiderspind., Wäsche- und Bettwäsche, Säulen-Vertikale etc. Ein großer Bestand gebrauchter Möbel spottbillig. Besonders für Zimmervermieter und Brautleute. 3255 L*

Restaurant „Zum Rüstener“

Grüner Weg Nr. 6 empf. sein Weiß- u. Baitisch-Bier-Local. 3293 L* Albert Böron.

Bellealliance-Theater.

Sonntag, den 15. September 1895, nachmittags 2 1/2 Uhr: Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.

Die größte Sünde.

Drama in 5 Aufzügen von Otto Ernst. Preis jedes Platzes an der Kasse 75 Pf., im Vorverkauf à 60 Pf. Karten sind in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben. Sämmtliche Plätze werden verlost. Die Verlosung beginnt um 1 1/2 Uhr. Den Besuchern der Volks-Vorstellung steht an diesem Tage der Eintritt in den Sommergarten des Bellealliance-Theaters frei. 228/10

Ausstellung Italien in Berlin.

Größtes und angenehmstes Vergnügungslotal der Residenz. 24 italienische Kapellen, die in allen Restaurants der Ausstellung konzertiren. Täglich: Großes Fest-Programm. Konzert des Maestro Gialdini. Konzert der Bersagliern unter Leitung des Maestro Gatti. Grosser Gondel-Corso auf dem Canale grande. Entrees pro Person nur 50 Pf. — Kinder unter 12 Jahren frei.

Für die „Brauerei des Verbandes der Gast- und Schankwirthe für Berlin und Umgegend“ (Bürgerliche Brauerei)

werden Bestellungen entgegen genommen auf dem Comptoir der Brauerei Am Tempelhofer Berg 6, sowie bei den Herren Robert Branzlow, Landsberger Allee 28; Otto Dencke, Müllerstraße 182; Carl Ebel, Schönbauer Allee 79; Albert Honko, Alexanderplatz 4; Carl Klingmann, Neue Friedrichstraße 20 a; Carl Lango in Friedrichsberg, Kronprinzstraße 16; A. Löbel, Ledertstraße 48; H. Nümann, Eidenauerstraße 7; Wilh. Schmidt, Schönbauer Allee 103; Otto Schulze, Colbergerstraße 17; Otto Wegener in Weihensee, Lothringersstr. 39; A. Zöls, Köpenickerstr. 92. [3064 L*]

Schriften von Otto Ernst

Die größte Sünde. Drama in 5 Akten. 116 S. M. 1,50. Aus verborgenen Tiefen. Novellen u. Skizzen. 244 S. M. 2,25, eleg. geb. M. 3,—.

Narrenfest.

Satiren u. Burlesken. 182 S. M. 2,—.

Der süße Willy.

Humoresk. Separatanzg. Eleg. geb. M. 1,20.

Offenes Visier!

Gef. Gfays. 2. verm. Aufl. 308 S. M. 3,—.

Gedichte.

2. durchgef. Aufl. Mit Portr. 171 S. M. 3,—, eleg. geb. M. 4,—.

Neue Gedichte.

158 S. Eleg. geb. M. 3,—. Zu beziehen durch jede bessere Buchhandlung des In- u. Auslandes. Verlag von Conrad Kloss in Hamburg. [3212 L*]

Vereins-Abzeichen,

gravirt, geprägt, emailirt, Komitè- und Vorstandsschilder, Schleifen und Nofetten, Tambouren etc. Kassalabeln. Stempel für Vereine und Gewerbe, Thürschilder, Seideldeckel-Zufchriften und Gravirungen jeder Art. Speziell Monogramme, Stickeret- und Signirtablonen etc. empfiehlt H. Guttman, Graveur, Brunnenstraße 9. [H. GUTTMANN GRAVEUR BRUNNENSTRASSE 9]

Sophalisch=

Reste in glatt, gepreßt und gewebten Qualitäten, auch echt Frisè und Moquet, enthaltend 6 bis 22 Meter, spottbillig! Muster franco! Abgepaßte Satteltaschen sehr hohelegante Satteltaschen billig. Emil Lotzvre, Berlin S., Oranienstr. 153.

Buchen- u. Eichen-Abfallholz,

beste Ofenfeuerung, gut und billig, sowie sämtliche Brennmaterialien zu Engrospreisen liefert W. Joneh, Bärwalderstr. 64. 92/7